

Arbeiterstimme

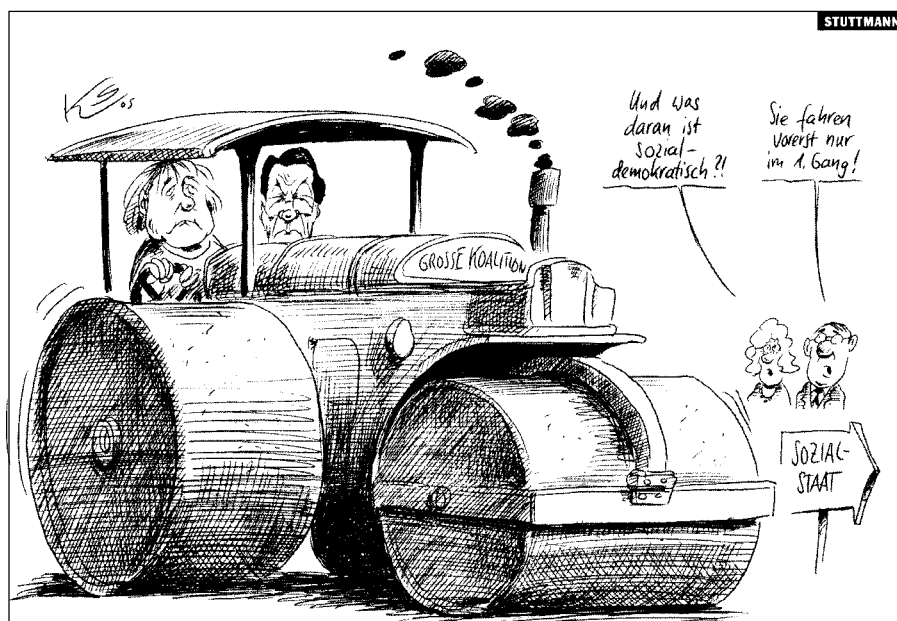
Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538
Entgelt bezahlt
Winter 2005
Nr. 150, 34. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Große Koalition bringt „Heulen und Zähneklappern“

Die New-SPD bricht weitere Brücken ab



Ein entscheidender Teil der Wählerschaft hat der Politik des ständigen Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben eine Absage erteilt, indem sie der Linkspartei zum Durchbruch verhelfen und der verbalen Kehrtwende der Agenda 2010-Parteien SPD und Grünen nochmals Glauben schenkten.

So viel Überraschung war selten: Sowohl die politische Szene, wie auch die Medien hatten schon vor dem Wahlgang Merkel und das schwarz-gelbe Bündnis als haushohe Sieger ausgerufen. Konzernbosse und Chefökonomien, die mit Schröder im Techtelmechtel waren, hatten schon die Seiten gewechselt. Doch das Wahlergebnis brachte die Ernüchterung. Die Wähler hatten nicht so abgestimmt, wie es die herrschende kapitalistische Klasse in Deutschland wünschte und seit geraumer

Zeit mit Macht betrieb; mit viel Geld und flächendeckender Beeinflussung. So zählt dreierlei zu den wichtigsten Ergebnissen dieser vergangenen Bundestagswahl:

1. Große Teile der Wählerinnen und Wähler haben sich nicht vom Trom-

melfeuer der Medien, der Presse und des Fernsehens und nicht von den Drohungen des Unternehmerlagers in ihrem Votum beeindrucken lassen. Sie haben sich nicht beirren lassen von den angeblich sicheren Voraussagen der Umfrageinstitute, deren Glaubwürdigkeit nun arg ramponiert ist. Bleibt als bedeutsam festzuhalten: Trotz einer nahezu unumschränkten Medienmacht der Rechtskräfte lassen sich unter gewissen Umständen viele Menschen nicht mehr manipulieren. Die entscheidende Rolle dabei spielten die sozialen Zukunftsängste der bereits jetzt gebeutelten Lohn- und Gehaltsabhängigen und der Arbeitslosen.

2. Das wichtigste Ergebnis, das unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu erzielen war, bestand darin, daß eine drohende schwarz-gelbe

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- Große Koalition: „Heulen und Zähneklappern“ Seite 1
- In eigener Sache Seite 2
- Streik bei Infineon Seite 8
- Die Jahreskonferenz der Gruppe Seite 9
- Zur Lage der Gruppe Seite 11
- Nach der Wahl Seite 12
- Linkspartei.PDS und WASG nach der Bundestagswahl Seite 16
- Das Anwachsen des Faschismus – Wiederholt sich Weimar? Seite 24
- Wichtige Ereignisse in Großbritannien Seite 33
- Der Traum vom Sozialstaat – Programmwurf von WASG/PDS Seite 35
- Die erste Gysi-Biographie Seite 37

In eigener Sache

Auf Grund der Bundestagswahl, ihrer Ergebnisse und der Regierungsbildung besteht diese Nummer fast ausschließlich aus innenpolitischen Artikeln. So bleibt kein Raum mehr für weltpolitische Geschehnisse, für die Lage in den USA, im Irak, in den französischen Banlieues und für die sozialen Abwehrkämpfe in Deutschland und in vielen anderen Ländern.

Für die Gruppe war die Jahreskonferenz im Oktober wieder ein wichtiges Ereignis. Wir sind zwar nur eine kleine marxistische Gruppe, doch wir sind noch da, machen weiter und können auch noch weiter machen, das war das Fazit. Darüber wird im Heft berichtet und wir veröffentlichen wie immer die dort gehaltenen Referate, die im Allgemeinen auf Zustimmung

stießen, was nicht wenig ist. So schließt sich dem Leitartikel über die neue (alte) politische Lage in Berlin eine Analyse der Bundestagswahl an. Die Entwicklung der PDS/Linkspartei wird in einem ausführlichen Referat behandelt, ebenso die Gefahr des Faschismus und die gewerkschaftliche Situation. Ein britischer Freund berichtete über die Lage in Großbritannien. Ein Artikel hat den „Traum vom Sozialstaat“ zum Thema. Ein Bericht aus München zur Lage bei Infineon, eine Rezension, die auch die Linkspartei betrifft, runden die Nummer ab.

Auf der Linken Literaturmesse in Nürnberg war die Gruppe wieder mit einem Stand vertreten.

Wir danken allen Abozahlern und Spendern. Wir möchten noch mal darauf hinweisen, daß die Post Zeitungen, die falsch adressiert sind, nicht mehr zur Berichtigung zurücksendet. Bitte meldet uns deshalb rechtzeitig eure Umzüge oder sonstige Veränderungen.

Achtung: Eine Anzahl Zahler erhält trotzdem unsere Zeitung nicht. Neue Abonnenten der Arsti, die den Betrag nur auf unser Postscheckkonto überweisen, sollen uns zusätzlich ihre vollständige Adresse mitteilen. Da die Postbank nur den Namen, nicht aber die Adresse in den Auszügen mitteilt. Aus diesem Grund wissen wir nicht, wohin wir das Heft senden können.

Acht Wochen Streik bei GATE GOURMET Deutschland!



80 Kolleginnen und Kollegen, die für die Bordverpflegung großer Fluggesellschaften auf dem Düsseldorfer Flughafen zuständig sind, führen einen harten Arbeitskampf. Die Firma, die zur Texas Pacific Group

gehört und für ihr rücksichtsloses Vorgehen bekannt ist, scheut die Kosten des Streiks nicht, denn sie will anscheinend ein Exempel statuieren. Sie verweigert die geforderte Entgelterhöhung und verlangt die Streichung von fünf Urlaubstagen, sowie von Zuschlägen und fordert eine Verlängerung der Arbeitszeit. Vor zwei Jahren hatte die Belegschaft schon auf 50% der Jahressonderzahlung verzichten müssen. GATE GOURMET hat inzwischen Streikbrecher eingesetzt.

Wir erklären uns solidarisch mit den Streikenden und haben einen kleinen Geldbetrag überwiesen.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presderechts: Thomas Gradl, Bucherstraße 20, 90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.

Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307, 90261 Nürnberg

e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
Internet: www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger Postbank München BLZ 700 100 80 Konto: 665924-808

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen

Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

Rechtskoalition der Linie Merkel-Stoiber-Kirchhoff-Westerwelle verhindert wurde. Auch viele Linke haben sich nicht genügend klargemacht, zu welchen sozialen, strukturellen und politischen Einschnitten eine solche offen auf Seiten der Unternehmerverbände und des großen Geldes auftretende Koalition bereit gewesen wäre. Allein die schon im Wahlkampf offen erklärten Vorhaben sozialer Bösartigkeiten, wie z.B. die Kopfpauschale, sprachen Bände. Erst im Siegesrausch und an den Schaltstellen der Regierung – was wäre wohl alles noch dazugekommen? Noch schwerere Repressionen und Bundeswehreinsatz im Inneren, noch mehr militärische Satrapentreue gegenüber den USA als die

Schröder-Regierung, wobei die grundlegende Beschneidung der Rechte der Lohnabhängigen und der Gewerkschaften bereits ausgemachte Sache war. Die Union wäre weiter nach rechts gerückt, schon in Konkurrenz zur FDP. Deren Vorsitzender Westerwelle hat in hass erfüllter Weise offenbart, wie er die Gewerkschaften sieht, sie seien die wahre Plage in Deutschland. Nach Münteferings verbal gebliebenen Angriffen auf die Hedgefonds, deren Praxis es ist, Firmen auszuplündern und zu zerschlagen, erneuerte der FDP-Vorsitzende seine feindseligen Tiraden: „Die Gewerkschaftsführer ist die eigentliche Heuschreckenplage des Landes.“ Wie man mit solchen Plagen umgeht ist, bekannt...

Auch unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Verhältnisse sei daran erinnert, welche gesellschaftlichen Verwüstungen einst der Thatcher-Kurs in Großbritannien angerichtet hatte, von denen sich die dortigen Gewerkschaften bis heute nicht erholt haben.

3. Die Entsozialdemokratisierung der SPD hat Platz geschaffen für eine neue Linkspartei, die mit Erfolg zur Bundestagswahl kandidiert hat. Da die SPD im Zuge der Beteiligung an der Großen Koalition noch weiter

nach rechts gerückt ist, wird die Linkspartei, trotz ihrer Heterogenität wahrscheinlich länger Bestand haben. Da sie die kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht in Frage stellt, ist ihr Anspruch, sozialistisch zu sein, nur eine Phrase. Mit ihrer keynesianischen Argumentation zeigt sie Alternativen innerhalb des Systems, die freilich nur be-



Es könnte gleich sehr laut werden!

grenzt zu verwirklichen sind. Viele Linke, nahe der Resignation, fühlen sich wieder bestärkt durch die bundesweite Etablierung einer Linksopposition. Ein Manko für eine Linkspartei ist das Fehlen einer größeren sozialen Bewegung im Lande, auf die sie sich stützen kann. Zwar wurde sie mitgetragen von der Welle der Montagsdemonstrationen, den Anti-Hartz-Kundgebungen und von den gewerkschaftlichen Abwehrkämpfen. Doch erstere sind Vergangenheit und dem sozialen Widerstand fehlt weitgehend die Breite und die politische Komponente. Es wäre der größte Fehler der Aktiven in der Linkspartei, zu sehr auf den Parlamentarismus zu setzen und außerparlamentarische Aktionen zu vernachlässigen. Es müsste die Aufgabe der Sozialisten in der Partei sein, den Klassenstandpunkt zu verbreiten.

(Eine Nachbetrachtung der Bundestagswahl und eine Einschätzung der zu erwartenden Entwicklung, auch in den Gewerkschaften, enthält ein Jahreskonferenz-Referat, das wir im Anschluß abdrucken. Zu den Koalitionsvereinbarungen und zur Politik der neuen Merkel-Müntefering-Regierung werden wir in der nächsten Nummer Stellung beziehen.)

Die neue Regierung fährt dort fort, wo Schröder mit seiner Agenda 2010 aufgehört hat. Vom Bundesrat weniger blockiert und insgesamt weiter rechts stehend, kann die Koalitionsregierung nun soziale Grausamkeiten in Angriff nehmen, die sich eine Großpartei allein, mit Rücksicht auf die Wähler, nicht zuzutrauen pflegt!

Die ersten Regierungsmaßnahmen und der Koalitionsvertrag haben schon einiges an Einschnitten sichtbar werden lassen. Zu erwarten ist aber, daß die größten Hämmer erst noch kommen. Mit Koalitionsverträgen ist es so wie mit Wahlprogrammen: Das meiste wandert in den Papierkorb, eben wie es CSU-Minister Wiesheu einem Journalisten empfahl: „Das können Sie jetzt getrost ad acta le-

gen“. Der vormalige Kanzler Schröder brüstete sich gar, daß er den Koalitionsvertrag mit den Grünen gar nicht erst gelesen hätte.

Die neoliberale Politik ist gescheitert

Die neue Regierung könnte unter dem Motto stehen: So wenig Euphorie war nie. Noch im Wahlkampf hochtönig den Wechsel ausgerufen, traut sich in der Union nun niemand mehr, von einem „Aufbruch“ zu sprechen. Vom angeblichen Ziel, dem Abbau der Arbeitslosigkeit, ist kaum mehr etwas zu hören. Im Grunde müssten alle marktliberalen Parteien zugeben, daß ihre Politik der letzten 20 Jahre gescheitert ist. Ihre Hinterlassenschaft sind finanziell ausgepumpte „öffentliche Hände“ mit über 1,5 Billionen Euro Staatsschulden und mit Problemen in den Sozialsystemen, die eigentlich dem neoliberalen Verständnis nach nur rigoros zu lösen sind. Daß auch der Keynesianismus Wirtschaftswachstum nicht auf Dauer erzeugen kann, liegt im Wesen des Kapitalismus mit seinem auf und ab von Konjunktur und Krise, zu dem eine Reservearmee von Arbeitslosen schon immer gehörte. Die Politik des Neoliberalismus – zu der es, den Meinungsmachern zufolge, keine Alter-

native gibt – hat sowohl in der Ära Kohl, wie der von Schröder den Reichtum der Reichen vermehrt, die Gesellschaft selbst aber in eine Sackgasse geführt, was eines Tages zu Spannungen führen wird. Das kann perspektivisch nicht einmal dem Gesamtinteresse des Kapitals dienlich sein. Es ist ja Aufgabe der systemgebundenen Volksparteien, wie Union und SPD, nicht nur möglichst viele Wünsche des Großkapitals umzusetzen, sie müssen auch ihre Wähler und Klientel ruhigstellen. Von daher ist die Ratlosigkeit und die Weiterwurstelei im Kanzleramt und im Parlament vorgezeichnet, gleich wie die angeblichen „Akteure“ heißen.

Auch die neue Koalitionsregierung argumentiert noch mit der alten, längst gescheiterten Theorie des Neoliberalismus: Schaffe man den kapitalistischen Investoren günstige Bedingungen – was die Umverteilung von unten nach oben mit einschließt – würde das Wachstum gefördert, würden die Unternehmer Arbeitsplätze schaffen. Vielleicht würde sich sogar die Arbeitslosigkeit „halbieren“, wie Schröder einst schwärmte. „Historisch einmalige Steuersenkungen“ (Schröder) für die Kapitalistenklasse haben deren Reichtum in einmaliger Weise vermehrt. Nicht einmal ein halbes Prozent der Bevölkerung in Deutschland besitzt 25 Prozent des gesamten Geldvermögens. Der DAX hat nun wieder die 5000er Marke überschritten. Die Wochenzeitung „Die Zeit“ hatte auf der Titelseite von Anfang Dezember die Überschrift: „Wahnsinnige Gewinne!“ Die 500 größten börsennotierten Unternehmen Europas steigerten ihre Profite seit 2002 um nicht weniger als 400 Prozent! (NN, 20.10.05) Jede Entlassungswelle wird von den Aktionären mit Genugtuung registriert, steigt dadurch doch wieder ihr Börsenkurs. Doch die Belohnung für die Steuer geschenke der Regierung ist ausgeblieben. Entweder ist es Scheinheiligkeit oder Dummheit, wenn SPD-Politiker öffentlich fragen, warum die undankbaren Unternehmer nun nicht ihre Gegenleistungen erbracht und Arbeitsplätze geschaffen haben. Warum wohl?

Die neoliberale Politik hat die Massenarbeitslosigkeit zur Dauererscheinung werden lassen und täglich fallen ihr 1000 weitere Stellen zum

Opfer. Die Sozialsysteme werden damit untergraben. Immer weniger glauben daran, daß die Regierungspolitik daran etwas ändern kann. Eine Linderung des Arbeitslosenproblems – aber keine Lösung – gäbe es nur durch Arbeitszeitverkürzung. Aber nirgendwo ist die Kraft zu sehen, die eine 30- oder 35-Stundenwoche durchzusetzen vermöchte. Das Gegenteil ist der Fall. Ständig werden Arbeitszeitverlängerungen diktiert, und der Widerstand reicht nicht, sie zu verhindern.

Das Finanzdesaster bleibt

Das Hätscheln der besitzenden Klasse, das selbstverständlich unter der neuen Regierung fortgesetzt werden soll, war nicht nur ein Raubzug gegen die Arbeiterklasse und alle nicht besitzenden Schichten. Wie es gerade beim Kassensturz noch deutlicher wird: Mit dieser rigorosen Umverteilungspolitik wurde der Staat in einer Weise ausgeplündert, daß zum Regieren kaum mehr Gestaltungsmöglichkeiten bleiben. Ein Privatbetrieb hätte unter solchen Umständen schon längst Konkurs angemeldet. Die neue Merkel-Müntefering-Regierung wird nicht mehr zu bieten haben als verwalten, weiterwursteln und noch mehr zu kürzen als ihre Vorgänger. Nach einer Umfrage sind 85 Prozent der Bevölkerung der Meinung, daß sich ihre persönlichen Lebensumstände unter der neuen Regierung nicht verbessern werden. Nebenbei bemerkt dürften diese triste Ausgangslage und die schlechten Aussichten der Hauptgrund gewesen sein, daß Stoiber die Lust am Amt des Bundeswirtschaftsministers verging. Mit „Erschrecken“ (Wulff) haben die Koalitionäre die Größe des Haushaltsdefizits zur Kenntnis nehmen müssen. Jede Woche hört man neue Zahlen. Die Neuverschuldung soll 41 Milliarden Euro betragen. Nun spricht Steinbrück schon von einem 64 statt 54 Milliarden-Fehlbetrag für 2006. Fest steht, daß die Neuverschuldung nicht mehr verfassungskonform ist, worüber sich in der Regierung niemand mehr aufregt – es lebe der Rechtsstaat. Auch die Vorschriften des EU-Stabilitätspaktes können erst 2007 eingehalten werden. Das alles bei einem Schuldenberg unvorstellbaren Ausmaßes, wo allein der

Etatposten für Zinszahlungen 15 Prozent des Haushalts ausmacht. So steht alles unter dem Diktat der leeren Kassen, die die neoliberalen Parteien mit ihrer Steuerpolitik selbst geleert haben. Die Steuereinnahmen 1980 wurden noch zu 26 Prozent von den Unternehmern aufgebracht. Dieser Anteil sank 2002 auf 13,4 Prozent. Hätten wir noch die Steuergesetzgebung von damals, wären etwa 50 Milliarden Euro mehr in der Kasse. Die Schröder-Regierung senkte den Spitzensteuersatz von 52 Prozent auf 42 Prozent und die neue Regierung will ihn gar auf 19 Prozent senken.

Widerstand gegen die sozialen Grausamkeiten ist angesagt

Kurz vor der Regierungserklärung Merkels liegt bereits ein Paket von Abkassierungsplänen auf dem Tisch. Als größter Brocken zum Stopfen der Löcher und als Morgengabe für das Unternehmerlager (Lohnzusatzkosten) kommt die Mehrwertsteuererhöhung um 3 Prozent -Punkte ab 2007. Das trifft die Menschen mit kleinem Einkommen besonders hart. Statt den stagnierenden Konsum zu beleben, wird er 2007 dadurch und durch den kommenden Sozialabbau entscheidend geschwächt. Allein die Mehrwertsteuererhöhung entzieht im Jahr ca. 24 Milliarden Euro Kaufkraft. Im Wahlkampf war die SPD noch dagegen Sturm gelaufen und hatte die geplante Erhöhung als „Merkelsteuer“ gebrandmarkt. Aber nun ist alles anders. Man ist ja nun in der „Knuddel-Koalition“, wie der Spiegel sie nennt. Da wird „geherzt, gelobt, geklatscht“, wobei die Partei-

Aus dem Appell der 21 vermögenden Bürger:

„Belasten Sie die Vermögenden, statt den Arbeitnehmern und Rentnern weitere Opfer abzuverlangen.“ Es sei ein Skandal, dass Deutschland die niedrigste Besteuerung für Reiche habe. Fasse man die Steuersätze auf Grundbesitz, Vermögen, Erbschaften und Schenkungen zusammen, liege Großbritannien mit einem Anteil von 4,3 Prozent am Brutto-Sozialprodukt an der Spitze vor Frankreich, USA und Japan. In Deutschland machten die Steuern für Vermögende nur 0,8 Prozent des Sozialprodukts aus.

en sich vor einigen Monaten noch vorwarfen, „Deutschland in den Abgrund“ zu führen. „Die Stimmung ist mehr als höflich, sie ist herzlich“ berichtete ein Teilnehmer am Koalitionspoker, der ehemalige CDU-Generalsekretär Peter Hinze.

Diese Einigkeit lässt nichts Gutes ahnen. Tatsächlich kommt nun eine Reihe von „Grausamkeiten“ bereits an Tageslicht:

K ü r z u n g
der Pendlerpauschale, Streichung der Eigenheimzulage und der Bergbauzuschüsse, Lockerung des Kündigungsschutzes, Verordnung von Renten-Nullrunden (= Minusrunden). Letzteres wird die Binnennachfrage weiter schwächen. 2007

werden die Rentenbeiträge erhöht, und das Rentenalter langfristig auf 67 Jahre heraufgesetzt. Milliarden-Zuschüsse für den Nahverkehr sollen gestrichen werden, Kindergeld nur noch bis zum 25. Lebensjahr bezahlt werden, Eltern von Arbeitslosen bis 25 Jahre sollen wieder selbst für sie aufkommen. Hartz-Betroffene Arbeitslose über 58 Jahre müssen wieder „dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen“, obwohl sie niemand mehr einstellt. 2008 soll es eine Unternehmenssteuerreform geben. 4,3 Milliarden können die Unternehmer demnächst mit den Erleichterungen bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer einstreichen. Den Bundesbeamten geht es ans Weihnachtsgeld,

„Ich fühle mich bestätigt, für unser Land dafür zu sorgen, dass es in den nächsten vier Jahren eine stabile Regierung unter meiner Führung geben wird.

Niemand außer mir ist in der Lage, eine stabile Regierung zu bilden – niemand außer mir. (...) Glauben Sie im Ernst, dass meine Partei auf ein Gesprächsangebot von Frau Merkel bei dieser Sachlage einginge, indem sie sagt, sie möchte Bundeskanzlerin werden?“

Gerhard Schröder in der SPD-Zentrale und in der „Elefantenrunde“, 18. September 2005



ihre Arbeitszeit wird auf 41 Stunden erhöht. Größere Milliarden-Summen sollen mit Privatisierungen und mit Bundesbank-Goldverkäufen sprudeln. Steinbrück brachte schon einen Autobahnverkauf ins Spiel. Statt an den Rüstungs- und Militärausgaben zu sparen, forderte jetzt der neue Kriegsminister Jung für die Frontkämpfer, die Deutschland angeblich in 5000 km Entfernung „verteidigen“,

mehr Geld auszugeben. Es könnte sonst ihr Tod zu billig erscheinen...

Doch das dicke Ende kommt noch mit den großen Posten, auf die man sich noch nicht geeinigt hat und zu denen man keinen Rat weiß: Die „Sanierung“ des Gesundheitswesens (jedes Jahr verlieren die gesetzlichen Kassen 400.000 Zahler), die Rentenversicherung (die nicht mal mehr die gesetzlich vorgeschriebenen Reserven vorhält) und der Pflegeversicherung (die finanziell am Ende ist). Man kann sich vorstellen, auf wessen Kosten das Ganze gehen wird. Da sind große Summen gefragt und es wird dann vorbei sein mit dem Verdacht. Frau Merkel hätte Kreide gefressen. Diese schwer verdaulichen großen Posten hat der hessische CDU-Ministerpräsident wohl gemeint, als er „Heulen und Zähneklappern“ ankündigte. Die SPD kann sich auf heiße Zeiten einrichten und auf verschärfte Krisen in der Partei. Der Widerstand gegen den Sozialabbau wird nicht ausbleiben. Durchaus möglich, daß die Große Koalition an diesen „Sanierungen“ vorzeitig zerbricht.

Beide Koalitionspartner, beide große Volksparteien haben mehreres gemeinsam: Beide haben bei der Bundestagswahl Federn lassen müssen, haben Wähler verloren. Beide haben Führungsprobleme, bei beiden ist die Neuformierung noch nicht abge-

schlossen. Beide Führungen versuchen mit aller Gewalt, die Ursachenforschung über die Niederlagen abzublocken. Ein Teil der Wähler der Union ist zutiefst geschockt, die erhoffte Rechtswende nicht herbeiführen zu können. Für viele Wähler beider Koalitionsparteien gilt, daß sie die jeweiligen Wahllosungen nun als Wahlschwindel einstufen müssen. Man kann also voraussagen, daß es

bald Unruhe und Veränderungen in den Parteien und bei ihrem Anhang geben wird, vor allem, wenn die Regierungsmaschine richtig ins Laufen kommt. Für beide Parteien gilt, daß die Kluft zur Wählerbasis zunehmen wird.

**Noch mehr als
zuvor: Links blinken,
rechts überholen**

Der Gegensatz zwischen dem wirklichen Zustand der SPD und dem, was der Partei gelingt, als Schein aufrecht zu erhalten, ist enorm. Ihre Krise schwellt weiter, während sich ihre acht Minister, einschließlich Vizekanzler, in der Regierungssonne die Hände reiben. Verdrängen ist angesagt, das haben auch die Parteitagsdelegierten begriffen, die mit 99,4 Prozent den neuen Vorsitzenden, den blassen Platzeck auf den Schild hoben, was diesen dazu befähigt, außer blinder Gefolgschaft zur Schröder-Fronde und zur asozialen Agenda 2010, weiß wohl niemand. Platzeck ist der erste Parteivorsitzende der SPD ohne traditionelle Verwurzelung, ebenfalls ein Zeichen, wohin der Wagen rollen soll. Als Ministerpräsident von Brandenburg hat er ein Landesdebakel ohnegleichen mit zu verantworten. Nach 15 Jahren SPD-Führung ist das Land, trotz aller Streichorgien, mit fast 19 Milliarden Euro verschuldet und hat nur noch 4 Prozent des Haushalts zur Gestaltungsverfügung. Jedes Jahr muß eine Milliarde Euro für Zins und Tilgung aufgebracht werden, bei einer Milliarde Neuverschuldung. Nicht gerade eine Empfehlung für höhere Weihen. Konzepte, wie er die SPD aus

der Krise führen könnte, hat er nicht. In Brandenburg koalitiert er mit einer rechtsstehenden CDU unter Schönbohm. Als neuer Vorsitzender hat er für die SPD einen neue Drehung weiter nach rechts im Sinn: „Die SPD kann nur als Partei der linken Mitte erfolgreich sein.“ Damit geht er über Schröders Ambitionen hinaus, der damals nur die imaginäre „Mitte“ mit einbeziehen wollte. Jedenfalls hat Platzeck einen weiteren Schritt weg von der alten Sozialdemokratie angekündigt. Das ist ganz im Sinne der New-SPD-Aristokratie, der Schröder, Müntefering, Clement, Beck und Steinbrück, um nur die wichtigsten „Macher“ aufzuzählen. Daß eine solche Politik, weg von den Interessen der Lohnabhängigen, die SPD in den Niedergang geführt hat, wird von einem Heer williger, karrieresüchtiger Parteifunktionäre vertuscht. Die SPD hat bekannterweise allein während der Amtszeit des „Kanzlers der Bosse“ 180.000 Mitglieder verloren und eine Landtagswahl nach der anderen (Sachsen 9,8 Prozent) brachte der Partei eine Niederlage. So als wäre all dies nicht geschehen, auch nicht der Verlust der Regierungsmehrheit im Bund, gibt es weder Selbstkritik des „Basta“-Kanzlers, noch einen überfälligen Kurswechsel der SPD-Politik. Man will die Erkenntnis auch nicht wahrhaben, daß es gerade die verbale Linkswendung in der letzten Wahlkampfphase war, die der SPD die große Blamage erspart hat.

Der Coup der SPD-Spitze

Es hatte alles so harmlos begonnen und endete als Coup der New-SPD Hardliner Schröder und Müntefering: die Sitzung des SPD-Parteivorstands zur Wahl eines neuen Generalsekretärs, nachdem der bisherige, Benneter, auch schon wieder verschlissen war. Parteivorsitzender Müntefering wollte, ohne vorher die Partei, die Fraktion oder die zuständigen Gremien zu befragen, seinen Gefolgsmann Wasserhövel auf den freiwerdenden Posten hieven. Der zusammengerufene Parteivorstand, der wie immer nicht vollständig war, sollte für ihn stimmen, damit der Partei-

tag in diesem Sinne applaudieren konnte. Die neueste „Basta-Aktion“ ging schief, Müntefering spielte den Überraschten und trat als Parteivorsitzender zurück. Dabei war schon mit der Kandidatur der Gummilinken Nahles abzusehen, daß sich der Parteivorstand diesmal die Entscheidung vorbehalten wollte. Müntefering und die Rechten in der SPD versicherten, sie wollten sich einheitlich



hinter die gewählte Person stellen. Als Frau Nahles mit 23:14 mit eindeutiger Mehrheit gewählt wurde, gab es eine Kehrtwende. Müntefering spielte plötzlich den Beleidigten und der Seeheimer-Kreis mitsamt der bürgerlichen Medienmeute giftete über den „Putsch der Linken“. Das war lächerlich, doch gewollt irreführend, denn Ute Vogt, Sigmar Gabriel, Renate Schmidt und die opportunistischen „Netzwerker“ zählen doch kaum zu den „Linken“, denen in der SPD nur noch ein kümmerliches Randdasein zukommt. Zudem hatten viele, die für Andrea Nahles votierten, die Rückendeckung ihre Heimatgremien. Diese hatten endlich das autoritäre Gehabe der Parteispitze satt, das in der Vergangenheit, zusammen mit der Agenda 2010-Politik, statt zur Stärkung der Partei, zu deren Niedergang, zu Mitglieder- und Wählerflucht beigetragen hat. Mit dem Abtritt Schröders sollten auch die autoritären Methoden der Parteispitze zurückgeschraubt werden. War doch gerade die Empörung im Parteivorstand groß gewesen, als Schröder und Müntefering, ohne den Vorstand zu informieren, geschweige ihn entscheiden zu lassen, per Handbewegung Bundestagsneuwahlen dekredierte.

Mit seinem Rücktrittsmanöver hat Müntefering den Vorstand in eine

Falle gelockt. Angesichts einer nun kopflosen SPD war die Betroffenheit in der Partei groß. Jene, die zum Miniaufstand gerüstet hatten, gaben über Nacht klein bei. „Eine Partei muß es aushalten können, wenn zwei Kandidaten sich um einen Posten bewerben“, traute sich der Landesvorsitzende der Saar-SPD, Heiko Maas, noch kleinlaut zu bemerken. Dem demokratischen Ausspruch der Partei hohnsprechend, kuschte die ganze Meute umgehend in erbärmlicher Weise. Andrea Nahles erging sich in Selbstgeißelung und leistete bei Müntefering umgehend Abbitte. Die SPD-Halblinken und der Rest der Linken, beide nur noch von marginaler Bedeutung, haben eine schwere Niederlage erlitten, ebenso wie die, die sich noch als kritische und demokratische „Sozialdemokraten“ verstanden. Der Parteivorstand trat zurück und in der neuen Besetzung wurde mit kritischen Geistern ziemlich aufgeräumt.

Es wurde deutlich, daß Münteferings Manöver ein gelungener Coup war, um die Partei noch gefügiger zu machen. Das war quasi eine Vorarbeit für die kommenden Zeiten der größten Grausamkeiten, die auch den eigenen Anhang treffen werden. Die Partei im Spannungsbogen zwischen Anspruch und Wirklichkeit soll durch Disziplinierung und Entdemokratisierung zum bloßen Vollzugsorgan der Parteispitze werden. Da der Anspruch immer mehr in die Binsen geht, fürchtet die Parteiführung, ohne solches Gegensteuern könnten noch mehr Teile der Partei wegbrechen. Denn wie sagte Müntefering, es komme „eine Legislaturperiode des Verzichts“, es gibt also allen Grund für „Willy Brandts Enkel“, alarmiert zu sein.

Die SPD vollzieht noch einen Schraubendrehung nach rechts

Wie gespielt Münteferings Beleidigtsein war und wie wenig wichtig die Person Wasserhövel, zeigt die umgehende Berufung von Hubertus Heil zum neuen Generalsekretär. Dabei war der „Netzwerker“ Heil einer der Strippenzieher für die Wahl

von Andreas Nahles gewesen. Interessant und gekonnt war zudem, wie Müntefering nach seinem Scheintot die Auferstehung gelang. Es war zwar als Parteivorsitzender zurückgetreten, bleibt aber weiterhin die wichtigste Führungsgestalt der SPD. Müntefering übernahm umgehend den Posten des Vizekanzlers und das Ministeramt für Arbeit und Soziales. Bei den Koalitionsverhandlungen stand er an der Spitze der SPD-Riege. Das Trio Müntefering, Platzeck, Struck hat nun das Sagen. Sie haben dafür zu sorgen, daß die Regierungspolitik möglichst reibungslos in Partei und Fraktion durchgestellt wird, auch wenn es dem alten sozialdemokratischen Verständnis nach gegen den Strich geht.

Der Sinn des Coups war es, eine Distanz herzustellen zwischen Regierungspolitik und der Partei. Der geschmeidige und nicht festgelegte Platzeck soll kommende unpopuläre und unsoziale Regierungsmaßnahmen gegenüber der Partei abfedern und seine Hände in Unschuld waschen können. Das heißt die Fortsetzung einer Politik mit gespaltener Zunge.

„Jubelstürme wird diese Regierung nicht auslösen“ (Platzeck)

Im Gegensatz zur SPD-Regierungspolitik hatte Müntefering im Wahlkampf die Parole ausgegeben „Geld darf nicht regieren“. Wer ihm das noch abnimmt, muß verschlafen haben, wie gerade in dieser Ära durch die Steuerpolitik der Schröder-SPD die Reichen immer reicher wurden. Aber nein, jetzt zaubert die SPD die „Reichensteuer“ aus dem Hut, die höchstens etwa 900 Millionen Euro einbringen würde, käme sie überhaupt durch. Eichel hatte den Spitzensteuersatz mit dem Ergebnis von elf Milliarden gesenkt, ein Supergeschenk für die Reichen, Absender SPD! Man sieht, die Bluffs werden immer durchsichtiger. Nur nicht für den famosen DGB-Vorsitzenden Sommer, der auf die von der SPD-Führung angekündigte „Erneuerungspartnerschaft“ mit den Gewerkschaften vertraut. Aber nicht nur

Sommer kann das Geschwätz nicht lassen. Auch der DGB insgesamt scheut sich nicht, sich lächerlich zu machen mit der Erklärung, im Koalitionsvertrag sei auch „viel Einheitsgewerkschaft drin“... („Einblick“)

Die Mehrheit der Wähler hat den Folgen des neoliberalen Kurses eine Absage erteilt, auch viele SPD-Wähler. Deshalb wird es heikel für den weiteren Kurs der SPD. Deren Führung hofft wohl nun darauf, ihre Wählertäuschungen besser übertün-



chen zu können, indem sie die Ausrede benutzt, der Unions-Koalitionspartner zwingt die Partei, auch unsoziale Maßnahmen zu unterstützen. Das wird ihnen so nicht mehr gelingen, denn die Menschen haben sieben Jahre Anschauungserfahrung hinter sich, in der die Stammwählerschaft stark enttäuscht wurde und zusammenschrumpfte.

Die SPD bleibt in der Dauerkrise, die ruhigere Phasen und heftigere Ausbrüche in sich bergen wird. Diese Niedergangsentwicklung kann auch Platzeck nicht aufhalten, der gerade in Brandenburg 10 Prozent Stimmenverluste hinnehmen mußte.

Eine bürgerliche Zeitung („Nürnberger Nachrichten“) schreibt richtigerweise: „Das Unbehagen über die Folgen der Exzesse des Kapitalismus wächst.“ An anderer Stelle ist der Autor aber der Ansicht, die zunehmenden sozialen Spannungen parlamentarisch begrenzen zu können. „Die Präsenz von Grünen und Linkspartei dürfte mit dazu beitragen, daß sich keine außerparlamentarische Kraft wie 1967 bildet.“ Wenn sich der Leitartikler da mal nicht täuscht. Je ärger die Koalition der Verlierer ihren neoliberalen Kurs weiterverfolgt, desto mehr wird Widerstand aufflackern. Der Teil der Bevölkerung, der sich heute schon

sozial am Rande der Gesellschaft befindet, wird auf neue Sprüche und auf folgenlose „Kapitalismuskritik“ kaum mehr hereinfallen. Die Phrasen, die eine ganze Schar Millionäre mit großem Geldaufwand in den Medien verzapfen – „Du bist Deutschland – Wenn du willst, geht es vorwärts“ – verpuffen dann in der Luft, wenn sie merken, daß sie ihren Lebensumständen direkt widersprechen.

Anbiederung der Linkspartei

Kaum hat die Linkspartei ihren Bundestagswahlerfolg feiern können und endlich einen Fuß im Westen mittels WASG auf den Boden gebracht, biedern sich ihre Führer umgehend wieder der SPD an. Gysi und Bisky gieren direkt nach Regierungssesseln, das Desaster im Land Berlin ist ihnen anscheinend keine Lehre. Im Neuen Deutschland

spricht Bisky eine Koalition mit der SPD 2009 an. Er sieht die „Chance, daß sich die SPD ihrer sozialdemokratischen Traditionen besinnt.“ Eine unglaubliche Ansicht eigentlich, angesichts der Rechtsentwicklung in der SPD und der Fortsetzung der Entsozialdemokratisierung. Aber es sind nicht nur Bisky oder Gysi allein, die solche Märchen verbreiten. Ähnliches steht nämlich auch in einem Strategiepapier des Vorstands: Die Linkspartei sei bereit, „bei entsprechender politischer Übereinstimmung 2009 auch Regierungsverantwortung zu übernehmen.“ Man hoffe auf einen Kurswechsel der SPD. Die Golf-Generation der SPD, die immer mehr die Partei beherrscht, wird sich damit bestimmt beeilen.

Ob die Linkspartei in den kommenden sozialen Kämpfen und im gesellschaftlichen Widerstand den politischen Beistand geben kann, den viele Linke sich erhoffen, ist bei einem solchen Anbiederungs- und Anpassungskurs mehr als zweifelhaft.

Bei dieser Ausgangssituation ist es um so wichtiger, daß sich eine selbständige Bewegung außerhalb der Parlamente entwickelt, die von außen auf die Linkspartei einwirkt und die es von linker Seite zu unterstützen gilt.

Streik bei Infineon, München Kraftprobe



8 Tage (vom 24. 10. bis 3. 11. 2005) dauerte der Streik für einen Ergänzungstarifvertrag (Sozialtarifvertrag) im Werk München Perlach (rund 800 Arbeiter). Vorangegangen waren Warnstreiks und Demonstrationen. Die IG Metall setzte zur Betreuung des Streiks die Siemens-Schwerpunkt-Gruppe (untersteht direkt dem Vorstand) und Sekretäre der Verwaltungsstelle ein. Bezirksleiter Neugebauer übernahm persönlich die Verhandlungsführung. Ein Streikzelt wurde errichtet. Die Streikposten wurden rund um die Uhr mit Essen und Getränken versorgt. Andere Betriebe aus München und darüber hinaus schickten Solidaritätsadressen bzw. Delegationen zum Besuch der Streikposten. An jedem Streiktag erschien ein Flugblatt an die Infineon- und Siemens-Beschäftigten. Die IGM bot all ihre organisatorischen Möglichkeiten auf.

Was war so besonderes an diesem Abwehrkampf?

Bei Siemens in München Neuperlach wurde Ende der 80er Jahre der erste Ein-Mega-Chip in Deutschland entwickelt. Die damalige Kohl-Regierung feierte den endlich erreichten Anschluß Deutschlands an den damaligen Weltstandard der Elektronik. Die Subventionen des Bundes für Siemens erreichten dreistellige Millionensummen und dürften die tatsächlichen Entwicklungskosten zumindest abgedeckt – wenn nicht überschritten – haben.

Bei der Ausgliederung der Chip-Fertigung von Siemens zu der selbständigen Aktiengesellschaft Infineon blieb der Standort Neuperlach im Siemens-Standort München P (z. Zt. noch rund 5400 Beschäftigte) integriert.

Seit ca. einem Jahr steht fest, daß Infineon das Werk schließen wird. Die Fertigungsanlagen sind veraltet. Eine Erneuerung am Ort wäre teuer und störungsanfällig, da sich die Anforderungen an die technische Perfektion laufend erhöht haben. In neueren Werken (Regensburg und Völkach, Österreich) ist genügend Kapazität vorhanden. Es ist beabsichtigt, die Speicherchip-Produktion aus der jetzigen Gesellschaft auszugliedern. Die rund 800 Kolleginnen und Kollegen in der Fertigung werden ihren Arbeitsplatz direkt verlieren; rund 200 von ihnen (Vertrieb, Verwaltung) könnten auf etwas längere Sicht betroffen sein.

Nachdem klar war, daß Infineon auf der Schließung des Standorts bestehen würde, legte die IG Metall den Schwerpunkt der Auseinandersetzung darauf, die Schließung zu verzögern, möglichst hohe Abfindungen und eine mehrjährige Beschäftigungsgesellschaft herauszuschlagen. Daran wurde von (wenigen) Kollegen im Betrieb (und von externen Gruppen, vor allem der MLPD) kritisiert, daß der Kampf um die Erhaltung aller Arbeitsplätze geführt werden müsse. Das ist abstrakt richtig aber leider unrealistisch, da in anderen Konzernbetrieben ausreichend Ersatzkapazität besteht und die IG Metall nicht in der Lage ist, alle Infineon-Betriebe in Deutschland und schon gar nicht die ausländischen Betriebe unter Druck zu setzen. Auch hier rächt sich die Vernachlässigung internationaler Gewerkschaftsarbeit.

Der Streik wurde sehr diszipliniert durchgeführt. Bei der Urabstimmung unter den rund 280 Organisiererten stimmten 92,6% für die unbefristete Arbeitsniederlegung. Alle Kolleginnen und Kollegen aus der Fertigung streikten und hielten durch. Am 1. Tag (24. 10. 05) versuchte Infineon eine kleine Zahl Streikbrecher unter Polizeischutz in den

Betrieb zu bringen. Es gab Rangeleien. Einige Kollegen wurden vorläufig festgenommen. Die Unternehmensleitung erwirkte eine einstweilige Verfügung, die der IGM auferlegte, Streikbrecher nicht aufzuhalten. Die Betriebsleitung wiederholte den Versuch trotzdem nicht. Die (eher symbolische) Aufnahme der Arbeit durch die betriebsfremden Angestellten brachte außer hohen Ausschußquoten und Schäden an den Einrichtungen nichts.

Es gelang, alle zehn Tore des Siemens/Infineon-Standorts während des ganzen Streiks und rund um die Uhr (Konti-Schicht) besetzt zu halten. Die Siemens-Beschäftigten wurden z. T. nach Ausweis-Kontrolle durchgelassen. Inwieweit die eindrucksvolle Darstellung gewerkschaftlicher Kampffähigkeit die Siemens-Angestellten dauerhaft beeindruckt und zu höherem Organisationsgrad (jetzt 7-8 %) führen wird, bleibt abzuwarten. Zumindest reagierten viele mit Sympathie.

Die Ergebnisse bringen den Infineon-Arbeitern finanzielle Vorteile. Die Abfindungen wurden auf das 1,32-fache eines Monatslohns je Beschäftigungsjahr festgelegt. Geboten waren 0,3 %/Beschäftigungsjahr. Sie dürfen aber 130.000 Euro je Beschäftigtem nicht übersteigen. Die Betriebsschließung wurde um ein Vierteljahr mit Option auf ein weiteres Vierteljahr hinausgeschoben. Entlassene können bis zu einem Jahr in einer von Siemens bezahlten Beschäftigungsgesellschaft unterkommen, d.h. Arbeitslosengeld I und später Alg II werden um dieses Jahr hinausgeschoben.

Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder hat sich knapp verdoppelt.

Das kann die verlorenen Arbeitsplätze nicht ersetzen. Der Streik konnte aber den Arbeitsplatzabbau für den Konzern verteuern. Vor allem zeigte er die Kampffähigkeit der Gewerkschaft. Weitere solche Beispiele sind erwünscht.



Die Jahreskonferenz der Gruppe

Die Jahreskonferenz der Gruppe fand am 22. und 23. Oktober wie schon seit vielen Jahren in Nürnberg statt.

Die Zahl der Teilnehmer entsprach der der letzten Jahre. Auch heuer konnten einige Genossinnen und Genossen aus gesundheitlichen Gründen bzw. aufgrund von Terminüberschneidungen nicht an der Konferenz teilnehmen. Viele hatten eine weite Anreise in Kauf genommen. Die Genossinnen und Genossen waren aus Österreich, Sachsen, Bremen, Berlin und München angereist. Auch unser langjähriger Freund und Sympathisant aus England hatte sich wieder auf den weiten Weg nach Nürnberg gemacht.

Erfreulich war auch, daß, wie schon in den letzten Jahren, Vertreter der Gruppe Arbeiterpolitik und den Gruppen International Dorfen und Landshut an unserer Jahreskonferenz teilnahmen. In politisch finsternen Zeiten wie heute ist es umso wichtiger, daß wir nicht allein auf uns zurückgeworfen sind, sondern den Kontakt und den politischen Austausch nach außen, sprich zu uns nahe stehenden Gruppen, suchen und pflegen können.

Die Konferenz lief nach der bewährten Aufteilung ab. Am Anfang stand der organisatorische Teil, wobei die notwendigen Formalia ohne großes Aufheben erledigt wurden.

Für den inhaltlichen Teil waren folgende Referate ausgearbeitet worden: „Zur Lage der Gruppe“, „Nach der Wahl“, „Linkspartei.PDS und WASG vor und nach der vorgezogenen Bundestagswahl“ und „Das Anwachsen des Faschismus – Wiederholt sich Weimar?“. Am Sonntag fand eine Diskussion zum Thema „Muß die Gewerkschaftsfrage neu gestellt werden?“ statt.

Im Referat „Zur Lage der Gruppe“ wurden zuerst die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, unter denen wir zur Zeit zu arbeiten haben, dargestellt. Aus unserer personellen Schwäche folgt die permanente Überlastung der Gruppenmitglieder. Es wurde deutlich gemacht,

daß uns Selbstvorwürfe darüber, was wir alles nicht in Angriff genommen haben und daraus folgende Absichtserklärungen, was wir in Zukunft besser machen können, nicht weiterbringen. Das ist alles nur im Zusammenhang mit unseren bescheidenen Kräften zu sehen. Mit diesen haben wir hauszuhalten und müssen sie gezielt einsetzen, denn in nächster Zeit werden wir wohl keinen großen Zulauf erhalten. Wir können unsere Leistungen anerkennen, was allerdings kein „die-Hände-in-den-Schoß-legen“ bedeuten darf.

Wir haben uns die Aufgabe gestellt, den marxistischen Funken am Glühen zu halten. Dazu trägt u.a. der Kontakt und die Diskussion mit Genossen anderer Gruppen bei. So sind wir weiterhin an einer Fortsetzung der Treffen in Leverkusen gemeinsam mit den Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik interessiert, können doch in solchen Diskussionsprozessen bestehende Kontakte vertieft und eventuell vorhandene Ressentiments abgebaut werden. Die Referate, die in Leverkusen gehalten wurden, sind nun in einem Sonderdruck der Marxistischen Blätter erschienen und können über unsere Redaktionsadresse bestellt werden.

Der Kontakt zu einigen Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik hat sich vertieft und sollte auch weiter ausgebaut werden. In diesem Zusammenhang wurden Schritte diskutiert, wie das besser in die Praxis umgesetzt werden kann.

Weiterhin gepflegt werden soll in Zukunft auch die Zusammenarbeit mit den Gruppen International Dorfen und Landshut. Hier wollen wir die Frühjahrstreffen, die sich gut bewährt haben, fortsetzen.

Im Anschluß an die Diskussion zur Lage der Gruppe zeigten wir auf praktischem Weg Solidarität. Bei der Sammlung für Kuba kamen 420 Euro zusammen. Das Geld wurde der Österreich-Kubanischen-Gesellschaft zur Verfügung gestellt, die damit die Frachtkosten aufbringen kann, um gesammeltes Spendenmaterial nach Kuba zu verschiffen.

Unser Genosse aus England gab einen Bericht zur aktuellen Lage auf den Inseln. Er vermittelte uns einen detaillierten Einblick in das politische Geschehen und benannte einige Hintergründe von Entscheidungen, die uns in Deutschland nicht bekannt waren. Geprägt wird die politische Diskussion von der Beteiligung Englands am Irakkrieg und am Kriegskurs, den Parteichef Blair seiner Partei verordnet hat. Innerparteilich, aber auch in der öffentlichen Diskussion wird die Kritik an der Beteiligung und vor allem an der fadenscheinigen Begründung dafür immer lauter. Blair bekam diese Ablehnung auf dem Parteitag im September zu spüren, als er bei Abstimmungen zu vier zentralen Punkten Niederlagen einstecken mußte. Mit welchen organisatorischen Tricks Blair bemüht ist, seine Führungsposition zu halten, ist

Anzeige

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

In der akt. Ausgabe (10/05) u.a.:

- ◆ Rainer Roth/Harald Thomé: »Der Anstand der Aufständigen«, zum Clement-Pamphlet
- ◆ Siegfried Dierke: »Eine Frage des Profits?«, zum Umbau des Gesundheitssystems
- ◆ AK: »Richtig gewählt!«, Bundestagswahlkommentar
- ◆ Kjell Hansen: »An den Taten sollt Ihr sie erkennen«, IG BAU: Tarifvertraglicher Offenbarungseid und schnelle Eingreiftruppen
- ◆ NaRa: »Hört die Signale, Schwestern!«, zur Strategie des Marburger Bundes und der Fortsetzung der Krankenhaushierarchie mit anderen Mitteln
- ◆ Kemal Bozay: »Gemeinsam voneinander lernen – den Dialog stärken!«, zur politischen und gewerkschaftlichen Debatte in der Türkei über den EU-Beitritt

- Ich möchte ein Probeexemplar
- Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben für 10 Euro (gg. Vvk.)

express

PF 10 20 62- 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 88 50 06 - Fax (069) 82 11 16
Email: express-afp@t-online.de

dem nachfolgend abgedruckten Artikel zu entnehmen.

Der Samstagnachmittag stand ganz im Zeichen der Innenpolitik. Zwei Referate befaßten sich mit der „*Situation nach der Wahl*“ und der „*Geschichte und Rolle der Linkspartei*“.

In der anschließenden Diskussion wurde darauf verwiesen, daß Schröder es während des Wahlkampfes geschafft hatte, das „sozial“demokratische Element in der SPD wieder herauszukehren und dabei versuchte, die Umverteilungspolitik zu Lasten der Arbeiter und Angestellten durch die SPD-Grünen-Regierung in Vergessenheit zu bringen – was ihm auch teilweise gelungen ist.

Immer wieder betont wurde die Bedeutung der Medien als Meinungsbildner der Bevölkerung. Nun tritt aber vermehrt ein Widerspruch zwischen der medialen Realität und den realen Erfahrungen der Menschen auf. Aus diesem Widerspruch heraus könnte die Linkspartei zu einem Kristallisationspunkt werden.

Kleine Meinungsänderungen in der Bevölkerung haben die große Koalition nötig gemacht. SPD und Union können sich nun nicht mehr die Bälle zuspitzen, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Die Linkspartei wurde als der Ausdruck eines Vakuums bezeichnet, das die SPD auf ihrem neoliberalen Marsch nach rechts geschaffen hat. Ohne zuviel in diese Partei hineinzulegen, ist sie trotz allem Ausdruck der Unzufriedenheit der Bevölkerung. Ob sie es dabei bewenden lassen, oder lernen, ihren Protest in anderen Formen zu überführen, wird sich zeigen. Sicher ist jedoch, daß der Erfolg der Linkspartei davon abhängig sein wird, ob auf der außerparlamentarischen Ebene Bewegungen entstehen. Künstlich entfachen lassen sich diese aber nicht. In diesem Zusammenhang wurde von einem Genossen die Frage gestellt, ob ein aktiver Gewerkschaftssekretär vor Ort für die außerparlamentarische Bewegung nicht wichtiger sei, als wenn er im Berliner Parlament säße.

Nach Abschluß dieser Diskussion referierte ein Genosse zum Thema „*Das Anwachsen des Faschismus – Wiederholt sich Weimar?*“. Anlaß für dieses Referat war der Einzug der NPD in den sächsischen Landtag und

die verbalen Proteste der bürgerlichen Parteien dazu. Dass dies nur Lippenbekenntnisse sind, zeigte sich dann bei der Konstituierung des sächsischen Landtags und das war der eigentliche Skandal: Die NPD bekam bei Abstimmungen bis zu sieben Stimmen von den anderen Parteien, die die Mitte der Bevölkerung verkörpern und die als Parlamentarier ihrem Gewissen verpflichtet sind.

Im Weiteren verglich der Referent konkrete Situationen – damals und heute. Die Schlüsse sind dem Referat, das wir in leicht abgeänderter Form abdrucken, zu entnehmen. Eins sei jedoch vorweg verraten. Es handelte sich damals wie heute um einen kapitalistischen Staat, von dem die Werktätigen nichts geschenkt erhalten, sondern sich ihre Rechte, ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen selber erkämpfen müssen.

Sowohl in den Ausführungen des Referenten, als auch in der anschließenden Diskussion wurde immer wieder auf die Bedeutung der Gewerkschaften hingewiesen, die, in Ermangelung einer Arbeiterpartei, halt doch einen Gegenpol zu den Faschisten zu bilden haben. Obwohl ja, objektiv betrachtet, gerade beim Fehlen einer starken Arbeiterpartei für den bürgerlichen Staat keine Notwendigkeit für die Machtübergabe an die Faschisten vorliegt, um die Herrschaft des Kapitals zu verteidigen und zu sichern. Allein darauf verlassen wollte sich dann doch niemand und als Wadlbeißer und Knüppelgarde gegen Linke konnte sie der kapitalistische Staat schon immer gut instrumentalisieren, auch wenn die internationalen Verflechtungen einer zunehmenden Faschisierung der Gesellschaft widersprechen.

Bei dieser Diskussion am Samstagnachmittag gab es bereits immer wieder Überschneidungen mit dem Gewerkschaftsthema, das wir am Sonntag behandeln wollten, nämlich: „*Muß die Gewerkschaftsfrage neu gestellt werden?*“

Für diesen Schwerpunkt hatten wir kein Referat ausgearbeitet, sondern wollten darüber auf Grundlage eines Thesenpapiers diskutieren. Einige Kernthesen der Diskussion werden im Folgenden in Kürze vorgestellt:

Vor dem Hintergrund sinken der Mitgliederzahlen – nicht denen

der Medien, sondern den wirklichen – und dem Abbau von immer mehr tarifgebundenen Vollarbeitsplätzen hin zu immer mehr prekären Arbeitsverhältnissen sinkt die reale Zahl der Neueintritte. Aber auch die Gewerkschaften sind eingebettet in die Gesellschaft und ein Teil von ihr, so daß es nicht korrekt ist, die Gewerkschaftsfrage isoliert zu betrachten. Und hier sind zur Zeit mangelndes Bewußtsein, Lethargie und Angst vor Arbeitsplatzverlust vorherrschend. Die Fortsetzung der jahrzehntelangen sozialpartnerschaftlichen Ausrichtung der Gewerkschaften ist das Auftreten von Funktionären oder Betriebsräten als Co-Manager, d.h. sie übernehmen Aufgaben des Managements und fühlen sich als die kompetenteren Unternehmer. Hierzu wurde angemerkt, daß es Kungelei zwischen Betriebsräten und Unternehmern schon „immer“ gegeben habe – nur hatten die Beschäftigten früher etwas davon, jetzt sind nur noch Verschlechterungen zu erwarten. Große Bedeutung wurde hierbei dem Oststreik in der Metall- und Elektroindustrie von 2003 zugemessen. Dabei sind die Betriebsräte u.a. von Opel, BMW und Daimler ihren streikenden Kolleginnen und Kollegen in den Rücken gefallen und haben sich dadurch zusätzlich in laufende Tarifverhandlungen eingemischt.

Das warf die Frage auf, wie es denn mit der internationalen Solidarität bestellt sei, wenn es doch nicht einmal in einem Land gelänge, die Konkurrenz der Arbeiter und Angestellten im Wettstreit um die billigere Ware Arbeitskraft aufzuheben.

Wir sind weit davon entfernt, das Thema ausdiskutiert zu haben. Die Gewerkschaftsfrage ist eine der wichtigsten für linke Politik, gerade in der heutigen Zeit. Wir werden uns auch in Zukunft weiterhin mit dieser Problematik zu beschäftigen haben.

Doch nun zu den Referaten.

„Im Grundsatzprogramm des DGB lese ich jeden Abend. Das liegt unter meinem Kopfkissen neben dem Godesberger Programm der SPD.“

Gerhard Schröder am Stand des DGB im Kanzlerpark beim Tag der offenen Tür der Bundesregierung am 28. August

Zur Lage der Gruppe

35. Jahreskonferenz 22./23. Oktober 2005 in Nürnberg

In den Vorbesprechungen sind wir übereingekommen, uns auf einen kurzen Bericht zu beschränken, um so mehr Zeit für die Diskussion politischer Probleme zu erhalten. Weder sind in den letzten zwei Jahren in der Gruppe gravierende Änderungen eingetreten, noch in der politischen Situation in der wir eingebettet sind. Innenpolitisch wird die indirekte Große Koalition von der direkten abgelöst. Der neoliberale Kurs und die immer unmittelbarere Herrschaft des Großkapitals finden ihre Fortsetzung auch nach dieser Bundestagswahl. Die Weltpolitik wird weiter von der Hegemonie der USA bestimmt, wobei auch weitere Unterwerfungskriege zu erwarten sind. Für uns wird bestimmend sein wie weit sich die Berliner Regierung direkt oder indirekt wieder beteiligt. Die Arbeiterklassen, dem globalen Konkurrenzdruck in Bezug auf Arbeitsplätze, Löhne und Arbeitszeit ausgesetzt, reagieren immer hilfloser und orientierungsloser. Weitgehend entsolidarisiert und ohne Klassenbewußtsein ist es der Arbeiterklasse nicht gelungen gegen den Klassenkampf von oben eine relevante politische Gegenkraft zu bilden. Der materielle Hintergrund für ihre konservative politische Haltung ist trotz allem für die Mehrzahl von ihnen noch vorhanden, wenn auch abnehmend. Die Politik der Gewerkschaften, deren Spitzen nur zu oft mit dem wirtschaftlichen und politischen Establishment verbunden sind, ist ein Spiegelbild dieser Entwicklung.

Der Niedergang der Arbeiterbewegung, der sich quantitativ und qualitativ fortsetzt, ist auch die Ursache für den anhaltenden Niedergang der revolutionären Gruppen, die fast nur noch von ihrer Substanz leben und daher immer mehr verkümmern. Die Hoffnung, eine sozialistische Alternative zur inhumanen kapitalistischen Gesellschaftsordnung – die andererseits immer mehr als solche erkannt wird – verwirklichen zu können, ist in die Nähe des Nullpunkts gesunken. Der historische Zusammenbruch des „Staatssozialismus“ und dessen abstoßendes Erscheinungsbild werden noch lange un-

günstig für uns nachwirken. Für viele ist es aber auch die als unüberwindbar betrachtete Übermacht der „Wirtschaft“, die eine grundsätzliche Opposition aussichtslos erscheinen läßt. So zerfleddert der Widerstand gegen den Sozial- und Arbeitsplatzabbau immer mehr in isolierte Einzelkämpfe, die nur noch geführt werden, um für sich selbst das Schlimme erträglicher zu machen.

Ohne große und politisch tiefgehende, solidarisch bestimmte Bewegungen sitzen auch marxistische Gruppen auf dem Trockenen – sie trocknen buchstäblich aus. Alle Versuche, Bewegungen künstlich anzufachen, sind immer gescheitert. Voluntarismus und verbale Phrasendrescherei bringen nur Enttäuschungen, die in Inaktivität enden.

Die Bewegungen der letzten Jahre wie die gegen den Irakkrieg, gegen Schröders Agenda 2010 auch in Form der Montagsdemonstrationen usw. waren wichtig, um den Widerstandsgeist aufrecht zu erhalten. Sie fanden alle ihr Ende und sind gescheitert als klar wurde, daß sie ihren Zweck nicht erreichen konnten. Die linken Gruppen konnten bei der Organisierung und Vorantreibung dieser Bewegungen meist eine unterstützende Rolle einnehmen. Sie selbst konnten davon nicht profitieren, weder durch Zuwachs noch durch Verbreitung ihrer systemumwälzenden Theorien. Wenn, dann dies nur in wenigen Ausnahmefällen. Einpunktbewegungen, die sich an den Folgen der Kapitalherrschaft abarbeiten, stellen diese selbst noch längst nicht in Frage. Das tun im besten Fall nur Kämpfe Klasse gegen Klasse.

Unser Bezug auf die Arbeiterklasse – diese umfasst heute m.E. die Lohn- und Gehaltsabhängigen, plus (mit Vorbehalt) die „Ausgegrenzten“ – bleibt weiterhin richtig. Nur in der Arbeiterklasse kann der unvereinbare Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit in jenem antagonistischen Ausmaß aufbrechen, der in die Systemfrage münden kann. Ob und wann es dazu kommt, ist offen. Das Aufbrechen von Widersprüchen in der kapitalistischen Gesellschaft wird

ebenso darüber entscheiden, wie auch die Herausbildung des subjektiven Faktors dabei unumgänglich bleiben wird. Voraussetzung für letzteres ist, daß es marxistischen Kernen gelingt bis dorthin zu „überwintern“ und der Widerstandsgeist in der schrumpfenden Arbeiterbewegung nicht erloschen ist.

Es gehört einiges dazu, in unserer kleinen Gruppe durchzuhalten und man braucht dazu marxistische Kenntnisse, Einsichten und Zähigkeit, gibt es doch kaum größere Erfolgserlebnisse. Im Gegenteil. Wie bei anderen linken Zeitschriften auch hält in unserem Umfeld das Abbröckeln weiter an. Anhänger und Leser werden älter, werden krank und sterben. Andere geben einfach auf, ziehen sich von der Politik zurück. Gewerkschaftsfunktionäre und langjährige Betriebsräte gehen in Rente und sind dann politisch oft weg.

Ohne Werbeversand kämen wir nicht zu neuen Lesern, die in der Mehrzahl aus dem Osten kommen. Gehen auch die Abo-Zahlungen allgemein zurück, so zahlen die Verbliebenen wesentlich mehr als sie müßten. Das läßt auf einen treuen Leserstamm schließen.

Der kleine Kern der Gruppe ist weiterhin stabil, wenn auch die Lage sehr angespannt ist. Wir können auf keine/keinen, der eine Arbeit übernommen hat, verzichten. Nur so konnten wir unserer Aufgabe gerecht werden in den letzten zwei Jahren pro Quartal eine Nummer der *Arbeiterstimme* inhaltlich und organisatorisch zu bewältigen. Die Hefte hatten zwischen 40 und 44 Seiten. Die Arbeitsaufteilung funktionierte wie in den Vorjahren. Von München aus erfolgte auch die Herausgabe eines neuen Buches über die Umwälzungen in Venezuela.

Dringend bräuchten wir mehr Anhang bei jugendlichen Genossinnen und Genossen und ihre Mitarbeit in der Gruppe.

Was die Zahl der Autoren in der Berichtszeit anbelangt, so haben wir diesmal einen Rekord von 22 Verfassern zu verzeichnen (ohne Nachdrucke).

Die inhaltliche Rückkoppelung in der Gruppe könnte nach wie vor

besser sein. Wir führen zwar weiterhin unsere Monatsversammlungen durch und vor fast jeder Nummer fahren zwei Redaktionsmitglieder nach München. Wir beteiligen uns auch wieder an der Linken Literatur Messe im November in Nürnberg. Die Herausgeber führten mit dem Venezuela-Buch eine Lesereise durch, die sie nach Ost- und Norddeutschland führte.

Wir halten es für angebracht, uns zusammen mit der Arpo weiter am Treffen marxistischer linker Gruppen in Leverkusen zu beteiligen. Es wäre nützlich, wenn dieses Thema anschließend von den Beteiligten von Arsti und Arpo aufgegriffen wird. Wir treten auch dafür ein, die Mai-Treffen in Landshut fortzuführen, wobei wir uns an dieser Stellen noch mal für die Einladung und Gastfreundschaft bedanken.

Diese Seminare waren immer ein Beispiel dafür, wie Angehörige verschiedener linker Gruppen sachlich debattieren und zusammenarbeiten können.

Wie es um die finanziellen Belange der Gruppe steht, wird dann der Kassierer in seinem Kassenbericht be-

kannt geben. Hat sich auch das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben verschlechtert, so ist doch bei anhaltender Opferbereitschaft die weitere Herausgabe der Zeitung gesichert. Wir könnten unser Finanzproblem und andere besser in den Griff bekommen, wenn sich langjährige Sympathisanten endlich zur Mitgliedschaft entschließen könnten.

Positiv ist zu vermerken, daß sich das Verhältnis zwischen Arpo und Arstigenossen weiter verbessert hat. In der Zeitungsarbeit tritt das aber noch nicht so sehr zu Tage. Während wir mehrere Male Arpo-Artikel nachdruckten, übernahm die Arpo in den letzten beiden Jahren nur zwei Nachdrucke aus der Arsti. Wir können später darüber reden, wie wir die Zusammenarbeit weiter vertiefen können und wo es vielleicht auch noch größere politische Differenzen gibt, wo vielleicht noch Missverständnisse bestehen.

Es macht wenig Sinn, in ein Lamento auszubrechen, was uns als Gruppe wieder nicht gelungen ist, wo wir Mängel haben. Verwirklichbare

Verbesserungsvorschläge sind immer willkommen. Soweit überschaubar, sind wir alle der Meinung, daß trotz der sehr ungünstigen objektiven und subjektiven Bedingungen unsere Arbeit fortgeführt werden muß. Der marxistische Funke darf nicht erlöschen. Wie abzusehen, gehen wir noch schwierigeren sozialen Verhältnissen entgegen. Daher besteht die Gefahr, daß sich Betroffene auch von rechtsradikalen Parteien einnehmen lassen. Die Entwicklung in Sachsen sollte uns Warnung genug sein. Umso mehr kommt es darauf an, zusammen mit anderen Gruppen, das Ziel des Sozialismus hochzuhalten. Leicht ist der Weg nicht.

Wie sagte doch der Schweizer Denker Max Frisch:

„Die Linke hat einen kühnen Anspruch an die Intelligenz des Menschen. Und dann auch noch an ihre Moralität. Und das bringt ihr die Noblesse, aber auch die Ohnmacht. Faschismus setzt einfach auf das Tier; Links ist eine Anstrengung. Lebenslänglich.“

Nach der Wahl

*„Es wird Herbst. Die Blätter des Neoliberalismus fallen weltweit.“
Norbert Blüm in der Süddeutschen Zeitung v. 27. 9. 2005*

Statt euphorischer Sprüche des schon immer realitätsfernen („die Renten sind sicher“) CDU-Rentners Blüm soll versucht werden, einen Rückblick auf Veränderungen im Wählerverhalten und einen Ausblick auf künftige Möglichkeiten der Linken zu geben.

Die Veränderungen im Wählerverhalten

Bürgerliche Wahlen können nichts Grundsätzliches ändern; aber sie liefern Stimmungsbilder der Bevölkerung – zumindest des Teils mit deutschem Paß – und sind deshalb nicht belanglos sondern wichtig.

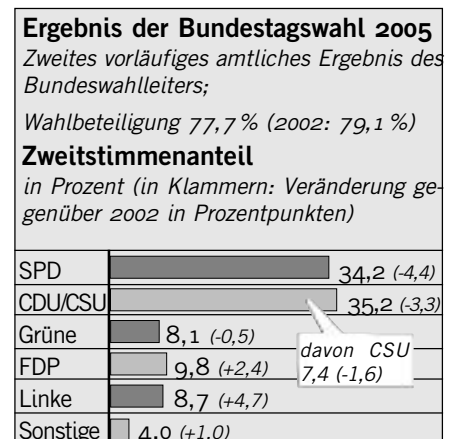
Die KED (Kapitalistische Einheitspartei Deutschlands) mit ihren Fraktionen CDU, CSU, SPD, FDP und Grünen hat **insgesamt** nicht unerhebliche Stimmanteile verloren. Der Saldo aus Verlusten und Gewinnen der

genannten Fraktionen ist minus 5,8%. Gleichzeitig erreichte die reformistische „Linke“ mit 8,7% Fraktionsstatus im Bundestag. Die Wahlbeteiligung nahm weiter um 1,4% ab. Die NPD blieb zwar angeblich hinter ihren eigenen Erwartungen zurück; sie konnte aber trotzdem um rund 1,2% zulegen. Besonders markant sind die Verluste der CSU in Bayern, die allerdings überwiegend der FDP zugute kamen.

Das Wahlergebnis zeigt also einen Verlust an Akzeptanz für die neoliberalen Parteien bei gleichzeitiger Konstituierung einer reformistischen Partei, die neoliberaler Politik des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben entgegen treten will (Bild rechts). Das ist neu. Bei den letzten Landtagswahlen fielen die Verluste der SPD großenteils an die CDU und/oder die Nichtwähler.

Nun sind 5,8% der abgegebenen Stimmen noch immer eine kleine Minderheit. Verlust an Vertrauen, manifestiert durch einen Stimmzettel, ist (noch?) weit entfernt von bewußter Opposition in der Bevölkerung allgemein, geschweige denn von der Entwicklung eines Klassenbewußtseins in der Arbeiterklasse als Klasse für sich.

Interessant ist die **stetige** Abnahme der Zweitstimmen für die „Volksparteien“ SPD und CDU/CSU



in den letzten 33 Jahren, bezogen auf die Wahlberechtigten (nicht die abgegebenen Stimmen). Von 82% 1972 fielen sie auf 53,2% 2005 (Bild 2). Das ist zwar immer noch die absolute Mehrheit. Aber es zeigt doch den anhaltenden Vertrauensverlust der wahlberechtigten Bevölkerung in diese Parteien.



Bild 2

Eine reformistische Partei als parlamentarische Alternative zur SPD hat es in diesem Umfang in der Bundesrepublik noch nie gegeben. (Die KPD bis 1953 ist m. E. in anderem Zusammenhang zu sehen.) Die Ablehnung des neoliberalen Kurses der SPD, ihre Abwendung von traditionellen sozialdemokratischen Standpunkten, hat mit der Linkspartei immerhin eine nennenswerte Minderheit im Parlament hervorgebracht. Diese Entwicklung auf reformistischer Ebene scheint aber auch das Äußerste zu sein, was von den deutschen Wählerinnen und Wählern z. Zt. zu erwarten ist. Das zeigen die Wahlergebnisse der zwei Parteien, die offen für eine sozialistische Gesellschaftsordnung (wie immer man deren Auffassung davon beurteilen mag) eintraten. Die MLPD erreichte rund 45.000 Stimmen (0,1 %), die trotzkistische PSG rund 15.000 Stimmen. Bemerkenswert scheint mir die organisatorische Leistung der MLPD, die es schaffte in allen 16 Bundesländern Listen aufzustellen. Ob die DKP für sich allein höhere Ergebnisse erreicht hätte, wenn sie sich an der Wahl beteiligt und nicht die Linkspartei unterstützt hätte, erscheint zweifelhaft.

Inwieweit der relative Erfolg der „Linkspartei“ Auswirkungen auf die Politik der großen Koalition haben wird, hängt u. a. von deren weiterer Entwicklung ab. Wenn man

überhaupt von einem Linkstrend reden will, scheinen mir zwei Aspekte wichtig: Zum einen fand dieser auf bestenfalls reformistischer, nicht auf revolutionärer Ebene statt. Zum anderen ist er labil. Enttäuschung über eine „Reformpolitik“ wie die der SPD, die ihre vorgeblichen Ziele (vor allem Senkung der Arbeitslosigkeit) verfehlte, dafür aber die Bereicherung der Reichen um so besser erreichte, kann nur dann Grundlage weiterer Linksbewegung sein, wenn wenigstens glaubwürdig gegen weiteren Sozialraub und Umverteilung in gewohnter Richtung gekämpft wird. In diesem Zusammenhang werden die Auseinandersetzungen um Regierungsbeteiligungen auf Länderebene in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern interessant.

Gemeinsamkeiten

Ein gut Teil der Diskussion über die Ursachen der enttäuschenden Wahlergebnisse für CDU/CSU und SPD ist m. E. müßig. Ob Wahlkampffehler der CDU-Kandidatin, ob ihr Geschlecht, ob Schröders Wahlkampfeinsatz die Unterschiede minimierten, ist Meinungsache und nicht zu belegen. Ich versuche, mich möglichst auf belegbare objektive Fakten zu beschränken, wohlwissend, daß es wissenschaftlich voll beweisbare Ursachen bei so komplexen Zusammenhängen nicht geben kann.

Grundsätzlich vertreten CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne allenfalls graduell unterschiedliche Positionen neoliberaler Politik auf ökonomischem Gebiet. Sie wollen ähnlich repressive Innenpolitik mit Verschärfung der Überwachung der Zivilbevölkerung, besonders derjenigen ohne deutschen Paß, und Ausgrenzung Asylsuchender, Aufrüstung, um die Bundeswehr global einsatzfähig zu machen, und (sieht man von der Aggression gegen den Irak ab) als treue Hilfssheriffs der USA in Jugoslawien, Afghanistan und Afrika auftreten.

Lediglich in wenigen einzelnen Punkten sind deutlich unterschiedliche Positionen erkennbar: Atomausstieg, Bürgerversicherung oder Kopfgeld, Besteuerung von Nacht- und Schichtzulagen und teilweise der Pendlerpauschale, EU-Aufnahme der Türkei und wenig anderes. Die Neu-

ordnung des Verhältnisses zwischen Bund, Ländern und Kommunen, der Kompetenzen und vor allem der Finanzen wird als gemeinsame Aufgabe von CDU/CSU/SPD gesehen. In der großen Koalition der Wahlverlierer werden diese Unterschiede voraussichtlich ohne große Probleme zu nivellieren sein. Kirchhofs „Einheitssteuer“ ist ja schon tot.

Die zunehmende Ablehnung des Sozialabbaus bei einem Teil der Wählerschaft und die Existenz der „Linkspartei“ haben zu deutlich zurückhaltenderen Aussagen zur „Reform“politik im Wahlkampf und vor allem danach geführt. Zu harte Wahlkampfthemen wie Einheitssteuer oder Gesundheitsprämie werden für die enttäuschenden Ergebnisse der CDU/CSU mitverantwortlich gemacht. Sie wurden deshalb in den Koalitionsverhandlungen ausgeklammert oder mit Formelkompromissen erstmalig verbart.

Dieser Widerspruch zwischen scheinbarem Nachgeben vor den berechtigten Ängsten und schlechten Erfahrungen bei Lohnabhängigen, Rentnern, Arbeitslosen einerseits und den Anforderungen des Kapitals andererseits bestimmte die Koalitionsverhandlungen und wird die Regierungspolitik in nächster Zeit bestimmen. Für eher kürzere Zeit wird die SPD versuchen, ihre scheinbar kapitalkritischen und sozialen Wahlkampfaußagen aufrechtzuerhalten – auch weil innerparteilicher Streit zur Zeit unerwünscht ist – und die CDU/CSU wird versuchen, ihre zu offenen Aussagen über weiteren Sozialraub unter der Decke zu halten.

Das wird m. E. nicht lange anhalten. Eine Weiterführung der bisherigen Politik der Umverteilung von unten nach oben ist mit Sicherheit zu erwarten. Dafür werden die Lobbies der Unternehmer und vor allem die desolate Lage der öffentlichen Haushalte (siehe Bild 3) sorgen. Die Steuerentlastung der Konzerne und großen Einkommen riß große Löcher in die Staatsfinanzen. Rücknahme dieser Umverteilungsmaßnahmen wird das Kapital nicht zulassen. Die Senkung des Spitzensteuersatzes für Kapitalgesellschaften auf 19% ist schon beschlossene Sache. Der Bundesverband der deutschen Industrie ließ durch sein Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ja schon ein 100-Tage-

Programm der künftigen Bundesregierung erstellen.

Die Arbeitslosigkeit wird sich nicht wesentlich vermindern, da mangels ausreichender Massenkaukraft die Binnennachfrage weiter stagnieren wird. Das wird für weiter steigende Defizite der Sozialkassen und der öffentlichen Hand sorgen.



Bild 3

Die SPD-Wahlkämpfer haben im Wahlkampf einen Pappkameraden gebaut, als sie stärkere Belastung der Unternehmergewinne ankündigten. Die „Reichensteuer“, falls sie nicht im Koalitionsvertrag still dahinscheiden wird, wird nach Schätzungen kaum über eine Mrd. Euro/Jahr einbringen. Allein die Belastung durch die höhere Umsatzsteuer, die überwiegend die ärmere Bevölkerung trifft, macht ein mehrfaches aus. Ein Feigenblatt vor der weitergehenden Umverteilung – nicht mehr. Außerdem sind im Koalitionsvertrag weitere Steuerentlastungen für Unternehmen durch Abschreibungserleichterungen vorgesehen.

Das Kapital wird höchstens kosmetische Korrekturen der bisherigen Politik zulassen. Die Koalitionspolitiker werden sich wie bisher der Unternehmer-, d. h. der Verwertungslogik des Kapitals, unterordnen.

Da werden auch vorläufig gemäßigte Aussagen in Koalitionsvereinbarungen nichts ändern.

Das Wahlprogramm der SPD verdiente und fand kaum Beachtung beim Wähler. Es las sich, als hätte die-

se Partei seit Jahren in heldenhafter Opposition gegen eine sozialräuberische Regierung gestanden. Die große Koalition wird es der SPD ermöglichen, sich leise und ohne größere Diskussion von ihren Wahlversprechen zu verabschieden.

Auswirkungen auf die Gewerkschaften

Seit Anfang des 20. Jahrhunderts sahen die Gewerkschaften in der SPD den „politischen Arm“ der Arbeiterbewegung. In den letzten Jahren – spätestens seit der Agenda 2010 – funktionierte der „Arm“ nicht mehr. DGB-Chef Sommer und einige Vorstände der Einzelgewerkschaften (vor allem IGBCE) beschlossen, dies einfach zu ignorieren und beschränkten sich auf leises Grummeln. Zu Aktionstagen wie etwa am 3. April 2004 mußten sie eher getragen werden. Die SPD wird aber von diesen weiter als Ansprechpartner, als politische Linke gesehen, die man nicht spalten darf. Andere (vor allem IGM und ver.di) kritisierten die Agenda-Politik härter, mobilisierten immerhin zu den Demonstrationen und unterstützten mehr oder weniger still und heimlich die „Linkspartei“: Etwa durch die Bereitstellung von Räumen für öffentliche Veranstaltungen.

Statt einem politischen Arm scheinen die Gewerkschaften nun deren zwei zu haben, was aber in diesem Fall wohl kaum eine Zunahme an Stärke bedeutet.

Ob Sommer/Schmoldt oder Peters/Bsirske den künftigen Kurs der Gewerkschaften stärker bestimmen können, ist heute noch nicht einzuschätzen. Da müßte entsprechender Druck aus der Mitgliedschaft kommen – oder er kommt nicht. Eine Erhebung über das Wahlverhalten der Gewerkschaftsmitglieder (Bild 4) zeigt zwar Unterschiede zum allgemeinen Wahlausgang – doch nur geringe Differenzen zu Ergebnissen bei früheren Wahlen. Die SPD hält demnach 47,4%, das sind 3,8% weniger als bei der letzten Bundestagswahl. Die Linkspartei/PDS erhielt mit 11,8% mehr als in der Gesamtbevölkerung, doch überwältigend ist das auch nicht gerade (nach Metall Nr. 10/2005, S. 9).

Wenn wir Wahlergebnisse als Stimmungsbilder betrachten, ist nach heutigem Stand auch bei Gewerkschaftsmitgliedern ein geringer Linkstrend auf reformistischer Ebene erkennbar. Die Stimmung ist aber bei weitem noch nicht so, daß die Vorstände der Gewerkschaften dadurch zu einem Kurswechsel gezwungen wären.

Das kann nicht heißen, daß kommunistische Politik diese Veränderungen ignorieren dürfte. Kampf um Veränderungen zugunsten der materiellen Verhältnisse der Arbeiterklasse bzw. zur Verhinderung von Verschlechterungen ist immer notwendig. Nur wenn die Lohnabhängigen an die Grenzen gewerkschaftlicher Möglichkeiten im kapitalistischen Produktionsverhältnis stoßen, besteht die Chance, daß größere Teile und potentiell die Mehrheit der Klasse über die gewerkschaftlichen Kämpfe hinausgehen und sich gegen den Kapitalismus wenden. Auch wenn die derzeitige Schwäche kommunistischer Organisationen keine starke Einflußnahme zuläßt, sollten alle Möglichkeiten, die sich auf betrieblicher und/oder lokaler Ebene bieten, in diesem Sinne genutzt werden. Gewerkschaften als unmittelbare Interessenvertreter der Lohnabhängigen sind in weit stärkerem Maße von Stimmungs- und erst recht Bewußtseinswandel in der heterogenen Mitgliedschaft bestimmt als Parteien. Sie können daher weder dauerhaft Stütze des kapitalistischen Produktionsverhältnisses sein noch allein dessen Sturz herbeiführen.

Außerparlamentarische Aktionen werden weiterhin eine nicht unwichtige Rolle als Protestform spielen.

Organisierung von außerparlamentarischem Widerstand gegen weiteren Sozialabbau wird weitgehend von den Gewerkschaften bzw. Gliederungen derselben abhängen. Nur sie

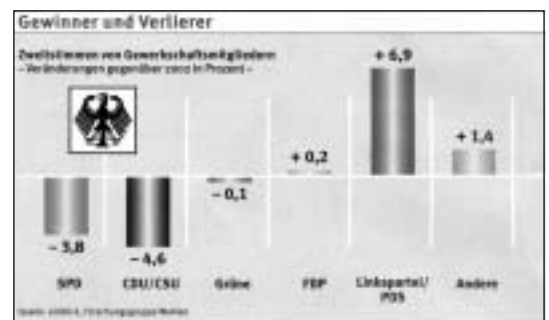


Bild 4

haben z. Zt. die organisatorischen Möglichkeiten und das Geld dazu. Die Vorstände in diese Richtung zu drängen bleibt Aufgabe. Die Möglichkeiten haben sich – wenn auch nur leicht – verbessert.

Der Wahlausgang **allein** wird aber nichts ändern. Gewerkschaftsfunktionäre auf mittlerer und unterer Ebene spielen aber auch im WASG-Teil der Linkspartei eine Rolle. Ein Zusammenspiel zwischen diesen auf der parlamentarischen Bühne mit Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften, vor allem in den Betrieben und Verwaltungen könnte interessant werden – falls es gelingt ein solches herzustellen.

Wichtiger Faktor dabei ist, daß es den Gewerkschaften möglich wird, die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene zu stärken. In unserer Zeitschrift haben wir seit Jahren darauf hingewiesen, wie notwendig das ist. Gerade Ereignisse in den letzten Monaten machen immer deutlicher, daß die Kolleginnen und Kollegen am kürzeren Hebelarm sitzen, wenn es keinen gemeinsamen Kampf mit den Lohnabhängigen in ausländischen Betrieben bzw. Konzernteilen gibt. Daimler/Chrysler, VW, Infineon, Electrolux/AEG sind nur einige neuere von vielen Beispielen. Solange die Unternehmer die „Gefahr“ für den Standort als (tatsächlich oder scheinbar) reales Argument ausspielen können, werden sie bei dem z. Zt. gegebenen Klassenbewußtsein Widerstandsaktionen lähmen oder spalten können. Schon die internationale Zusammenarbeit von Konzernbelegschaften wäre deshalb eine deutliche und zukunftsweisende Verbesserung.

Hier böten sich auch in der politischen Zusammenarbeit mit der „Linken“ Chancen, wenn diese mit andern linken Parteien, nicht nur, aber auch im europäischen Parlament, eine solche Gemeinsamkeit zumindest propagandistisch zuwege bringen würde.

Die Medien

„Pressefreiheit ist die Freiheit von 30 reichen Leuten, ihre Meinung drucken zu lassen“ sagte in den 50er Jahren der (sehr konservative) Publizist Paul Sethe (zeitweise Mitherausgeber der FAZ).

Wenn man die elektronischen Medien mit einbezieht, stimmt Sethes Feststellung noch heute.

Das hieß aber nicht, daß es damals keine unterschiedlichen Berichterstattungen und Kommentare in der Medienlandschaft gab. Man erinnere sich z. B. an die Auseinandersetzungen über die Ostpolitik der sozialliberalen Regierung. Der Spiegel der Ära vor Aust war immerhin noch ein Hecht im Karpfenteich und brachte Enthüllungen über Korruptionsfälle, die den jeweiligen Parteien zumindest peinlich waren. Ökonomische Debatten zur Wirtschaftspolitik ließen unterschiedliche Lehrmeinungen zu. Liberale und keynesianische Ökonomen stritten sich heftig. Natürlich durfte das kapitalistische System – vor allem im „eigenen“ Blatt – nicht offen in Frage gestellt werden; da gab es Grenzen.

Was sich aber in den letzten Jahren herausbildete, ist eine Einheitslinie in Zeitungen und Zeitschriften (die wenigen linken Blätter ausgenommen), in Radio und Fernsehen, in den Wirtschaftsinstituten und den Meinungsumfrageunternehmen.

In wirtschaftspolitischen Fragen herrscht allgemein der Neoliberalismus als unbestreitbares Dogma. Wer dagegen verstößt – ab und zu machen das noch aufmüpfige Feuilletonschreiber – wird nicht etwa mit theoretischen Argumenten und noch weniger mit empirischen Erfahrungen widerlegt sondern als altmodisch und verstaubt abgekanzelt.

Manche nennen das Gleichschaltung. Ich finde das falsch. Die Gleichschaltung der Presse durch die Nazis geschah durch physischen Terror, Vertreibung oder KZ-Haft für Oppositionelle. Der heutige Meinungseinheitsbrei braucht das nicht. Er beruht sicher auch auf materiellen Zugeständnissen durch die Industrie. Wirtschaftswissenschaftliche Institute und Meinungsforschungsfirmen leben nicht von der Wissenschaft sondern großenteils von Aufträgen aus Industrie und Politik. Vor allem was die Gründung völlig unabhängiger Bürgerinitiativen wie z. B. der „Initiative Neue soziale Marktwirtschaft“ anbetrifft, ist die Abhängigkeit offensichtlich. Doch hinzu kommt die Oberflächlichkeit eines Journalismus, der nicht mehr Fakten falsch oder richtig einordnet und publiziert sondern sich an der jeweils herrschenden Mode orientiert.

Wirtschaftswissenschaftliche Abweichler wie Hickel, Bofinger u. a. (was immer man von ihrer neokeynesianischen Variante bürgerlicher Ökonomie halten mag) werden – wenn überhaupt – nur als von der Wissenschaft überholte Sonderlinge erwähnt. Allein selig machender Glaube hat neoliberal zu sein.

Bisher war allgemeine Meinung, daß die Berieselung durch Presse und Talkshows, „wissenschaftlich“ untermauert durch wirtschaftsweise und Meinungsumfragen, also die veröffentlichte Meinung, die Ansichten, Stimmungen und vor allem das Wahlverhalten der Bevölkerung maßgeblich beeinflusse. Bisher gab es keine Anhaltspunkte dafür, daß diese Meinungsführerschaft nicht funktioniere. Jetzt schon.

Die meisten Meinungsbildner stellten den „Wechsel“ von Rot/Grün zu Schwarz/Gelb als feststehende Tatsache dar. Angeblich würde die Mehrheit der Bevölkerung die Notwendigkeit von durchgreifenderen „Reformen“ einsehen und einem „Wechsel“ zustimmen. Noch am 5. September, zwei Wochen vor der Wahl, druckte der Spiegel eine Umfrage von Infratest dimap, die der Union 43% der Stimmen (mit steigender Tendenz) zusprach (Bild 5). Natürlich wirken solche Vorhersagen, wenn sie nur flächendeckend und häufig wiederholt erscheinen, auch als eine sich selbst erfüllende Prophezeiung. Wenn die Union sowieso gewinnt, dann braucht man ja nicht mehr dagegen zu arbeiten. Mit reichlichen Spenden für CDU/CSU und



Bild 5

FDP half die Industrie wie üblich nach. Berater Schröders wie z. B. der als integer geltende ehemalige Siemens Vorstands- und jetzige Aufsichtsratsvorsitzende v. Pierer wechselten ins CDU-Kompetenzteam. Die Bosse verließen ihren Genossen Schröder.

Über die „Linkspartei“ gab es nur wenige Meldungen; wenn doch mal was erschien, waren es fast nur Berichte über Streitigkeiten oder sonstwie Negatives. Lafontaine galt als Event und wurde öfter gebracht, doch eher als Sensation denn als ernstzunehmender Politiker.

Es ist schwer zu beurteilen, inwieweit die Meinungsbeeinflussung an Durchschlagskraft verloren hat. Die Mehrheit des Wahlvolks entsprach ja immer noch den Vorgaben – aber eine ansehnliche Minderheit tat dies eben nicht mehr.

Die Reaktion der vereinigten Meinungsherstellungsindustrie auf das Wahlergebnis war typisch: Das Volk weiß nicht, was es will, ist konfus, unentschlossen. Journalisten und „Wissenschaftler“ waren ehrlich empört und sehr beleidigt. Es fehlte nur Brechts (in anderen Zusammenhängen verwendete) ironische Empfehlung, die Regierung möge doch ein anderes Volk wählen.

Die Blamage der vermeintlichen Meinungsmacher ist m. E. ein wichtiges und sehr erfreuliches Ergebnis der Wahlen.

Ausblick

Es bleibt schwierig – das hattet ihr euch eh schon gedacht. Es wird ein wenig einfacher, weil in einer großen Koalition die eine „Volkspartei“ der andern keine Alleinschuld an Arbeitslosigkeit, Haushaltsdefizit usw. zuschieben kann. Die stärksten Protagonisten der neoliberalen Politik stehen in der Verantwortung. Hoffentlich sehen die Wahlbürgerinnen und -bürger und vor allem die Lohnabhängigen das auch so.

Also: Manches wird sich ändern – doch nicht sehr viel und das wenige nicht sehr stark. Bei den Linken gibt es ein klein wenig mehr Zuversicht – vielleicht.

Stand: 30. 11. 05

Linkspartei.PDS und WASG vor und nach der vorgezogenen Bundestagswahl

Dieser Beitrag ist die Fortsetzung des Artikels „Vorzüge und doppeltes Gesicht der neuen Linkspartei“ in der *Arbeiterstimme* Nr. 149. Die zu berichtenden Ereignisse erfreuen uns insofern, als es bei der letzten Bundestagswahl am 18. 9. 2005 dem Bündnis aus Linkspartei.-PDS und Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit mit offenen PDS-Listen gelang, einen Wähleranteil von weit über fünf Prozent zu gewinnen. Nach CDU/CSU, SPD und FDP ist die Fraktion „Die Linke“ mit 54 Abgeordneten die viertgrößte im Zentralparlament. Indirekt trug das Bündnis dazu bei, dass die pseudo-sozialdemokratische und pseudogrüne Koalition die Schlacht verlor und die noch ärgere konservative Oppositions-Variante des deutschen Neoliberalismus sie nicht gewann, was beide veranlasste, eine ungewünschte Große Koalition einzugehen. Das Linksbündnis hat sich durch den Erfolg selbstverständlich nicht gewandelt. Es weist weiter positive wie negative Charakterzüge auf.

Wahlkampf und Wahlsieg

Die Wahlkampfzubereitung endete formell mit der zweiten Tagung des 9. Parteitags der Linkspartei.PDS am 27. 8. 2005 in Berlin. Sie kam im selben Neuköllner Estrel-Hotel zustande, in dem die SPD am 1. 6. 2003 ihre berüchtigte Agenda 2010 verabschiedete. Der Bundestagswahlkampf 2005 begann vor dem linken Wahlparteitag, weil Kanzler Schröder mit seiner putschartig inszenierten Vorverlegung der Wahl die zur Verfügung stehenden Fristen enorm verkürzt hatte.

Gleich dem am 5. 8. von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine der Öffentlichkeit präsentierten, am 27. 8. mit Änderungen vom Parteitag verabschiedeten Wahlprogramm stand dieser Kampf unter dem Motto „Für eine neue soziale Idee“. Der Unterti-

tel des Programms lautete „Eine andere Politik ist nötig – für soziale und demokratische Alternativen“. Sein Entwurf wurde in der ArSti 149 vorgestellt. Das fertige Programm barg die Kapitel I. Arbeit für alle, II. Hochwertige Bildung für alle, III. Ein Neuanfang für Ostdeutschland, für strukturschwache Regionen in Ost und West, IV. Umwelt bewahren, Zukunft gestalten, V. Protest ernst nehmen. Mehr direkte Demokratie durchsetzen, VI. Umverteilung von oben nach unten: für ein solidarisches Steuersystem sowie VII. Frieden leben, Frieden ermöglichen, Globalisierung gestalten. Es wurde am 7. 9. durch ein kürzeres „Programm für die ersten 100 Tage der linken Fraktion“ ergänzt. Beide zielten wie die Reden prominenter Bundestagskandidaten darauf ab, den neoliberalen Kurs zu stoppen und durch Abkehr von Agenda 2010 und Hartz-Gesetzen zu korrigieren. Zugleich sollten die BRD demokratisiert, die auf imperialistische Interventionen in fremden Ländern gerichtete Politik gestoppt und die Bundeswehr vor allem aus Afghanistan abgezogen werden. Kritik von links wurde dem Wahlprogramm deshalb zuteil, weil es kein weitergehendes, sozialistisches Ziel anstrebte, hinter gewerkschaftlichen Vorstellungen z.T. zurückblieb und in einem Fall bei verkürzter Arbeitszeit sogar Lohnminderungen billigte. Andererseits stellte sich, wie Lafontaine erläuterte, die Linkspartei darin als die einzige vor, welche bereit war, „die Wohlhabenden und Unternehmen ordentlich zu besteuern“, so dass wieder hinreichend Mittel für soziale Maßnahmen verfügbar wären.

In den wirtschaftlichen und sozialen Passagen entsprach das Wahlprogramm weitgehend der Programmatik großer Gewerkschaften und wurde daher von der größten, Ver.di, unterstützt, während auch die IG Metall es begrüßte und die gewerkschaftliche Sympathie für die neoliberal gewordene SPD merklich zu-

rückging. Um der Wählerstimmen willen waren Schröder und seine Partei gezwungen, ihren Kurs in einigen Punkten zu korrigieren. So stimmten sie nach langer Gegenwehr der Forderung gleicher statt abgestufter ALG-Sätze in Ost und West zu. Mit solchen Zugeständnissen und Hinweisen auf den angeblich ganz anderen Charakter ihrer und der CDU/CSU- und FDP-Politik gelang es ihnen kurz vor der Wahl, einen Teil der früheren Sympathisanten zurückzugewinnen. Der Zustrom Hunderttausender zur Linkspartei.PDS und zur WASG hielt jedoch weiter an.

Mit Gregor Gysi und dem meist klarer argumentierenden Oskar Lafontaine beginnend fanden die Wahlkampfredner der Linken vor Tausenden Zuhörern Beifall und Anklang. Ebenso mit ihren Angriffen auf die Politik des Neoliberalismus, die sich gegen beide Heerhaufen, den Angela Merkels und den Gerhard Schröders, richteten. Mitunter stellten sich die links firmierenden Politiker aber selbst ein Bein. So in der Mindestlohndebatte, welche mit der Äußerung des Vorsitzenden der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di, Frank Bsirske, in der „Berliner Zeitung“ vom 8. 8. begann, er halte die im linken Wahlprogramm erhobene Forderung nach monatlichen Bruttolöhnen ab 1400 Euro für politisch nicht durchsetzbar und sei für solche zwischen 1250 und 1300 Euro. Der gut betuchte Lafontaine meinte daraufhin, 1200 bis 1250 Euro täten es auch. Er wurde von Wahlkampfleiter Bodo Ramelow und dem Schweriner Minister Helmut Holter, indirekt auch vom Spitzenmann der WASG, Klaus Ernst, unterstützt. Der Bundesvorstand der Linkspartei.PDS legte am 22. 8. die Lohn- und Gehaltsuntergrenze wahlprogrammatisch auf 1000 Euro fest, während Berlins Wirtschaftssenator Harald Wolf für eine Orientierung der Bezüge unmittelbar an der Pfändungsgrenze von 980 Euro plädierte. Dem unwürdigen und taktisch unklugen Spekulieren mit der Armut zugunsten von Staat und Kapital traten die Bundestagsabgeordneten Pau und Löttsch, der Hamburger Spitzenkandidat Professor Norman Paech, der gewerkschaftspolitische Sprecher der Linkspartei Harald Werner und die WASG-Funktionäre Ralf Krämer und Murat

Cakir entgegen, Letztere mit dem Hinweis darauf, dass das Wahlmanifest ihrer Partei 1500 Euro Mindestlohn fordere. Beim Wahlparteitag gelang es, den Bundesvorstandsbeschluss zu kippen und die Grenze wieder auf 1400 Euro festzulegen.

Nahezu unbeachtet blieb während des Wahlkampfs das Veto Lafontaines gegen die EU-Aufnahme



der Türkei, das dem CDU-Standpunkt entsprach. Hingegen löste das Ja des Vorsitzenden der Linkspartei Lothar Bisky zu dem Vorschlag, Bundeskanzler Schröder den Friedensnobelpreis zu verleihen, größere Irritationen aus. Der außenpolitische Sprecher der Partei Wolfgang Gehrcke sah sich veranlasst, in der „jungen Welt“ vom 23. 8. dieser Anregung entschieden zu widersprechen. Er wies darauf hin, dass Schröder der bundesdeutsche Regierungschef war, unter dessen Verantwortung 1999 erstmals seit sechzig Jahren wieder Krieg von deutschem Boden ausging, und der bei formeller Nichtbeteiligung die völkerrechtswidrige Irak-Invasion der USA unterstützte.

Einen Seitenhieb von außen und durch André Brie gegen Lafontaine als „Luxuslinken“ wiesen die anderen Führer des Bündnisses, vor allem Gysi und Bisky, zurück, wobei sie betonten, nicht für, sondern gegen Armut zu streiten. Lafontaine hob seinerseits beim Wahlparteitag hervor, dass sein Auftreten als ehemaliger SPD-Vorsitzender auf einem Bundesparteitag der PDS histori-

schen Charakter trage. Beachtung fand, dass er sich mehrmals mit dem Ehrenvorsitzenden Hans Modrow solidarisierte, der wegen kritischer Äußerungen zur PDS-Entwicklung nach rechts Missfallen bei den dafür Verantwortlichen in seiner Partei erregt hatte.

Die Attacken gegnerischer Kräfte auf führende Vertreter der Linken dauerten an. Dabei bedienten sich diese Kräfte krasser Unwahrheiten als „Argument“. So wurde Lafontaine vom CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber bezichtigt, die Wiedervereinigung 1990 als „historischen Schwachsinn“ abgelehnt zu haben, während er tatsächlich vor allzu raschem DDR-Anschluss an die Bundesrepublik und einem Geldumtausch von 1:1 gewarnt hatte, der sich katastrophal auf die DDR-Wirtschaft auswirken musste. Der Vorreiter der Realo-Grünen Joseph Fischer nannte den ehemaligen SPD-Vorsitzenden nicht nur wie andere reaktionäre Politiker einen „deutschen Haider“. Er verglich zudem Lafontaine, der selbst einmal einem Mordanschlag fast zum Opfer gefallen war, mit dem holländischen rechtspopulistischen Attentatsopfer Pim Fortuyn. Dass SPD-Chef Müntefering Lafontaine zum Parteiverräter erklärte, konterte dieser durch den Vorwurf, M. und andere neoliberale SPD-Bosse hätten Verrat am sozialdemokratischen Programm geübt. Politiker der PDS resp. Linkspartei wurden erneut wegen unbewiesener angeblicher Tätigkeit für die DDR-Staatssicherheit diffamiert. So der sächsische Landtagsfraktionsvorsitzende Peter Porsch durch Angehörige aller anderen Parteien einschließlich der neonazistischen NPD, die Brandenburger Spitzenkandidatin Dagmar Enkelmann durch Landesinnenminister Exgeneral Jörg Schönbohm (CDU), Gregor Gysi und weitere MdB-Kandidaten durch die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR Marianne Birthler, einst Bürgerrechtlerin. Aus Mangel an Beweisen sahen sie und Schönbohm sich zur teilweisen Rücknahme ihrer Anwürfe gezwungen, allerdings ohne sich zu entschuldigen.

Anders als in früheren Zeiten verhielten sich die bürgerlichen Medien in der Regel kulant zur Linkspartei. Sie ließen deren Führer rela-

tiv oft zu Wort kommen und berichteten im allgemeinen sachlich über die Wahlprogrammatische.

Voll auf Seiten der Linkspartei standen linke und halblinke Presseorgane, diesmal auch die „junge Welt“. Allerdings nahm sie sich das Recht, am 25.8. einen Leserbrief auszugsweise zu veröffentlichen, in dem das trotz formeller Absage an den Neoliberalismus fortdauernde Spekulieren Prominenter auf ein späteres Zusammengehen mit der SPD und den Weiterbestand der antisozialen Koalitionen in Berlin und Schwerin kritisiert wurde.

Weiter hieß es darin: „Der Verzicht der nunmehrigen Linkspartei.PDS auf eine ehrliche Bestandsaufnahme ihres Kurses seit 1993/94 und besonders der beiden Juniorpartnerschaften, die Spitzenvertreter auf die andere Seite der Barrikade beförderten, stellt eine schwärende Wunde dar, die Krebs zur Folge haben kann. Im Interesse des Gros der Mitglieder und Anhänger kann das nicht auf Dauer hingenommen werden, ebenso wenig die starken innerparteilichen Tendenzen zur Entsolidarisierung und Entdemokratisierung oder das rachsüchtige Verhalten der Berliner Verbandsführung gegenüber der regionalen WASG-Organisation wegen dort vorhandener früherer PDS-Mitglieder, die der neoliberalen Koalitionspolitik abtrünnig wurden.“ Dieser Brief war auch dem parteinäheren „Neuen Deutschland“ zugegangen. Es unterdrückte ihn gleich anderen von der Linkspartei-Führung nicht gewünschten Stellungnahmen.

Die Sichtwerbung der Partei im Wahlkampf wurde wieder nicht unter Hinzuziehung der Mitglieder, sondern für Millionen Euro von zwei Firmen besorgt. Dadurch schadete sich die Partei z. T. selbst. So gehörten zur Werbung beispielsweise über 300 000 Plakate. Die kleineren mit schwarz-weißen Porträts der örtlichen und bundesweiten Spitzenkandidaten trugen Sprüche, die häufig kompliziert und zu klein, also schwer zu lesen waren. Einer der Werbefirmeninhaber äußerte dazu zynisch, diese Sprüche stünden für den „dialogischen Politikstil“ der Partei. „Außerdem hingen die Plakate ja auch oft in der Nähe von Ampeln, so dass man

sie nicht einfach im Vorbeifahren verstehen müsse.“ Ein anderes Plakat zeigte einen Regenschirm mitsamt der Inschrift: „Dem Trübsinn ein Ende“ und soll – wohl wegen seiner Herzigkeit – beliebt gewesen sein. In der letzten Wahlkampfphase kamen zwei Großflächenplakate mit Lafontaine und Gysi hinzu. Eines löste parteiintern und in der Presse Widerspruch und Diskussionen aus. Es zeigte einen zu Lafontaine aufblickenden Gysi, wobei offen blieb, ob er Erstgenannten anhimmelte oder



ihm als Mephisto etwas einblasen wollte.

Dass die Wahlkampfleitung nicht immer lauterem Herzens war, erhellt aus Sprüchen wie dem: „Linke Politik verdient Vertrauen, weil sie Alternativen mit den Menschen entwickelt.“ Gerade das war eben nicht der Fall. Die in 5,2 Millionen Exemplaren verbreitete Wahlkampfzeitung „Die Linke“ ließ nur männliche Kandidaten und Unterstützer sich vorstellen. Über Kandidatinnen wurde lediglich berichtet. Von den in der Organisation verbliebenen Halblinken und Linken kam keiner zu Wort oder zur Darstellung.

Die Haltung des äußersten rechten Flügels der PDS resp. der Linkspartei zur WASG und zur eigenen Linken wurde wiederum vor allem in Berlin deutlich. Hier stand ein nahezu hundertprozentig senatsstreuer Landesverband einer Wahlalternative gegenüber, die in Opposition zur neoliberalen Senatspolitik und zu diesem sie unterstützenden Verband gegründet worden war und relativ viele ehemalige PDS-Mitglieder aufweist. Vergebens verwandten sich die örtliche WASG und die PDS Tempelhof/Schönebergs gegen die von Lothar Bisky und dem Berliner PDS-Verband

protegierte Bundestagskandidatur des in Hamburg ansässigen Professors Hakki Keskin, der im Ruf steht, statt demokratischer Forderungen die nationalistische Regierungspolitik Ankaras zu vertreten. Auf der Internetseite der von ihm präsierten Türkischen Gemeinde Deutschlands äußerte er zu bundesdeutschen Kritikern des Genocids an den Armeniern im ersten Weltkrieg und dessen Leugnung durch die Türkei, hier würden auf Fälschungen beruhende Schriftstücke zitiert, darunter solche des „jüdischen Romanciers“ Franz Werfel. Der PDS-Landes- und Fraktionsvorsitzende Liebich indes befand, Keskins Kandidatur sei „ein ausgezeichnetes Signal für die Immigrantpolitik der PDS“.

Ebenfalls vergeblich forderte die Berliner WASG Chancengleichheit beider Parteien bei der Aufstellung von Bundestagskandidaten. Zwar wurde während der Landesvertreterversammlung der PDS Berlin am 6.8.2005 neben deren Auserwählten Gysi, Pau, Löttsch, Keskin und Cornelia Reinauer überraschend doch ein WASG-Kandidat, der linksstehende Gewerkschaftssekretär von Ver.di Ralf Krämer, nominiert. Dies aber auf dem wenig aussichtsreichen Platz 6, weshalb er nicht in den Bundestag kam.

Von den Wahlaufrufen demokratischer Organisationen und Einzelpersonen zugunsten der Linkspartei.PDS zeichneten sich manche dadurch aus, dass sie auch Kritik am bisherigen Parteikurs enthielten, den Vorrang außerparlamentarischen Kampfes vor dem parlamentarischen unterstrichen oder Forderungen erhoben, welche die Partei und ihre künftige Bundestagsfraktion zu erfüllen hätten.

Angehörige der Linkspartei, der WASG und verschiedener außerparlamentarischer Gruppierungen riefen am 24.8. einen Linken Frauen-Aufbruch ins Leben und veranstalteten am 10.9. in Frankfurt/Main gemeinsam mit Vertreterinnen der DKP, der Feministischen Partei und anderer Verbände einen Frauenratschlag. Sie kündigten an, vor allem an Schnittstellen zwischen Linkspartei und Bewegungen, aber auch in wich-

tigen Parteifunktionen politisch mitzuwirken. Beim deutschen Sozialforum am 19./20. 11. wollten sie sich in die außerparlamentarische Bewegung einbringen. Sächsische Marxisten verbanden ihren Aufruf zur Wahl der Linkspartei.PDS mit dem Versprechen, kritische Solidarität und Druck von unten auszuüben.

Einem Appell des früheren Arbeitsministers Walter Riester, SPD zu wählen, schlossen sich etwas mehr als 300 Gewerkschafter an. Über 1000 Gewerkschaftsfunktionäre erteilten sowohl SPD, Grünen und Bundesregierung, als auch CDU/CSU und FDP wegen des von ihnen vollbrachten bzw. noch geplanten beispiellosen Abbaus sozialer Errungenschaften eine harsche Absage. Gleichzeitig nahmen sie die von ihnen favorisierte Linkspartei.PDS in die Pflicht und konstatierten: „Die Zusammenarbeit von Linkspartei und WASG eröffnet die Chance, die Interessen der abhängig Arbeitenden, der Erwerbslosen und sozial Benachteiligten mit neuer Macht in die Politik zu bringen. Wir wollen deshalb, dass die Linkspartei als starke Opposition in den Bundestag einzieht und Druck für soziale Alternativen macht. Dies wird zugleich die Durch-

setzungsmöglichkeiten der Gewerkschaften und der außerparlamentarischen Bewegungen verbessern. „Mitunterzeichner Bernd Riexinger, Geschäftsführer von Ver.di in Stuttgart-Ludwigsburg und Mitglied im Arbeitsausschuss der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken, stellte am 30. 8. in der „jungen Welt“ angesichts verloren gegangener Auseinandersetzungen mit dem Kapital bei Daimler-Chrysler und Volkswagen klar, „dass der Kurs der Gewerkschaftsspitzen zu immer weitergehenden Zugeständnissen führt und dass deshalb auch der Aufbau der Gewerkschaftslinken in eine neue Etappe gehen muss“. Zugleich müsse sie „Anforderungen an die Linkspartei formulieren, damit diese tatsächlich zum Sprachrohr der außerparlamentarischen Kräfte wird“.

Die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. 9. 2005 ergab zusammen mit der wegen Todes einer

NPD-Direktkandidatin auf den 2. 10. verschobenen Abstimmung im Wahlkreis Dresden I insgesamt 4.118.194 Zweitstimmen (8,7 Prozent) und 54 Mandate, darunter drei Berliner Direktmandate, für die Linkspartei. Sie bekam an Zweitstimmen 2.201.492 mehr als im Jahre 2002 die PDS. Als zweitstärkste Partei im Osten erlangte sie einen Wähleranteil von 25,4, als fünftstärkste im Westen einen Anteil von 4,9 Prozent. Die höchsten westlichen Ergebnisse wurden dank Lafontaine mit 18,5 Prozent im Saarland

■ Die Linke in den Ländern (Ergebnisse der Zweitstimmen)			
Land	Anzahl	Prozent	Differenz zu 2002
Schleswig-Holstein	78.669	4,6	+3,3
Mecklenburg-Vorpommern	234.702	23,7	+7,3
Hamburg	59.463	6,3	+4,2
Niedersachsen	205.200	4,3	+3,3
Bremen	30.570	8,4	+6,0
Brandenburg	416.359	26,6	+9,3
Sachsen-Anhalt	385.422	26,6	+12,2
Berlin	303.630	16,4	+5,0
Nordrhein-Westfalen	529.967	5,2	+4,0
Sachsen	603.824	22,8	+6,6
Hessen	178.913	5,3	+4,0
Thüringen	378.340	26,1	+9,1
Rheinland-Pfalz	132.154	5,6	+4,6
Baden-Württemberg	219.105	3,8	+2,8
Bayern	244.701	3,4	+2,8
Saarland	117.089	18,5	+17,1

und 26,2 Prozent in dessen Hauptstadt erzielt. Die Fünfprozenthürde wurde auch in Bremen (8,3 Prozent), Hamburg (6,3 Prozent), Rheinland-Pfalz (5,6 Prozent), Hessen (5,3 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (5,2 Prozent) überwunden. In Berlin entfielen auf die Linkspartei.PDS 321.604 Erst- und 303.615 Zweitstimmen (17,4 bzw. 16,4 Prozent). Das bedeutete 2002 gegenüber einen Zugewinn von 2,9 resp. 5 Prozent. Etwa 13 Prozent ihres Wähleranteils bekam die Partei Umfragen zufolge durch die WASG. Dem bisher einmaligen Ergebnis bei der Abgeordnetenhauswahl vom 21. 10. 2001 gegenüber, das sich die PDS durch anschließende Teilhabe an der reaktionären Senatpolitik verschlechterte, lag ihre Nachfolgerin um 5,2 Prozent zurück.

Von den nach vorläufigem amtlichem Endergebnis vom 19. 9. rund 2.240.000 Wählern Zugewinn für die Partei in Deutschland außer Dresden

I waren 1.320.000 bisherige Sympathisanten der SPD, 210.000 der FDP, 170.000 der Grünen, 140.000 der CDU, 100.000 der Rechtsextremen und 300.000 vormalige Nichtwähler. Der Anteil der Erwerbslosen am linken Potential betrug 23, der Arbeiteranteil 12 Prozent.

Während der Wahlparty des Linksbündnisses im Zelt auf dem Berliner Schlossplatz sorgte Lafontaine für eine kleine Sensation. Bei falscher Einschätzung des Charakters der diesmal nur von 16 statt 18 Millionen gewählten SPD und der ebenfalls vom „Souverän“ herabgestuften Grünen erklärte er, die weiland von Willy Brandt prophezeite „Mehrheit links von der Mitte“ sei jetzt da. Die zuerst ausgedruckte Bundesausgabe des „Neuen Deutschland“ vom 19. 9. 2005 erschien mit der Schlagzeile „Das Unmögliche wäre möglich: Rot-Rot-Grün hat die Mehrheit“. Offenbar hatten Linkspartei-Realos durch das Wahlergebnis Oberwasser für ihr Drängen nach Regierungsbeteiligung auch im Bundesmaßstab bekommen. Die Führungen von SPD und Grünen wiesen die Beteiligung allerdings zurück. Auch Spitzenvertreter der Linken, so Bundesvorsitzender Bisky, waren momentan dage-

gen, da die wahrscheinlichste Folge eines plötzlichen Schwenks zu „Rot-Rot-Grün“ nach hartem Kampf gegen die Schröder-Fischer-Koalition ein Rückgang der eigenen Mitglieder- und Wählerschaft wäre. Die Berlinausgabe des ND vom 19. 9. wartete mit der korrigierten Schlagzeile „Rot-Grün und Schwarz-Gelb gescheitert“ auf. Eine Meldung von Spiegel-Online über die angebliche Bereitschaft von vier aus der WASG kommenden neuen MdB, Schröder als „kleineres Übel“ mit zum Kanzler zu wählen, wurde von der Linkspartei dementiert und als „Kampagnen-Journalismus übelster Art“ abqualifiziert. Gysi aber schloss dem „Tagesspiegel“ vom 25. 9. gegenüber die Möglichkeit einer Stimmabgabe für Schröder im dritten Wahlgang nicht aus, wenn sich der Kanzler gegen ein Zusammengehen mit den Unionsparteien ausspräche.

Ungeachtet aller entgegenstehenden Realitäten glauben führende

Linkspartei-Realos weiterhin, die entsozialdemokratisierte SPD könnte sich in wenigen Jahren – etwa bis zur Bundestagswahl von 2009 – vom Gegner zum Partner entwickeln. Sie ignorieren hierbei die historische Erfahrung, dass strategische Wandlungen der Sozialdemokratie allenfalls in extremen Ausnahmesituationen, wie Hitlerdiktatur und zweiter Weltkrieg sie schufen, denkbar sind. Gleichzeitig fiel ihnen der von Anfang an wahrscheinlichste Ausweg der gerupften „Volksparteien“ CDU/CSU und SPD aus der durch ein neues Stimmen- und Mandatsverhältnis im Bundestag resultierenden Klemme, die Große Koalition, nicht ein, und sie wurden erneut überrascht. Die für Sozialisten naheliegendste Schlussfolgerung wäre gewesen, dass bei dieser Koalition weitergehende Auflösungserscheinungen im SPD-Bereich so gut wie sicher sind und von der Linkspartei genutzt werden können. Darauf kamen die Realos ebenfalls nicht.

Fraktionskonstituierung, Ringens zwischen Linkspartei und WASG vornehmlich in Berlin

Im Ergebnis der Bundestagswahl war die Linkspartei mit ihren offenen Listen neben der FDP die einzig erfolgreiche. Ihre parlamentarische Vertretung konstituierte sich am 23. 9. 2005. Die 30 west- und 24 ostdeutschen Abgeordneten gaben der Fraktion den Namen „Die Linke“, was Gysi zufolge „schön und anmaßend“ sei und einem auch zustehe. Als Novum in der Parliamentsgeschichte wählten die Delegierten zwei gleichberechtigte Vorsitzende: Oskar Lafontaine und Gregor Gysi. Beide konstatierten, die Behauptung, „Die Linke“ drücke sich vor Regierungsverantwortung, sei falsch. Es gebe nur derzeit keine Partei, die wie die ihre die Agenda 2010 und Kriegseinsätze der Bundeswehr ablehne. Das von rechts vorgebrachte Ansinnen, die Fraktionsmitglieder sollten sich einer Überprüfung auf ehemalige MfS-Mitarbeit unterziehen, konterte Gysi mit den Worten, nichts gegen die Überprüfung sämtlicher Bundestagsabgeordneter zu haben. „Aber eine Sondervorschrift nur für uns nehmen wir garantiert nicht an.“

Bei aller Vorsicht im Herangehen, die daraus resultiert, dass viele

der neuen MdB überregional nicht bekannt sind, lässt sich zur Zusammensetzung der Fraktion das Folgende sagen: Den stärksten politischen Block stellen Linksparteivertreter, die zur Gruppe der „Regierungssozialisten“ gehören. Neben Prof. Bisky und Gysi sind dies insbesondere ND-Geschäftsführer Dietmar Bartsch, Martina Bunge, Roland Claus, Dagmar Enkelmann, die beiden bisherigen MdB Löttsch und Pau, Bodo Ramelow und Petra Sitte. Der Chef der Türkischen Gemeinde Deutschlands, Prof. Hakki Keskin, dürfte dem Block hinzuzurechnen sein. Von der WASG kommen Oskar Lafontaine, Werner Dreibus, Klaus Ernst, Ulrich Maurer, Prof. Herbert Schui, Prof. Axel Troost, Alexander Ulrich und Inge Höger-Neuling, die beiden Parteien angehört. Ähnlich diesen gewerkschaftszugehörigen oder –nahen Abgeordneten ist der Thüringer DGB-Vorsitzende Frank Spieth. Linke frühere PDS-Angehörige sind die Westdeutschen Ulla Jelpke, Dorothee Menzner und (mit Abstrichen) Diether Dehm. Linke aus der Ex-DDR sind ebenso wenig wie solche aus der Berliner WASG im Zentralparlament vertreten. Zu den weiter erwähnenswerten MdB zählen die ALG II beziehende und mit einem 1-€-Job bedachte Elektroingenieurin Elke Reinke aus Sachsen-Anhalt, die Journalistin Luc Jochimsen, der Richter am Bundesgerichtshof Wolfgang Neskovic und der Völkerrechtler Prof. Norman Paech.

Am 30.9./1.10. traf sich die Fraktion zur Klausur in Berlin-Schmöckwitz. Auf Betreiben der männlichen Führungsspitze und solcher weiblichen Fraktionsangehörigen wie Dagmar Enkelmann wählte sie den Bundesvorsitzenden der Linkspartei-PDS Lothar Bisky zum Kandidaten für das Amt eines stellvertretenden Bundestagspräsidenten, der mit seiner Wahl zugleich Mitglied der Fraktionsführung werden würde. Mit 36:15 Stimmen triumphierte er über Gesine Löttsch, die von den meisten Frauen der Fraktion unterstützt worden war. Bisky hatte danach das „Pech“, dass er am 18.10 und 8.11. in vier Wahlgängen von einer Mehrheit bürgerlicher und SPD-Abgeordneter als Vizepräsident des Bundestages zurückgewiesen wurde. Das geschah in einem einmalig provokanten Akt des primitivsten Antikommunismus, dem

es gleich ist, ob sein Objekt überhaupt zu den Kommunisten gehört. Führende Vertreter der Linkspartei-PDS hätten daraus die Lehre ziehen können, dass jahrelanges Anbieten an die Herrschenden und ihre Parteien nichts als Undank einbringt, sofern diese die neue, links firmierende Partei nicht unmittelbar zur Festigung oder Rettung ihrer eigenen Hegemonie brauchen. Wenn schon nicht aus prinzipiellen Gründen, hätten sie das Anbieten mindestens deshalb unterlassen sollen.

Wahlkampfleiter Ramelow erhielt mit 36 : 9 Stimmen bei acht Enthaltungen den neu geschaffenen Posten eines Ersten Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Zweite Stellvertreterin wurde Inge Höger-Neuling aus Nordrhein-Westfalen, die mit 27 : 24 Stimmen und zwei Enthaltungen über den Spitzenmann der WASG Klaus Ernst siegte. (Bei einer Klausurtagung des WASG-Vorstandes am 7./8. 10. stellte Ernst dazu fest, dass es die eigene Partei durch Kandidatur zweier Mitglieder gegeneinander der Linkspartei ermöglicht habe, sie bei den Fraktionsvorstandswahlen unzureichend zu berücksichtigen.) Weitere, jeweils mit der Leitung eines Arbeitskreises verbundene Posten als Stellvertreter der Fraktionsvorsitzenden bezogen ausschließlich Frauen: Erstens Gesine Löttsch (Regional- und Strukturpolitik, Ostdeutschland, Haushalt und Umwelt), zweitens die von Gysi favorisierte Barbara Höll (Arbeitskreis Wirtschaft, Arbeit und Finanzen) statt des Experten für alternative Wirtschaftspolitik Axel Troost, drittens Petra Sitte (Arbeitskreis Innovation, Bildung, Wissenschaft und Medien), viertens Martina Bunge (Arbeitskreis Gesundheit und soziale Sicherheit), fünftens Petra Pau (Arbeitskreis BürgerInnenrechte und Demokratie), sechstens die einstige Mitgründerin der Grünen Monika Knoche (Arbeitskreis Außenpolitik) statt des außenpolitischen Parteisprechers Wolfgang Gehrcke. Parlamentarische Geschäftsführer wurden Enkelmann und Ulrich Maurer, frauenpolitische Sprecherin Karin Binder. Beim Treffen der Fraktionsfrauen am 22. 9. hatten die Teilnehmerinnen darauf gedrängt, Löttsch als Bundestagsvizepräsidentin durchzusetzen. Nun freuten sie sich über die Quote von 9

: 5 zugunsten der weiblichen Vorstandsmitglieder. In der Fraktion herrschte ein hochgradiges Übergewicht an Realas und Realos, wie es einst die Partei Die Grünen, danach die PDS geziert hatte.

Innerhalb des Wahlbündnisses, das zur gemeinsamen Partei heranwachsen sollte, dauerten wichtige Meinungsverschiedenheiten an. Sie waren z. T. antagonistischen Charakters und wurden zwischen Vertretern und Gremien der Linkspartei.PDS und der WASG ausgeglichen. Die im Prozess jahrelangen Ringens und Intrigierens sozialdemokratisierte Linkspartei stand vor schwierigen Problemen. Zwar war ihre vorwiegend aus ehemaligen DDR-Bürgern rekrutierte Organisation die momentan bei weitem größere. Doch gewann die kleine, vornehmlich im Westen existente WASG inzwischen doppelt so viele neue Mitglieder wie die Linkspartei.PDS hinzu, so dass die allmähliche Erlangung des Übergewichts durch sie absehbar war. Die Linkspartei-Spitze hielt ungeachtet ihres verbalen Sturmlaufs gegen den Neoliberalismus an den neoliberalen Landeskoalitionen in Berlin und Schwerin fest, suchte sie unter allen Umständen aufrechtzuerhalten und visierte zudem für später eine „rot-rote“ oder „rot-rot-grüne“ Regierungsbildung im Bundesmaßstab an. Aktuell-politisch war sie am möglichst raschen Zusammenschluss von Linkspartei und WASG interessiert, um sich in der neuen Partei die entscheidenden Posten zu sichern. Gleichzeitig drang sie im Fall Berlin darauf, dass bei der nächsten Wahl zum Abgeordnetenhaus im Herbst 2006 gemeinsam statt wie von der Berliner WASG beschlossen getrennt angetreten werde. Anderenfalls hätten Linkskräfte in und außerhalb beider Parteien zum ersten und wahrscheinlich einzigen Mal die Chance, Helfershelfern der Neoliberalen im eigenen Lager offensiv entgegenzutreten, ohne fürchten zu müssen, dadurch etablierten staatstragenden Parteien zu nutzen, und die Helfershelfer zu schlagen. Mit der Problematik verbunden waren und sind Fragen nach dem weiteren Weg der entstehenden Linkspartei, nach deren demokratischem oder autoritärem Charakter und danach, ob sie zusammen mit den außerparlamentarischen

Bewegungen gegen das politische und ökonomische Establishment energisch vorgehen wird oder nicht.

Rechte in der Linkspartei.PDS einerseits, linksstehende WASG-Angehörige andererseits vertreten in fast allen Punkten entgegengesetzte Standpunkte. Führer beider Parteien wollen der Außenwirkung wegen die fragile Einheit aus der Wahlkampfzeit erhalten. Ihre Rezepte laufen gleich den in SED und SPD praktizierten darauf hinaus, Widersprüche zu verkleinern oder niederzubügeln.

Schon beim Wahlparteitag am 27. 8. hatte Lothar Bisky kundgetan: „Ich gehe davon aus, dass es künftig bei Kommunal- und Landtagswahlen keine konkurrierenden Kandidaten zwischen Linkspartei und WASG gibt.“ Nach dem 18. 9. wiederholte er das bei diversen Gelegenheiten und variierte es speziell auch für den Fall Berlin. Die dortigen rechten Linksparteiführer um Stefan Liebich hatten vor der Bundestagswahl ein Strategiepapier verfasst, in dem sie für die „zügige bundesweite Vereinigung bis zum Frühjahr nächsten Jahres“ – lange vor der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus – eintraten, sogar „unter Inkaufnahme nicht ausdiskutierter Differenzen“. Vereinigungsverhandlungen seien „naturgemäß auf Bundesebene leichter zu führen“ als zwischen den zwei Landesparteien, hieß es weiter. „Das kurzfristige Resultat wäre: Die neue Partei ist in den westlichen Bundesländern WASG-dominiert und in den östlichen Ländern PDS-dominiert. Insgesamt auf der Grundlage der aktuellen Mitgliederzahlen bundesweit PDS-dominiert. Dafür bringt die PDS aber auch sechs Landtagsfraktionen, das Geld und die Infrastruktur mit. Auch kein schlechtes Geschäft.“ Nach Anfertigung einer aus wenigen „Kernaussagen“ zusammengeführten Vereinigungsplattform sollten alle inhaltlichen Auseinandersetzungen per Mehrheitsentscheid in der neuen Partei geklärt werden. Die Liebich-Gruppe beabsichtigte somit, die Berliner WASG zu überrollen und mit Hilfe des vorhandenen Linkspartei-Übergewichts gleichzuschalten. Dem setzte die örtliche WASG-Vorstandssprecherin Barbara Suhr-Bartsch die Forderung nach öffentlichen Debatten über die Inhalte der künftigen Partei statt Expertenrunden entgegen. Soll-

te die Fusion erzwungen werden, werde sich die WASG wahrscheinlich spalten. Dann bliebe nichts übrig als Neugründung einer linken Partei. Im Berliner Vorstand der Organisation begannen sich Anhänger und Gegner der raschen Vereinigung bald gegenseitig zu blockieren, so dass eine baldige Vorstandsneuwahl geplant ist, um aus dieser Lage herauszukommen.

Bundesvorstandsmitglied Thomas Händel, ihm folgend andere Spitzenvertreter und Gremien der WASG verfochten unterdessen den Standpunkt, die Parteifusion müsse „so schnell wie möglich, aber so langsam wie nötig“ vonstatten gehen. Es dürfe – so Händel – „keine windschiefe Baracke“ entstehen. Klaus Ernst nannte im Gespräch mit der „jungen Welt“ vom 10. 10. Vorstellungen innerhalb der Linkspartei über einen Zusammenschluss bereits im Frühjahr 2006 „absolut unrealistisch“. Gleichzeitig ließ er im Hinblick auf Berlin wissen, er gehe davon aus, „dass man sich verständigt und nicht gegeneinander antritt“.

Nach einer Vorstandssitzung der Linkspartei.PDS teilte Bisky am 10. 10. mit, deren Spitzen und die der WASG seien übereingekommen, „dass die Fusion bis Sommer 2007 gelingen und zugleich als offenes Projekt für andere links denkende Menschen gestaltet werden muss“. Dabei solle „die erste wirklich gesamtdeutsche Partei“ entstehen. Der Vorstand werde dem Dresdner Parteitag am 10./11. 12. 2005 die Möglichkeit von Doppelmitgliedschaften in beiden Organisationen vorschlagen. „Natürlich“, so Bisky erneut, „schließt ein erfolgreicher Fusionsprozess ein, dass Linkspartei und WASG bei allen künftigen Wahlen nicht konkurrierend gegeneinander antreten. Auch da sind sich die Parteiführungen einig.“

Bei einer Klausur des Berliner Linksparteivorstands und in der Öffentlichkeit räumte Stefan Liebich am 9./10. 10. ebenfalls ein, dass es mit der Vereinigung „nicht so schnell wie gewünscht“ gehen wird. Vor Ende 2006/Anfang 2007 werde sie nicht möglich sein. Seine Partei wolle die „Verschmelzung“ beim Landesparteitag am 3./4. 12. mit einer Urabstimmung einleiten. Von dem Zugeständnis in der Terminfrage abgesehen trat

Liebich, der sein Amt als Landespartei-Vorsitzender demnächst dem gleichgesinnten Rechtsexperten der Abgeordnetenhausfraktion Klaus Lederer übertragen will, wie ein potenzieller Zuchtmeister der Landes-WASG auf. Er behauptete, bei dieser herrsche „Unwissenheit und Ignoranz gegenüber dem, was wir tun“. Mit Ultimativen müsse Schluss sein. Gemeinsam mit dem ihm hörigen Landesvorstand lehnte er den Vorschlag öffentlicher Foren über künftige Politikinhalt ab, sofern nicht vorher interne Gespräche stattgehabt hätten. Zur Abgeordnetenhauswahl sollten beide Landesparteien vereinbaren, gemeinsam anzutreten. Sollte die Wahl ähnlich ausgehen wie die letzte Bundestagswahl, wäre die Fortführung der Koalition mit der SPD denkbar – eine Lösung, die nach Liebich das Beste für die Berliner wäre und an der er arbeite. 2009 könnte dann auf Bundesebene eine rot-rot-grüne Koalition möglich werden. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende dachte an keine Änderung der eigenen bisherigen Politik. Alles zusammengekommen liefen seine Vorstellungen darauf hinaus, von der Berliner WASG die vollständige Kapitulation vor dem äußersten rechten Flügel der Linkspartei/PDS zu fordern, damit auch die Rücknahme all dessen, das durchzusetzen die WASG-Begründer gerade in Berlin angetreten waren. Um diese Wendung zu erleichtern, schlug Liebich vor, Abgesandte beider Bundesvorstände in die hiesigen Fusionsverhandlungen einzuschalten.

Die nordrhein-westfälische WASG und Vorstandsmitglieder des Berliner Landesverbands gaben im September/Oktobre Stellungnahmen zur Linken im Deutschen Bundestag bzw. zum Aufbau einer neuen Kraft gegen neoliberale Politik ab, die den Positionen rechter Kreise diametral entgegengesetzt sind. So verlangte der NRW-Verband als Reaktion auf einen rigiden Geschäftsordnungsentwurf zur Disziplinierung kritischer Kräfte in der Parlamentsvertretung, dass die Bundestagsfraktion „offene demokratische Strukturen“ aufweisen müsse. Alle Ämter seien mit Doppelspitzen und autonom aus der Fraktion heraus statt auf Weisung der

Parteiführer zu besetzen. Die MdB müssten das Recht haben, ihre Auffassungen nach innen und außen eigenständig zu vertreten und sich direkt statt über ein Koordinationsbüro mit linken außerparlamentarischen Bewegungen ins Benehmen zu setzen. Die Wunschliste lässt tiefes Misstrauen gegenüber den Parteiinstanzen erkennen, das sicher berechtigt ist. Sie dürfte aber so nicht realisierbar sein und ist infolge der Fraktionsklausur in Schmöckwitz überholt.



Der „Berliner Appell. Für den Aufbau einer neuen politischen Kraft gegen neoliberale Politik“, den die Mitglieder des WASG-Vorstands Berlin Siemen Dallman, Hakan Doganay, Andrea Schulteis und Barbara Suhr-Bartsch am 9. 10. veröffentlichten, ist auf Stärkung des Widerstands in und außerhalb des Bundestags gegen weiter fortschreitenden Sozialkassenschlag und Bundeswehreinmärsche in anderen Ländern gerichtet. Er verlangt von der „neuen politischen Kraft“ konsequente Parteinarbeit für die arbeitende und erwerbslose Bevölkerung, prinzipielle Ablehnung von Sozialkürzungen, Arbeitsplatzabbau und Privatisierungen, Zusammenschluss der AktivistInnen aus Betrieben, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Schüler- und Studierendenvertretungen, antifaschistischer Bündnisarbeit und Strukturen gegen die kapitalistische Globalisierung, Ausnutzung der Parlamente überwiegend als Plattform, um Anliegen der außerpar-

lamentarischen Opposition bekannt zu machen, Vernetzung von Protesten und Angebote an die ArbeiterInnen, Erwerbslosen und Jugendlichen, selbst aktiv zu werden und Gegenwehr zu organisieren. „Die UnterzeichnerInnen sind der Überzeugung, dass zu den Abgeordnetenhauswahlen... eine Kandidatur gegen neoliberale Politik dringend nötig ist, die AktivistInnen und vom Sozialabbau Betroffene... einbezieht. Voraussetzung für eine gemeinsame Kandidatur mit der Linkspartei/PDS ist ein grundlegender Kurswechsel, ein Bruch mit der neoliberalen Senatspolitik und als Konsequenz – da die SPD nicht mitgehen wird – die Beendigung der Regierungsbeteiligung in Berlin.“ Eine „klare Absage an jede Form der Koalition oder Duldung der etablierten Parteien mit ihrer neoliberalen Politik“ hatte vorher auch die NRW-Wahlalternative verlangt.

Die Gegenüberstellung grundsätzlicher Standpunkte von Vertretern der Linkspartei/PDS und der WASG belegt, dass trotz formeller Bekundungen, die fortwährend asoziale Regierungspolitik im Dienst der Herrschenden abzulehnen, in den Fragen antineoliberalen Kampfes, der Haltung insbesondere zur SPD, der Demokratie in den eigenen Organisationen und des Zusammenwirkens mit außerparlamentarischen Kräften gravierende und oft unüberbrückbare Gegensätze bestehen. Gleiches wird durch Forderungen des Schatzmeisters der Linkspartei Uwe Hobler und des „Netzwerks Linkspartei“ demonstriert, eine Vereinigung könne nur so aussehen, dass die WASG in der Linkspartei/PDS aufgeht resp. die Berliner WASG sich wegen mangelnder Regierungsfähigkeit den Liebichs unterzuordnen hat. Die derzeit nebeneinanderher bestehenden Positionen sind in der Tat so unterschiedlich, dass nur eine davon durchgesetzt werden kann. Die Antwort darauf, welche, entscheidet darüber, ob die neuentstehende Partei als Interessenvertretung der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerungsmehrheit tätig sein oder möglicherweise den Weg der SPD, der Grünen und beinahe auch der PDS gehen wird. Es wird sich dabei auch zeigen, ob in der

Linkspartei.PDS noch mutige Linke vorhanden sind oder nicht; bis zu diesem Moment geben sie faktisch kein Lebenszeichen von sich.

Nach einer Sitzung der Fraktion „Die Linke“ gaben Gysi und Lafontaine am 17. 10. das redigierte 10-Punkte-Programm „Veränderung braucht uns“ für die ersten 100 Tage ihrer Tätigkeit im Bundestag bekannt. Es sieht vor, die Regierung Merkel-Müntefering mit folgenden Forderungen zu konfrontieren: 1. grundlegende Änderung der Hartz-IV-Gesetze, u. a. durch Anhebung des Arbeitslosengelds II auf 420 Euro in Ost und West (zuzüglich Wohnungskosten), Ausschluss der Zumutbarkeit untertariflich bezahlter Arbeit und Aufhebung der Regelungen zu Bedarfsgemeinschaften; 2. Abzug der Bundeswehr von Auslandseinsätzen, darunter sofortiges Ende des KSK-Einsatzes in Afghanistan, Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland und Aufgabe des völkerrechtswidrigen Konzepts zur „nuklearen Teilhabe“ der Bundeswehr; 3. Einführung eines Mindestlohns von 1400 Euro brutto für ein Vollzeitverhältnis; 4. mehr direkte Demokratie und Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen; 5. Zukunftsinvestitionsprogramm zur Förderung von Investitionen und strukturschwachen Regionen sowie Fahrplan zur Gleichbehandlung Ost- und Westdeutscher, beginnend mit der Angleichung der ALG-Sätze; 7. Steuergerechtigkeit, so durch eine reformierte Vermögens- und Erbschaftsteuer, Einführung eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von 7 Prozent auch beim Handwerk und bei apothekenpflichtigen Arzneimitteln; 8. Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe, da noch immer 290.000 betriebliche Ausbildungsplätze fehlen; 9. Sicherung gleicher Qualitätsstandards für Bildung in ganz Deutschland, der Bildungsfinanzierung und

des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz; 10. Aktivitäten der Bundesregierung gegen die von der EU-Kommission bekräftigte Bolkestein-Dienstleistungsrichtlinie, um Dumpinglöhne zu vermeiden.

Lafontaine gab in der Pressekonferenz vom 17. 10. zu diesem Programm die vage Erklärung ab: „Unsere Aufgabe wird es sein, eine Wirtschafts- und Sozialpolitik zu propagieren, die soziale Ausgewogenheit mit Wachstum und Beschäftigung verbindet.“ Gysi empörte sich bei



Während der alte Bundestag den Bundeswehreinsatz in Afghanistan verlängerte und erweiterte, demonstrierten die Abgeordneten der Linkspartei dagegen. Hoffentlich bleibt's auch in Zukunft dabei!

gleicher Gelegenheit darüber, dass in den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD zuerst geklärt worden sei, „wer welchen Job bekommt“, statt über politische Inhalte zu streiten.

In einem Interview mit der „Berliner Zeitung“ vom 17. 10. hatte er selbst ebenfalls auf die Erörterung von Inhalten verzichtet und stattdessen über sein Lieblingsthema, die Akzeptanz der eigenen Partei durch andere, etablierte Parteien, geredet. Er äußerte u. a.: „Wenn die Vereinigung (mit der WASG) stattgefunden hat, bekommen wir kulturell einen anderen Charakter. Genau diesen Schritt brauchen wir. Die Isolierung

als Schmutzkind kriegen sie nicht lange hin, zumal die SPD in zwei Ländern mit uns registert... Die nächste Generation in der SPD wird sagen: Ewig können wir da nicht rumzicken, irgendwann müssen wir daraus politisch etwas machen. 2009 sieht die Welt schon anders aus.“

Die „junge Welt“ vom 18. 10. hat die letzten zwei Sätze so wiedergegeben, als wären sie nicht die Meinung „der nächsten SPD-Generation“, sondern Gysis eigene, und sie insoweit verfälscht. Dergleichen „Kunstgriffe“ sind nicht nötig, um den selbstentlarvenden Charakter dieses Interviews zu erkennen. Nach wie vor ist trotz inzwischen vollzogener Abkehr von Schröder die entsozialdemokratisierte SPD der Maßstab, nach dem sich Gregor Gysi ausrichtet. Nach wie vor will er diese Partei nicht besiegen, sondern mit ihr verbunden sein und ihr, wenn es sein muss, dienen.

Bei den Länderwahlen am 26. 3. 2006 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wird die WASG mit offenen Listen antreten. Der rheinland-pfälzische Verband der Linkspartei verzichtete bei einem Parteitag in der zweiten Oktoberdekade nach harter Auseinandersetzung auf eine eigene Kandidatur und auf Bedingungen für das gemeinsame Auftreten mit der WASG. Für die Wahl in Sachsen-Anhalt am 23. 3. nächsten Jahres ist die Linkspartei federführend.

B. M., 18. 10. 2005



Das Anwachsen des Faschismus – Wiederholt sich Weimar?

Die Herrschenden im Verbund mit den Regierenden und Meinungsmachern im Lande verstehen es außerordentlich gut, jede zweite Woche eine andere Sau durchs Dorf zu treiben. Eine aufgeregte Diskussion beherrscht dann die Szenerie, die mehr verdeckt als zur Aufklärung beiträgt. Das gilt besonders für neofaschistische Ausschreitungen und Auftritte der NPD. Ist das Thema schließlich „ausgelutscht“, fällt es wieder in Vergessenheit. Nichts wird dann mehr für den geforderten „Aufstand der Anständigen“ organisiert und auch die hehre Absicht der „institutionalisierten Demokraten“, sich „inhaltlich mit der NPD auseinander zu setzen“, ist zu den Akten gelegt. Bis zum nächsten Coup der Faschisten. Die Wiederholung der Farce ist garantiert.

Begonnen hatte der jüngste „Demokraten-Streit“ um die NPD mit einem Stoiber-Interview in der Welt, Anfang Februar diesen Jahres. Dort gab Stoiber der Schröder/Fischer-Regierung die Schuld für die Wahlerfolge der NPD und DVU in Sachsen und Brandenburg.

„Das ökonomische Versagen der Regierung Schröder, dieses Ausmaß an Arbeitslosigkeit, bildet den Nährboden für Extremisten“, sagte Stoiber in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung. Seinen CSU-Generalsekretär Söder ließ er ins gleiche Horn blasen. Er warnte vor „Weimarer Verhältnissen“ und verglich die Lage in Deutschland mit der des Jahres 1932. Schuld an allem sei Schröders „Politik der faulen Hand“.

Natürlich kamen die Antworten von Seiten der SPD und Grünen prompt und mit entsprechender moralischer Empörung. Franz Müntefer-



Alltägliche Nazi-Überfälle; Berlin-Neukölln, 30er Jahre

ring betonte, nicht die Arbeitslosen würden „die Nazis organisieren und stärken, sondern Leute mit Anzug und Krawatte und viel Geld“. Er warf Stoiber vor, er würde die Arbeitslosen pauschal beleidigen, wenn er ihnen undifferenziert unterstelle Nazis zu wählen.

Und versöhnlicher meinte Müntefering weiter: „Streit unter uns über sie, das würde den Nazis gerade so passen“.

Auch andere schlugen auf Stoiber ein. Heide Simonis, sich gerade im Wahlkampf befindend, nannte Stoibers Schuldzuweisungen als einen „der perfidesten Versuche, sich zu profilieren auf Kosten einer anderen Partei“.

Die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth sprach von einer gefährlichen politischen Entgleisung des CSU-Vorsitzenden. Unterstützung bekamen die empörten Regierungsparteien vom Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Klaus Zimmermann. Zimmermann lehnte die Vergleiche mit Weimar ab. Schon ökonomisch seien die Parallelen zur heutigen wirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik „völlig falsch und an den Haaren herbeigezogen“ (Berliner Zeitung).

Aus der oberflächlich geführten Auseinandersetzung der politischen Parteien ergeben sich gerade für die

marxistische Linke; eine Reihe wichtiger Fragen. Eine wesentliche Frage die sich stellt ist, ob tatsächlich Vergleiche mit Weimar an den „Haaren herbeigezogen“ sind. Weiter ist die Frage zu klären, welche Zusammenhänge bestehen zwischen der ökonomischen Lage, der Massenarbeitslosigkeit und dem Erstarken der Faschisten. Und es ist nicht zuletzt die Frage, welcher Voraussetzungen

es bedarf, dass sich Faschisten politisch durchsetzen.

Ist Berlin Weimar?

Wie Stoiber, machen auch andere, nicht nur bürgerliche Politiker, die Gleichsetzung unserer heutigen Zustände, mit denen der Endphase von Weimar, an der Höhe der absoluten Arbeitslosenzahlen fest. Die anderen Rahmenbedingungen werden dabei meist völlig vernachlässigt.

Und es stimmt ja, dass wir uns mit mehr als 5 Millionen offiziell gezählter Erwerbsloser immer mehr den Zahlen der 30er Jahre mit dem damaligen Höchststand von mehr als 6 Millionen nähern. Allerdings ist es so, dass sich der heutige Erwerbslosenhöchststand über einen Zeitraum von annähernd 30 Jahren aufgebaut hat. Auch in Konjunkturphasen konnte die Massenarbeitslosigkeit nicht abgebaut werden. Im besten Fall stagnierte sie eine gewisse Zeit. Aber von Konjunkturkrise zu Konjunkturkrise stiegen die Zahlen auf einen immer größer werdenden Sockel an. Der Grund für diese strukturelle Arbeitslosigkeit ist in der fortschreitenden Technikentwicklung zu suchen, die in den zurückliegenden Jahrzehnten die Produktivität in den Betrieben massiv nach oben trieb und die Zusammensetzung des Kapitals zu Un-

gunsten der lebendigen Arbeit veränderte.

Ganz anders sah dagegen die Entwicklung in den Jahren 1928 bis 1932 aus. In nur fünf Jahren vervierfachen sich die Arbeitslosenzahlen. Die Zahlen stiegen von 1,7 Millionen auf 5,6 Millionen (im ersten Halbjahr 1932 waren es sogar 6,1 Millionen). Die Ursache war in der schlimmsten Überproduktionskrise in der Geschichte des Kapitalismus zu suchen; in der Weltwirtschaftskrise. Verglichen mit der heutigen Entwicklung, in der Banken und Konzerne Spitzenprofite, nicht zuletzt wegen der bestehenden Massenarbeitslosigkeit erwirtschaften, vollzog sich in allen Branchen ein wirtschaftlicher Niedergang mit atemberaubender Geschwindigkeit.

Zwischen 1929 und 1932 sank die Industrieproduktion im Deutschen Reich auf das Niveau des Jahres 1913. Das war eine Absenkung um cirka 40 Prozent. Von den vorhandenen Produktionskapazitäten waren durch die Krise ebenfalls lediglich 40 Prozent ausgelastet. Heute kann man davon ausgehen, dass die Produktionsauslastung mindestens doppelt so hoch ist und die Produktion von Waren und Dienstleistungen von Jahr zu Jahr – wenn auch relativ schwach – kontinuierlich wächst.

Dieses Katastrophenszenario der 30er Jahre schlug voll auf die Beschäftigungslage durch. Von den insgesamt 32,3 Millionen Erwerbspersonen war nur noch die Hälfte vollbeschäftigt. Das heißt, jeder zweite Werkstätige war erwerbslos oder in Kurzarbeit. Zu den 5,6 Millionen Erwerbslosen kamen also noch mehr als 10 Millionen Kurzarbeiter. Da zu den Erwerbspersonen natürlich auch die Beschäftigten in der Landwirtschaft gerechnet werden, die in den 30er Jahren noch schätzungsweise einen Anteil von mehr als 30 Prozent an den Erwerbspersonen hatte, von der Krise aber weniger betroffen war, wird die tatsächlich dramatische Lage der Arbeiterklasse deutlich.

Es herrschte nackte Not. Das Volkseinkommen war seit 1928 real um 25 Prozent gesunken. Dieser statistische Wert beinhaltet auch die Unternehmer Einkommen und sagt über die tatsächlichen Zustände nur beschränkt etwas aus. Er lässt einen heu-

te aber erahnen, wie verheerend die Lage von Teilen der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums sein musste.

Soziale Demontage und politische Destabilisierung

Hier liegt der wesentliche Unterschied unserer heutigen Situation zu der in der Endphase der Weimarer Republik. Der Niedergang der



Ökonomie kam damals einem Absturz gleich. Davon kann heute keine Rede sein.

Die Anzahl der Krisenbetroffenen war, trotz vergleichbarer Arbeitslosenzahlen heute, ungleich höher und daraus abgeleitet war auch die soziale Not in großen Teilen der Bevölkerung nicht mit der Armutsentwicklung in der heutigen BRD vergleichbar. Für viele Menschen ging es damals ums nackte Überleben.

Mit der Agenda 2010 und der Hartz IV-Politik werden natürlich auch heute viele Erwerbslose und ihre Familien in die Armut gestürzt und viele Werkstätige arbeiten auch heute, und noch mehr in Zukunft zu, im Grunde, unzumutbaren Lohnbedingungen. Trotzdem ist ihre Situation (noch) nicht so, wie die ihrer Leidensgenossen des Jahres 1932. Das heißt allerdings nicht, dass die Bourgeoisie Hemmungen haben könnte das „soziale Netz“ noch mehr zu zerstören. Sie wird das tun, wenn die Be-

troffenen ihr nicht in die Arme fallen!

Wenn man also die Lage der Wirtschaft und die soziale Lage der Werkstätigen 1932 mit der im Jahre 2005 vergleicht, wird man feststellen: die Berliner Republik ist, die soziale Not betreffend, nicht die Weimarer Republik.

Wenn man solche historische Vergleiche anstellt, ist aber nicht nur die Arbeitslosenquote und die soziale Lage der Betroffenen zu betrachten, sondern auch die Frage zu stellen, mit welchen Maßnahmen und Strategien die politischen Akteure auf die Krise antworteten. Und hier wird es interessant.

Die inzwischen fast weltweit bestimmende Politik des Neoliberalismus hat in ihrem Rezeptbuch zur Krisenbekämpfung dieselben Ladenhüter, die schon Heinrich Brüning und seine Nachfolger in der 30er Jahren erfolglos zur Anwendung brachten. Die Rezepte sind banal und brutal einfach. Der Bevölkerung werden sie als „moderne Wirtschaftspolitik“ verkauft. Im Kern beinhalten sie nichts anderes – damals und heute – als Maßnahmen, die Lasten der kapitalistischen Konjunktur- bzw. Strukturkrise, einseitig der werktätigen Bevölkerung aufzuerlegen.

Es geht ihnen darum, die Konkurrenz- und Expansionsfähigkeit der nationalen Kapitale zu erhalten und auszubauen. Das geschieht ausschließlich dadurch, dass man Rahmenbedingungen für das Kapital schafft, betriebswirtschaftliche Kosten zu senken oder gar zu vermeiden.

Wie „erfolgreich“ an dem Punkt die Schröderregierung heute ist, zeigt die wiederholte Exportmeisterschaft der deutschen Industrie, für die die weltweite Konkurrenzfähigkeit Voraussetzung ist!

Eine so geartete Politik findet im Übrigen in allen kapitalistischen Staaten, in unterschiedlicher Intensität, statt. Überall erfolgen Angriffe auf die Löhne und Gehälter der Werkstätigen, werden von der Arbeiterklasse erkämpfte soziale Errungenschaften zerschlagen, wird der Sozialstaat demontiert. Hand in Hand mit der sozialen Demontage wird versucht, demokratische Rechte der Bevölkerung einzuschränken, Belegschaften in den Betrieben zu disziplinieren und die

Rechte der Gewerkschaften einzuschränken. Erlittene Niederlagen der Werktätigen, das hat die Streikniederlage der IG Metall beim Kampf um die 35-Stundenwoche im Osten gezeigt, beschleunigen den aufgezeigten Prozess.

Schauen wir ihn uns im Detail an.

Schröder, wie auch sein Vorgänger Kohl, betrieb eine Haushaltspolitik, die sich von der eines Heinrich Brüning nur wenig unterschied. Beide bewirkten und bewirken mit ihrer Wirtschaftspolitik die Verschärfung der Krise und ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit.

Anstelle haushaltstechnisch der Krise entgegenzuwirken, wurde und wird das Gegenteil gemacht. Durch Leistungskürzungen bei den Arbeitslosen, und durch die Kranken- und Rentenkassen wurde und wird der Ökonomie Massenkaukraft entzogen und das Problem des lahmen Binnenmarktes staatlicherseits noch verschärft. Hier spielen heute besonders die Hartz-Gesetze eine verschärfende Rolle. So ist die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld deutlich verkürzt worden. Noch schlimmer trifft es Hunderttausende von Arbeitslosenhilfeempfängern. Ihnen wird heute der Brotkorb höher gehängt und ihr Einkommen auf das Sozialhilfeniveau abgesenkt.

Auch Brüning bekämpfte in erster Linie die Erwerbslosen und nicht die Arbeitslosigkeit. So wurde bereits im Oktober 1929 die Anwartschaft auf Arbeitslosengeld von sechs auf zwölf Monate verlängert. Jugendliche unter 21 Jahren wurden vom Versicherungsschutz ausgeschlossen. Verheiratete Frauen erhielten ab Mitte 1931 nur noch im Falle nachgewiesener Bedürftigkeit Unterstützung. Die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld wurde ab 1931 von 26 auf nur noch sechs Wochen reduziert. Es wurde weiter gekürzt und nochmals gekürzt. So sank der Unterstützungsaufwand zwischen 1927 und 1932 von ca. 81 Reichsmark auf 43 Reichsmark im Monat, wobei diesen halbierten Satz nur noch 11 Prozent der Erwerbslosen erhielten.

Es gibt nicht wenige Elemente der Brüning'schen Notverordnungs politik, die sich auch in der Agenda 2010 wiederfinden. So das Element der Bedürftigkeitsprüfung: ALG II

erhält ja schließlich auch nur, nach eingehender Prüfung, der „Bedürftige“. Auch die Einführung der 1-Euro-Jobs hat eine historische Parallele. Sie kann durchaus verglichen werden mit der Einführung des (freiwilligen) Reichsarbeitsdienstes 1931.

Brüning hat mit seiner Notverordnungs politik aber nicht nur massiv in die Arbeitslosenversicherung und die Rechte der Arbeiter eingegriffen, sondern auch ganz direkt in die Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften. Bei ihm wurde deutlich und für jedermann sichtbar, welchen Charakter bürgerliche Politik hat. Es wurden die Forderungen der Kapitalisten, und nur diese, direkt umgesetzt. Ohne jeden Schnörkel. Da wurde nichts mehr verschleiert!

Die Anlage zu dieser Politik erfolgte noch unter der Regierung des Sozialdemokraten Hermann Müller. Bereits Ende 1928 wurde klar, dass die Kapitalisten eine Lohnsenkungs politik mit allen Mitteln erzwingen wollten. Mit einer Angriffsaussperung setzten sie im November 1928 20.000 Stahlarbeiter auf die Straße. Damit erreichten die Stahlbarone ihr Ziel, einen gültigen staatlichen Schiedsspruch zu verschlechtern. Die Regierung Müller nahm den Bruch eines geltenden Tarifabkommens, das unter ihrer Federführung zu Stande gekommen war, hin und öffnete damit den Kapitalisten die Tore für weitere direkte Lohnkürzungen.

In den Folgejahren kam es dann zu Angriff auf Angriff. Im Mai 1930 wurden durch den staatlichen Schlichter übertarifliche Lohnbestandteile gekappt, was für 1 Million Metallarbeiter eine Lohnkürzung von 7,5 Prozent bedeutete. Im November erfolgte in der Berliner Metallindustrie der nächste Streik. Diesmal waren es die Tariflöhne. Nach Streik und Schlichtung erfolgte eine Kürzung von insgesamt acht Prozent. Im Verlauf des Jahres 1931 mussten der DMV und die Metallarbeiter in allen Bezirken des Reiches Lohnkürzungen von sechs bis zwölf Prozent hinnehmen. In der Regel durch Schiedssprüche gegen die Stimmen der Gewerkschaft.

Aber nicht nur mit der Zerschlagung der Tarifverträge wurden den Werktätigen materielle Verschlechterungen aufgezwungen. Mit Hilfe von Notverordnungen kam es ab Juli 1930

und in der Folgezeit in zunehmendem Maße zu Eingriffen in das Lohn- und Gehaltsgefüge durch den Staat.

Innerhalb eines Jahres – zwischen Dezember 1930 und Dezember 1931 – wurden die Monateinkommen der Werktätigen im öffentlichen Dienst zwischen 19 und 23 Prozent gekürzt.

Mit der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 kürzte die Regierung Brüning auch die Löhne in der Privatwirtschaft um 10 bis 15 Prozent. Damit waren zu Beginn des Jahres 1932 die Tariflöhne um circa 18 Prozent niedriger als fünf Jahre zuvor. Berücksichtigt man darüber hinaus den Abbau der übertariflichen Lohnbestandteile, so waren die effektiven Einkommen der Werktätigen um fast 25 Prozent gesunken.

Auch heute gibt es diese Planung

Vergleicht man die heutige Situation der Tarif- und Lohnpolitik mit der der Jahre 1928 bis 1932, wird man nicht umhinkommen festzustellen, dass wir noch weit von der dramatischen Entwicklung dieser Jahre entfernt sind. Trotzdem gibt es keinen Grund beruhigt zu sein. Die Planungen der Bourgeoisie heute laufen durchaus synchron mit denen in der Endphase der Weimarer Republik. Das kann man eindeutig an den ungetarnten Äußerungen der Kapitalistenverbände, ihrer Medien und politischen Sprachrohre beweisen. Heute wie damals haben sie kein Interesse an einem tatsächlichen Abbau der Massenarbeitslosigkeit und einer schnellen Krisenüberwindung. Vielmehr benutzen sie die Krise um den „Sozialklimbim“ der Nachkriegsjahre zu beseitigen und die Arbeitsbeziehungen auf eine neue, neoliberale Grundlage zu stellen.

Im Visier haben sie konkret, die Zerschlagung der Flächentarifverträge und damit eine allgemeine Absenkung des bundesdeutschen Lohnniveaus. Außerdem wollen sie die generelle Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeiten. Gelingt es den Kapitalisten diese Planungen zu realisieren, wäre das für die Gewerkschaften der GAU. Bereits heute schon sind die Gewerkschaften durch die Krise nachhaltig geschwächt. Setzten sich die Kapitalisten durch,

würde das zur Entmachtung der Gewerkschaften führen.

Die Positionen und Argumentationen der Herrschenden decken sich dabei heute verblüffend mit denen ihrer Altvorderen. So schrieb die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ vom 22. März 1931:

„Dass wir heute annähernd fünf Millionen Arbeitslose in Deutschland zählen, ist zu großen Teil darauf zurückzuführen, daß unsere Wirtschaft in besonders großem Umfange durch gesetzliche Eingriffe des Staates gefesselt ist und daher nicht die genügende Wendigkeit besitzt, um sich den Schwankungen der Konjunktur mit der erforderlichen Schnelligkeit anzupassen. Als besonders verhängnisvoll hat sich auf dem Gebiete des Tarifvertragsrechtes die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages, d.h. der Ausschluss abweichender Vereinbarungen und dessen Festhaltung durch die Gewerkschaften erwiesen. (...) Daß sich die Gewerkschaften gegen eine solche Möglichkeit (der Abdingung des Tarifvertrages) wehren, begründen sie mit der angeblichen Notwendigkeit, das Tarifsystem zu sichern und zu erhalten. In Wirklichkeit handelt es sich jedoch weit weniger um dessen Schutz als um die Sicherung der gewerkschaftlichen Organisation und ihrer Machtstellung.“

Würde man die Sprache des Textes „modernisieren“ und die gängigen Begriffe des Neoliberalismus, wie „Flexibilisierung“, „Globalisierung“ und „betriebliche Bündnisse für Arbeit“, einführen, ließe sich diese Position heute in jedem bürgerlichen Blatt wieder finden. Wie bereits festgestellt: der Text stammt aus dem Jahre 1931! Er ist also bereits 74 Jahre alt, aber noch immer Programm der Bourgeoisie.

Und die Wirtschaftsverbände, Medien und Politiker des neoliberalen Blocks gehen mit ihren Angriffen auf die abhängig Beschäftigten und ihre Gewerkschaften heute bereits wesentlich weiter: Nicht nur die Tarifverträge sind schuld an dem Zustand Deutschlands. Nein, es sind die Gewerkschaften insgesamt, besonders ihre Funktionäre. „Sie sind eine Plage“, stellt Westerwelle vor wenigen Monaten und Wochen wiederholt fest, ohne dass es zu einem em-

pörten Aufschrei der „Demokraten und Menschenrechtsfreunde“ kam. Wie man aber mit solchen „Plagegeistern“ umgeht, hat die Geschichte nach 1933 gezeigt.

Aber Westerwelle weiß sich nicht allein. Er knüpft nur an der Hetzkampagne an, die seit der Streikniederlage der IG Metall im Jahre 2003 läuft. Der „Focus“ schreibt am 10. März 2003 zur Forderung der FDP, die Gewerkschaftsmacht zu begrenzen: „Macht kaputt, was euch kaputtmacht!“. Und die „Financial Times“



spricht der IG Metall am 14. Juli 2003 die „Nützlichkeit ab“ und macht sich für „eine schwache IG Metall“ stark. Das gewerkschaftsfeindliche Trommelfeuer hält bis heute unvermindert an und wird über die Bundestagswahl hinaus fortgesetzt werden. Die Stimmungsmache ist nämlich die Voraussetzung, konkrete Maßnahmen gegen die Gewerkschaften in Gesetzestexte zu gießen. Das Ziel ist daher klar:

„In der deutschen Unternehmerschaft wächst endlich die Einsicht, daß eine grundlegende Wandlung unserer Wirtschaftspolitik so lange nicht von dauerhaftem Erfolg sein kann, wie die deutschen Gewerkschaften ihre Stärke erhalten und vor allem mit dieser Ausschließlichkeit die Interessenvertreter der Arbeitneh-

mer bleiben. Eine wirksame Wandlung in der Wirtschafts- und Lohnpolitik, wird sich daher sichern lassen, wenn man die Bedeutung der Gewerkschaften wesentlich zurückdrängt und das Interesse der Arbeitnehmer an den Gewerkschaften abschwächt.“

Das Zitat könnte von fast allen Figuren der Kapitalistenklasse stammen. Angefangen bei Westerwelle, bis zu Merz und Stoiber, oder Hundt und Henkel. Gesagt hat es allerdings keiner dieser „sauberen Herrschaften“. Das Zitat stammt von Adolf Hitler (Führerbriefe, 8. Sept. 1931) und ist leider so aktuell, dass nur wenige Menschen ohne diese Quellenangabe heute darauf kommen würden, dass die wirtschaftspolitischen Positionen dieses Verbrechers, die der Kapitalisten waren und sind. Und es ist deshalb auch nicht verwunderlich sondern klar, dass sie sich mit den Vorstellungen der Exponenten des heutigen neoliberalen Blocks bruchlos decken. Die Bourgeoisie hat also wirtschaftspolitisch dieselben Planungen wie in der Zeit der Weimarer Republik.

An dem Punkt haben die Konservativen unfreiwillig Recht, wenn sie die heutigen Zustände mit denen der Endphase von Weimar vergleichen. Ihr Ziel ist, wenn sie solche Vergleiche aufstellen allerdings mit Bestimmtheit nicht, dass sichtbar wird, welche Rolle die faschistische Partei gespielt hat und von wem ihr die politische Macht übergeben wurde. Der Bourgeoisie geht es nicht um Aufklärung, sondern um das Gegenteil!

Die Haltung der Gewerkschaften

Wenn wir die Stossrichtung des Kapitalangriffs also kennen, gilt es die Frage zu stellen, wie reagieren die Gewerkschaften darauf, welche Haltung nahmen sie damals und welche nehmen sie heute ein? Für die Gewerkschaften der Weimarer Zeit, ist es eines der traurigsten Kapitel der Gewerkschaftsgeschichte überhaupt.

Die Geschichte des ADGB in den letzten Jahren der Weimarer Republik läßt sich reduzieren auf eine Politik der Anpassung, Unterwerfung, der schließlich die Vernichtung folgte. In fast keinem Punkt unter-

schied sich darin der ADGB qualitativ von der eng mit ihm verbundenen Sozialdemokratie. In vielen Fällen ging der ADGB in seiner Anpassung und Unterwerfung allerdings noch weiter als die SPD. Bereits im Jahr 1932 fanden hochrangige Gespräche mit den Nazis statt, bei denen Möglichkeiten einer, die NSBO einschließenden, gemeinsame Organisationsform sondiert wurden. Im April 1933 schließlich erfolgt an die Nazis das offizielle Angebot, zusammen mit der NSBO eine „Einheitsgewerkschaft“ zu gründen, in der man zur Mitarbeit am nationalen Aufbau „durchaus bereit“ sei.

Diese Anbiederung geschah zu einem Zeitpunkt, wo bereits Dutzende Gewerkschaftshäuser in Deutschland von den Nazis überfallen und besetzt waren!

Der Gipfel dieses Opportunismus aber war, dass trotz des bereits offen wütenden faschistischen Terrors gegen die Arbeiterbewegung, sich die Führer des ADGB nicht schämten, die Arbeiterschaft zur gemeinsamen 1. Mai-Feier mit den Faschisten aufzurufen.

Genützt hat es ihnen nichts! Die Reaktion liebt zwar den Verrat - aber noch lange nicht den Verräter. Am 2. Mai 1933 wurden im gesamten Reich die Gewerkschaftshäuser von den Nazis gestürmt, die Funktionäre zum Teil ermordet, in Konzentrationslager verschleppt und das Gewerkschaftsvermögen gestohlen.

Es gibt sicher viele Ursachen, wie es zu dem 1. und 2. Mai 1933 kommen konnte. Eine davon ist mit Sicherheit die enge organisatorische Verbundenheit mit der Sozialdemokratie und hier traditionell, bis in die wilhelminische Zeit zurückreichend, mit deren rechtem Flügel. Während des I. Weltkriegs unterstützen die Gewerkschaften, wie die Mehrheit der SPD, den imperialistischen Krieg und machen sich zum Büttel der herrschenden Klasse.

Die Politiklinie, den bürgerlichen Staat zu stützen und dadurch selbst zur staatstragenden Organisation zu werden, die sich dadurch dessen Anerkennung „verdient“, wurde während der Dauer der Weimarer Republik vom ADGB, trotz aller sozialistischer Programmatik und Rhetorik, vertreten. Die Folge einer solchen Politik war, dass die wirtschaftliche Interessenvertre-

tung der Mitgliedschaft nur mit „gebremstem Schaum“ wahrgenommen wurde. Das hatte umso größere Folgen für die Mitgliederentwicklung der Gewerkschaften, als die Krisenhaftigkeit dieser Zeit gewerkschaftliche Erfolge objektiv außerordentlich schwer machte. Aber es wäre zu kurz gefasst, die Erfolglosigkeit alleine auf die objektiven Umstände zu schieben. Subjektiv stand einer offensiven Interessenvertretung das Selbstverständnis der Gewerkschaftsbeamten, wie das damals hieß, entgegen. So erklärte der ADGB



anlässlich der Notverordnung vom 20. Juni 1932:

„Die Gewerkschaften wissen, dass die Zeit Opfer fordert. Aber sie verlangen im Geist wahrer Volksgemeinschaft eine sozial gerechte Verteilung unvermeidbarer Lasten. Ein Staat, der sich in erster Linie zum Schutz des Besitzes bereit findet, verkennt seine vornehmste nationale Aufgabe. ...“

Dieses Anpassen an Zwänge, hervorgerufen durch die bürgerliche Politik, zeigt sich durchgängig bei allen einflussreichen Spitzenfunktionären des ADGB und der ADGB-Gewerkschaften, die schließlich dazu führt, dass sie sich dem Diktat ihrer Feinde unterwerfen. Der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes und SPD-Reichstagsabgeordneten Fritz Tarnow bringt es auf einem SPD-Parteitag nach dem Jahr 1930 auf den Punkt. Die Rolle der Gewerkschaften sieht Tarnow als **„Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“**.

Anstelle von Klassenkampf um eine sozialistische Alternative, bedeutete das die kampflose Hinnahme der Politikvorgaben der Bourgeoisie. Die Gewerkschaftsspitzen konnten sich nicht zuletzt eine solche Politik auch deshalb leisten, weil der Einfluss der KPD durch ihre linksradikalen Politikapriolen ab dem Jahre 1924 nur noch marginal vorhanden war. In selbstverursachter Isolation konnte die Partei nur noch von außen dem ins Verhängnis führenden Kurs des ADGB, zuschauen.

Diese Gewerkschaftspolitik hatte zur Folge, dass nach der Novemberrevolution 1918, die in Millionen gehende, neugewonnene Mitgliedschaft den Gewerkschaften davonlief. So verlor beispielsweise der DMV von seinen 1,6 Millionen Mitgliedern des Jahres 1922 bis Ende 1932 alleine eine knappe Million. Offensichtlich galt damals bereits, was auch noch heute gilt: Werk-tätige benötigen keine Gewerkschaft, die erfolglos ist. Zum Lohnabbau und Verzicht brauchen sie keine Organisation, und mögen noch so viele objektive Ursachen für den fehlenden Erfolg verantwortlich sein.

Hier schließt sich auch der Kreis mit dem Jahr 2005. Die heutige Lage der Gewerkschaften, insbesondere die katastrophale Mitgliederentwicklung hat neben der Schwierigkeit, in Krisenzeiten erfolgreiche Tarifpolitik zu betreiben, auch etwas mit falscher Politik zu tun. Sie selbst sind immer tiefer in die Sackgasse geraten. Seit 1995 haben die Gewerkschaften an runden Tischen bei Bündnissen für Arbeit mitgewirkt. Sie haben sich der Illusion hingegeben, wie weiland ihre Vorgängerorganisationen der Weimarer Republik, im „Geiste wahrer Volksgemeinschaft“ mit Staat und Kapital zu „sozial gerechten Lastenverteilungen“ zu kommen. Natürlich wurden sie über „die runden Tische“ gezogen. Wenn etwas herausgekommen ist, dann sind es einschneidende Verschlechterungen für die Werk-tätigen.

Weitere davon stehen auf der Tagesordnung. Sozialabbau und Lohnraub ist Programm. Konkretisiert wird das jetzt nach der Bundestagswahl in den stattfindenden Koalitionsverhandlungen.

Zwar ist die wahrscheinlich „härtere Form“ in Gestalt von

„Schwarz-Gelb“ abgewendet, doch bedeutet das noch lange nicht, dass eine Entwarnung angesagt ist.

Die CDU/CSU ging mit der scheinheiligen Ankündigung, in Zukunft betriebliche Bündnisse zuzulassen um neue Arbeitsplätze zu schaffen in den Wahlkampf. Es ist nicht zu erwarten, dass sie diese Forderung in den Koalitionsverhandlungen fallen lässt, zumal auch die Schröderregierung mit solchen Überlegungen gespielt hat.

Solche „Bündnisse“ würden die Gewerkschaften in ihrem Nerv treffen.

Vorraussetzung für betriebliche Bündnisse wäre, dass der § 77.3 des Betriebsverfassungsgesetzes geschleift würde. Dort ist es den Betriebsparteien untersagt, Vereinbarungen die Tarifvertragscharakter haben, abzuschließen. Wird die Ankündigung Realität, würden zukünftig Tarifverträge unverbindliche Richtlinien ohne Wert, mit weitreichenden Folgen. Können Gewerkschaften aber nicht mehr verbindlich die Entgelt- und Arbeitsbedingungen regeln, werden sie von vielen Arbeitern und Angestellten nicht mehr gebraucht. Sie würden so nicht mehr handlungsfähig sein und, wie von den Kapitalisten gewünscht in der Bedeutungslosigkeit versinken!

Gewerkschafter sprechen gerne, im Rückblick auf die eigene Geschichte, dass man aus ihr lernen müsse. Wie bei so vielem innerhalb der Gewerkschafts-Apparate, ist auch hier zu befürchten, dass man sich über die Konsequenz dieser Erkenntnis nicht ganz im Klaren ist. Weil, wäre das der Fall, hätte die Politik aller Einzelgewerkschaften und des DGB in den zurückliegenden Jahren anders ausgesehen. Nirgendwo war sie offensiv. Wagte man dann aber trotzdem einmal große Aktionen, wie zuletzt im April 2004 gegen die Agenda - Politik der Regierung Schröder, erschrak man über den eigenen Erfolg der Mobilisierung.

Aus staatstragender Verantwortung sollte der Konflikt aber nicht eskalieren und man ruderte zurück, wobei die Verbundenheit mit der Sozialdemokratie diese Entscheidung sicher vereinfachte.

Wenn man tatsächlich aus der eigenen Geschichte etwas lernen will, dann kommt man nicht umhin fest-

zustellen, dass es nur eine Möglichkeit gibt: nämlich in die Offensive zu gehen! Rechtzeitig gegen die reaktionäre Kapitalaggression zu mobilisieren und mit den möglichen Kampfformen der Arbeiterklasse zu kämpfen.

Das war in den 30er Jahren die Alternative der Arbeiterbewegung um die soziale Katastrophe und letztlich die faschistische Machtübergabe zu verhindern.

Die Alternative wurde nicht genutzt. Die Arbeiterbewegung war tief gespalten und SPD und KPD nicht in der Lage, mit einer richtigen marxistischen Analyse die gesellschaftliche Situation zu erkennen und entsprechend zu handeln. Die Katastrophe nahm dadurch ihren Lauf.

Und heute? Heute gibt es ebenfalls nur einen Weg, nämlich dem Generalangriff der Kapitalisten, der das faschistische Erstarken fördert, offensiv zu begegnen. Um die Funktionsfähigkeit und Existenz der Gewerkschaften in den Betrieben zu erhalten, muss der Kampf deshalb auf die Straße getragen werden. Je ernsthafter dieser Wille geäußert und entsprechende Maßnahmen angekündigt werden, desto größer sind die Erfolgsaussichten die Angriffe zurück zu schlagen. Das sind die Lehren aus der Geschichte der Arbeiterbewegung. Ob sie von den Gewerkschaften in absehbarer Zeit aufgegriffen werden, ist leider ungewiss.

Der Aufstieg der Faschisten im Osten

Die Wahlerfolge von NPD und DVU in Sachsen und Brandenburg bei den Landtagswahlen im vergangenen Jahr erschreckten viele Menschen im Lande. Besonders aufgescheucht wurden die Politiker der etablierten Parteien in Sachsen. Hatte man doch gerade dort gebetet und gehofft, dass der NPD der Einzug in den Landtag nicht gelingt. Umso entsetzter zeigte man sich über die Höhe des Wahlerfolges.

Mit 9,2 Prozent lag die NPD fast gleichauf mit dem Wahlergebnis der SPD. Im Landtag bekamen die Faschisten zudem, ohne eigenes zutun, große öffentliche Aufmerksamkeit, nachdem bei der Konstitution des Landtages, NPD-Kandidaten mit bis zu sieben Stimmen aus dem Lager der

anderen Parteien unterstützt wurden. Dieser Skandal ist der Hintergrund des eingangs geschilderten „Demokratenstreits“, über die Frage, welche Partei an dem Anwachsen der Faschisten „schuld“ sei.

Hätte man die, gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Situation des Freistaates allerdings genauer betrachtet, dann wäre der Wahlerfolg der Faschisten weit weniger überraschend gewesen. Das gleiche gilt natürlich modifiziert auch in Brandenburg.

Seit Jahren hat die NPD den Schwerpunkt ihrer politischen Aktivitäten auf Sachsen gelegt. Besonders die ländliche Region der Sächsischen Schweiz, die Region um Wurzen und Teile des Erzgebirges betrachtet sie als ihre Hochburgen. Regelmäßig provoziert sie am 1. Mai und an anderen ihrer „nationalen Gedenktage“, mit Aufmärschen in Leipzig oder Dresden. In Sachsen zeigen die Faschisten flächendeckende Präsenz. Dabei ist es der NPD offensichtlich gelungen, Gruppierungen, die ihrer Partei organisatorisch nicht zuordenbar waren, zu integrieren.

Natürlich werden öffentliche Auftritte der NPD fast immer von antifaschistischen Aktionen begleitet. Aber auch immer ist feststellbar, dass von den Verwaltungen und der Polizei über die Nazis die schützende Hand gehalten wird. Antifaschisten dagegen werden bekämpft, während ihren Feinden Verständnis und Schutz zukommt.

So erzwingt in Dresden beispielsweise seit dem letzten Sommer bis heute das Amt für öffentliche Ordnung und die Polizei, dass NPDler mit ihren Transparenten, entgegen dem Willen der Veranstalter, sich in die Montagsdemonstration einreihen. Ein anderes Beispiel, das das skandalöse Verhalten staatlicher Stellen sichtbar macht, war in diesem Jahr der 1. Mai in Leipzig. Mit selten gezeigter Brutalität, prügelte die Polizei der Nazidemonstration den Weg durch die Stadt frei.

Die Leipziger Volkszeitung, aber auch andere Medien, brachten es fertig, fast nichts über die Vorfälle zu berichten. Soviel nur zu der von den Politikern geforderten „Courage zeigen“ oder gar zu dem „Aufstand der Anständigen“.

Die Verbundenheit von Teilen des bürgerlichen Staates und der heimlich gezeigten Sympathie seiner Organe für die Aktivitäten der Faschisten ist unübersehbar. Die faschistische Akzeptanz ist – das gilt zumindest für den Osten – weit in die bürgerliche Mitte vorgedrungen, nicht zuletzt getragen von der allgemeinen Rechtsentwicklung der bundesrepublikanischen Politik, durch Demokratie- und Sozialabbau. Nur so ist erklärbar, dass die NPD im sächsischen Parlament über die eigene Fraktionsstärke hinaus Unterstützung findet.

Die Entscheidung der NPD, ihre Aktivitäten auf Sachsen zu konzentrieren, hat den Hintergrund, dass sie zu Recht davon ausging und ausgeht, hier beste Voraussetzungen für ihre Sozialdemagogie vorzufinden.

Die Faschisten sahen die wirtschaftliche Lage im Osten – und insbesondere in Sachsen, dem bevölkerungsstärksten Bundesland – als den Hebel, ihre Partei in einem Landesparlament zu etablieren. Für sie ist nun Sachsen das Sprungbrett zur „Eroberung“ weiterer Bundesländer, sowie von Sitzen im Bundestag. Die Rechnung ging in den zurückliegenden Landtagswahlen in Sachsen erst einmal auf. Wenn es auch mit weiteren „Eroberungen“, insbesondere mit dem Einzug in den Bundestag vorerst nichts geworden ist.

Die Grundlage für soziale Demagogie

Die Arbeitsmarktlage in Sachsen ist katastrophal. Die Erwerbslosenzahlen liegen zwar leicht unter denen der anderen neuen Bundesländer, doch hatten diese nicht die vergleichbaren, quantitativen und qualitativen Industriestrukturen. Sachsen war in Deutschland seit der Industrialisierung das bedeutendste Kernland der verarbeitenden Industrie. Das änderte sich auch zu DDR-Zeiten nicht.

Erst die Einverleibung der DDR durch die BRD hatte für die gesamte Ostindustrie nachhaltige Folgen. Die Betriebe wurden weitgehend durch die Treuhandanstalt zerschlagen oder von westdeutschen Konzernen „gefressen“.

Seit 1991 gibt es deshalb eine immense Massenarbeitslosigkeit, die

sich über die ganze Zeit, laut den offiziellen Zahlen, bei ungefähr 18 Prozent bewegt.

Anfänglich gab es bei den Menschen noch große Hoffnungen auf den „Aufschwung Ost“ und damit auf die soziale Angleichung. Die Anfangshoffnungen haben dazu geführt, dass die Massenloyalität, trotz der katastrophalen sozialen Veränderungen, zu dem neuen politischen System BRD stabil blieb.

Der „Aufschwung“ kam aber nicht. Im Gegenteil. Heute muss davon ausgegangen werden, dass der Osten, und damit auch die Menschen mit ihren Angleichungswünschen, dauerhaft abgehängt ist. Bereits seit einigen Jahren geht die Angleichungsschere wieder auseinander. Die Loyalität zum bürgerlich demokratischen Staat schwindet. August Thalheimer hat in einem Artikel zur Krise des Parlamentarismus 1929 folgendes festgestellt:

„Die parlamentarische demokratische Herrschaft des Trustkapitals setzt die willige Gefolgschaft des Kleinbürgertums und mindestens der ausschlaggebenden Teile der Arbeiterklasse voraus. ... Das ist nur möglich, wo der Kapitalismus im Aufstieg ist, wo er dem Kleinbürger und Teilen der Arbeiterklasse noch Aufstiegsmöglichkeiten zeigt.“

Die Suche nach Auswegen hat deshalb bei vielen Menschen und zwar nicht nur bei Erwerbslosen begonnen.

Die ungenügenden Lebensperspektiven verursachen Lebens- und Zukunftsängste, sowohl bei denen, die bereits erwerbslos sind, als auch bei denen die noch eine bezahlte Arbeit haben. Immer mehr Menschen und Gruppen werden ausgegrenzt und stigmatisiert als wertlose Parasiten der Sozialsysteme. Sie sind geprägt vom Stempel der „Außersozialen“. Gefördert wird dieser Prozess durch die Politik des Sozialabbaus. Hier wirken in besonderem Maße die Hartz-Gesetze, die den Betroffenen nicht nur die materielle Lebensgrundlage, sondern auch die Würde entziehen.

Die Bewegung der Montagsdemos im Sommer vergangenen Jahres, entstand aus der Empörung über die damals geplante Einführung des ALG II. Sie hat sehr deutlich die frustrierte

Stimmungslage im Osten optisch unterstrichen.

Die NPD hat von Anfang an versucht aus dieser Bewegung Nektar zu ziehen. Das ist ihr, wie die Landtagswahlen zeigen, auch gelungen. Sie hat dabei nicht nur Erwerbslose erreicht, sondern auch Werkstätige, die unter schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen leiden und von Erwerbslosigkeit bedroht sind, sowie viele Kleingewerbetreibende.

Der NPD ist damit in Sachsen das gelungen, was der historische Faschismus bis zum Ende der Weimarer Republik in der Regel erfolglos versucht hat. Sie hat tatsächlich in nennenswertem Umfang Arbeiter mit ihrer Demagogie gewonnen, bis hinein in den Bereich der gewerkschaftlich Organisierten.

Der Erfolg basiert auf der Schwäche der Arbeiterbewegung, die heute über keine Massenpartei verfügt, die der Klasse die Orientierung auf eine sozialistische Alternative geben kann. Hinzu kommt, dass der Sozialismus als Gesellschaftsmodell bei den meisten Werkstätigen diskreditiert ist.

Hinzu kommt, dass die heutige Arbeiterklasse kein Klassenbewusstsein mehr hat; maximal gibt es noch Elemente von Klasseninstinkt. Ihr Sein wird bestimmt von kleinbürgerlicher Lebens- und Denkweise, was durch das Verschwinden proletarischer Mili-eus noch verstärkt wird.

Insgesamt sind das die idealen Voraussetzungen für faschistische Demagogen. Und gleichzeitig zeigt sich die Gefährlichkeit der Situation. Bei weiterem Anstieg der Erwerbslosigkeit – davon muss man bei weiter stark steigender Produktivitätsentwicklung in der Industrie ausgehen – und weiterem Abbau des Sozialstaats, sowie weiterem Abbau von Arbeitsschutzgesetzen wird sich die innenpolitische Lage zuspitzen.

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Faschisten weitere parlamentarische Positionen „erobern“ ist gegeben. Die Frage nach der Gefahr der Wiederkehr des Faschismus in Deutschland muss deshalb gestellt werden.

Aber wie groß ist die Gefahr tatsächlich und welcher Voraussetzungen bedarf es, dass der Fall eintritt, dass die Bourgeoisie den Faschisten die Macht übergibt?

Welche Interessen hat die herrschende Klasse?

Die kapitalistische Gesellschaftsordnung wird durch den Grundwiderspruch geprägt, dass die Produktion zwar gesellschaftlichen Charakter hat, die Ergebnisse der Produktion aber privat, von den jeweiligen Kapitaleignern, angeeignet werden. Gleichzeitig ist der Motor, der die kapitalistische Wirtschaft antreibt, die Konkurrenz der einzelnen Kapitalisten untereinander. Daraus ergeben sich für alle Kapitalisten, bei Strafe des eigenen Untergangs, die Notwendigkeit die Kosten zu senken. Sie haben also das Interesse, die Arbeitskräfte so billig wie möglich zum Einsatz zu bringen. Also mit möglichst niedrigen Löhnen

und in einer möglichst langen Arbeitszeit. Dieses Interesse betrifft nicht nur das eigene Land, sondern alle Sphären auf die Kapitalverwertungsinteressen treffen. Wenn die Kapitalisten ihre Interessen konkret durchsetzen stellt man deshalb fest, dass sie, bzw. ihr Staat, Druck nach innen und nach außen entwickeln.

Auf der einen Seite werden im Innern die Arbeitskräfte diszipliniert und es wird versucht mit Machtpolitik nach außen, bis zum Einsatz des Militärs in Kriegen, günstige Kapitalbedingungen zu erzwingen. Das betrifft die Rohstoffmärkte gleichermaßen wie die Absatzmärkte. Deshalb gehört neben der Expansion des Kapitals mit ökonomischen Mitteln, schon immer die Absicherung der Expansion mit militärischen Mitteln. Es sind sozusagen zwei Seiten derselben Medaille. Beispielhaft lässt sich dieses Vorgehen zurzeit an der Außenpolitik des US-Imperialismus verfolgen.

Trotzdem eine solche Politik äußerst reaktionär ist, hat sie nichts mit einer faschistischen Herrschaftsform zu tun. Autoritäre und reaktionäre Politik, Angriffe auf die Arbeiterklasse bis hin zur Ermordung ihrer Funktionäre oder der Kriminalisierung ihrer Organisationen, kommen auch in bürgerlichen Demokra-

ten vor. Belege dafür gibt es in ausreichendem Maße.

Bürgerliche Demokratie und Faschismus haben gemeinsam, dass es sich bei beiden um bürgerliche Herrschaftsformen handelt. Sie sind deshalb natürlich auch in ihrem Wesen verwandt. Schon alleine die Tatsache, dass es unterdrückte Klassen gibt, zeigt, dass auch der bürgerlichen Demokratie Gewalt nicht fremd ist.

Es bedarf deshalb objektiver Voraussetzungen für den Übergang



von der bürgerlichen Demokratie zur faschistischen Diktatur.

Dazu gehört auf der einen Seite eine tiefe Krise des Parlamentarismus – die August Thalheimer 1929 in der KPO-Zeitschrift „Gegen den Strom“ – als das „Vorspiel zur Krise der bürgerlichen Herrschaft“ bezeichnet. Thalheimer zitiert in dem Artikel aus einer Rede Stresemanns vor dem Zentralausschuss der DVP, wo dieser den Parteienstreit beklagt, dass die „Rücksicht auf die Partei“ höher stehe, als das „persönliche Verantwortungsgefühl gegenüber dem Staat“. Stresemann sieht im Agieren der Parteien den Grund, dass die wichtigen Probleme der Republik nicht gelöst werden können. Gegenüber „der parlamentarischen Parteiwirtschaft“ herrsche draußen Resignation, „Nichtachtung, ja Verachtung“. Die bürgerliche Jugend halte sich fern vom Parteileben. Eine Reform des Parlamentarismus sei nötig.

Wie gleichen sich die damaligen Zustände mit den heutigen! Auch heute entsteht bei vielen Menschen der Eindruck, dass die Parteien sich nur streiten, sich gegenseitig blockieren und nicht in der Lage sind das Problem der Massenarbeitslosigkeit zu lösen. Auch heute gibt es Parteiverdrossenheit und Resignation. Bei Wahlen ist feststellbar, dass sich eine

wachsende Zahl von Menschen, insbesondere aus der Arbeiterklasse, diesen schlichtweg verweigern.

Die Glaubwürdigkeit der Parteien geht nicht nur in ihren Augen mehr und mehr verloren. Neben dem Unvermögen, gesellschaftliche Fehlentwicklungen zu beseitigen, disqualifizieren sie sich darüber hinaus durch Korruption und Filz, von dem Schwarzgeldtransaktionen, Amigo- und Flugaffären, sowie Klüngel und Mauscheleien berichten. Man kann deshalb durchaus davon sprechen, dass sich auch heute der Parlamentarismus in der Krise befindet, vielleicht besser gesagt, dass er sich darauf zu bewegt.

Und trotzdem: wenn man die Jahre 1929 bis Ende 1932 mit dem bundesdeutschen Zustand heute vergleicht, ist der

heutige Zustand geradezu ein Hort der Stabilität. Ein hinkender Vergleich also, genauso wie der einfache Vergleich der Arbeitslosenzahlen von heute mit denen von damals.

Die Ausgangslage des politischen Handelns in der jeweiligen historischen Phase ist bei solchen Vergleichen immer ausschlaggebend.

Wir müssen heute aber davon ausgehen, dass sich die im Anfangsstadium befindliche Krise des Parlamentarismus zuspitzen wird und zu einer allgemeinen Krise der bürgerlichen Herrschaft werden kann.

Das gilt umso mehr deshalb, weil der bürgerliche Parlamentarismus keine Instrumente hat, die strukturell bedingte Massenarbeitslosigkeit nachhaltig zu abzubauen. Dadurch aber wird die bereits heute schwindende Loyalität der Massen zum bestehenden Herrschaftssystem weiter schwinden. Das treibt unweigerlich die Erosion der politischen Stabilität voran. Es kann dann das Szenario eintreten, dass, wie Thalheimer schreibt, „**die soziale Herrschaft der Bourgeoisie in Widerspruch (gerät) mit ihrer politischen Herrschaft**“. Das ist schließlich der Zeitpunkt, wo von ihr die Machtübergabe an die faschistische Partei vorbereitet wird.

Die Krise des Parlamentarismus entsteht natürlich nicht im luftleeren

Raum. Ihre Ursache ist die ökonomische Krise. Deshalb ist eine weitere Voraussetzung für den Widerspruch von sozialer und politischer Herrschaft, dass die wirtschaftliche Krise Formen annimmt, wie die Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren. Käme heute ein konjunktureller Einbruch, der mit dem des Jahres 1929 vergleichbar wäre, hätte das arbeitsmarktpolitisch desaströse Folgen. Auf die strukturbedingte Massenarbeitslosigkeit von offiziellen fünf Millionen, kämen weiter Millionen hinzu. Es wären dann Erwerbslosenzahlen möglich, die weit über dem Stand des Jahres 1932 liegen würden.

Das würde zu einer sehr schnellen Destabilisierung der politischen Verhältnisse führen, woraus, wie Thalheimer schreibt, **„die Tendenz zum Faschismus immer mehr zur vorherrschenden Tendenz in der Bourgeoisie (wird)“**.

Um ihre soziale Herrschaft aufrechtzuerhalten, ist sie in einem solchen Fall bereit, ihre politische Herrschaft der faschistischen Partei zu übergeben. Um in einer solchen Krisensituation ökonomisch zu überleben, sieht sie sich gezwungen, alle gemachten Zugeständnisse an die Arbeiterklasse, dazu gehören auch ihre demokratischen Rechte, zurückzunehmen.

„Weil die wirtschaftliche Ausbeutung der Arbeiterklasse so gesteigert werden soll, dass sie mit der Aufrechterhaltung der demokratischen Rechte für die Arbeiterklasse nicht mehr verträglich ist“ (Thalheimer, Geg. den Strom Nr. 17, 1930). Thalheimer stellt 1930 fest, dass die Bedingungen, die faschistische Diktatur zu errichten, vorhanden sind und begründet das mit der **„Zertrümmerung der Sozialpolitik“** und mit dem **„allgemeinen Lohnabbau“**. Ähnliches geschieht auch heute. Trotzdem gilt auch hier: ein direkter Vergleich hinkt. Das Niveau der erkämpften Errungenschaften der Arbeiterklasse ist gegenüber den Weimarer Jahren unvergleichlich hoch. Der Spielraum der Bourgeoisie deshalb ebenfalls. Sie steht noch lange nicht an der Grenze, wo bedeutende Kapitalfraktionen diesen Weg gehen wollen. Ist deshalb die Gefahr des Faschismus eine Schimäre? Und bedeutet das, dass Entwarnung gegeben werden kann?

Der Kampf gegen die Rechtsentwicklung steht weiter auf der Tagesordnung.

Die Ereignisse im sächsischen Landtag belegen, dass faschistisches Denken weit in die bürgerliche Mitte vorgedrungen ist. Die Reaktion der CDU auf die Wahlerfolge der Faschisten ist, dass sie sich in Programm und Sprache der NPD und ihrem Umfeld anpasst. So ist es heute in Kreisen der Konservativen kein Problem mehr, öffentlich den Nazispruch „ich bin stolz ein Deutscher zu sein“, zu übernehmen und sich an faschistischer Geschichtsklitterei zu beteiligen. Mit braunen Sprüchen versucht man die NPD-Wählerschaft wieder unter das schwarze Dach zu bringen. Es mag sein, dass die Konservativen diesen politischen Weg aus taktischen Überlegungen einschlagen. Das reale Ergebnis dieser Politik ist jedoch eine konkrete Rechtsentwicklung.

Von den Nazis wird das anerkannt. So machte jüngst der parlamentarische Geschäftsführer der NPD in Sachsen, die gewichtige Aussage: „wir haben nicht nur Freunde in anderen Fraktionen, sondern auch funktionierende Informationsbeziehungen hinein in die Staatsregierung“. Leider ist es inzwischen so, dass man die Aussage durchaus ernst nehmen muss und nicht einfach unter der Rubrik „Braune Kraftmeierei“ ablegen kann.

Die Verbindungen zwischen Faschisten und bürgerlichen Kreisen und Parteien, bis hinein in den Staatsapparat, sind vorhanden.

Es gab auch nach 1945 keinen wirklichen Bruch mit der faschistischen Ideologie. Immer gab es in der BRD einflussreiche Kräfte, die daran interessiert waren, dass Faschisten ideologische und politische Aktivitäten entfalten können. Die Bourgeoisie hält an der Option einer faschistischen Diktatur fest. Das ergibt sich aus ihrer Interessenlage. Ob sie diese Option aber zieht, hängt von den äußeren Rahmenbedingungen ab. Wie dargestellt, sind vergleichbare Bedingungen, wie zur Zeit der Weimarer Republik, (noch) nicht vorhanden. Aber wir bewegen uns auf vergleichbare Verhältnisse zu. Käme der beschriebene weltweite Zusammenbruch der kapitalistischen Ökonomie, könnte

ein solcher Prozess sehr schnell verlaufen. Selbst bürgerliche Ökonomen halten die Weltwirtschaft für sehr labil. Damit ist auch die Gefahr einer großen Krise ein realer Fakt.

Und trotzdem gibt es keinen Automatismus, für das Bündnis zur Errichtung der faschistischen Diktatur zwischen Bourgeoisie und Faschisten. Zum einen hängt es von der inneren Willensbildung dieser Kräfte ab. Hier gibt es viele Faktoren, die diese beeinflussen. Z.B. durch die Fragen wie ein solches Bündnis vom Ausland aufgenommen wird, oder ob dadurch negative Auswirkungen auf den europäischen Märkten zu befürchten sind.

Neben diesen Überlegungen spielt für eine solche Entscheidung aber auch eine Rolle, ob eine solche Politik für durchsetzungsfähig eingeschätzt wird, also von der Stärke der antifaschistischen Kräfte. Die Reaktion geht nur dann zum Angriff über, wenn diese Kräfte schwach sind.

Beispielhaft hat das die Streikniederlage der IG Metall in Ostdeutschland 2003 gezeigt. Seit diesem Zeitpunkt greifen die Kapitalisten in einer Qualität an, der die „Sozialpartner“ in den Vorständen der Gewerkschaften fassungslos gegenüber stehen.

Es gibt deshalb keine Alternativen. Die Organisationen der Arbeiterbewegung müssen in die Offensive. Da es aber heute keine Arbeiterparteien mehr gibt, die Masseneinfluss haben, bleibt diese Aufgabe vorerst an den Gewerkschaften hängen. Sie müssen Orientierung geben und Widerstand gegen Sozialabbau und reaktionäre Politik entwickeln.

Das kann für schwankende gesellschaftliche Schichten, die auf der Suche nach Alternativen sind, schon von Bedeutung sein, ob sich die Linken, oder die Faschisten als stärker und damit handlungsfähig präsentieren.

Noch ist es nicht zu spät, den Kampf gegen Rechtsentwicklung und neoliberalen Sozialabbau aufzunehmen. Das muss trotz aller Widerstände angepackt werden.

Der Kampf gegen Rechtsentwicklung und Faschismus steht deshalb weiter auf der Tagesordnung!

Wichtige Ereignisse in Großbritannien

Die Wahlen vom 1. Mai 2005 bescherten der Regierung Blair eine dritte Amtsperiode, obwohl seine Mehrheit geschrumpft war. Die Liberaldemokraten erhielten die höchste Anzahl an Sitzen seit dem Niedergang der Liberalen Partei zwischen den beiden Weltkriegen. Die Konservativen konnte eine leichte Erholung verzeichnen, was dazu führte, dass ihr neuer Führer seinen Rücktritt ankündigte und zur Suche nach einem neuen Führer, die gerade überall voll im Gang ist. Die Walisischen Nationalisten verloren Sitze, was möglicherweise durch eine Spaltung zwischen sozialistischen Teilen, die links von Blairs Labour Party stehen – und von denen sich die LP in Wales distanziert – und den Nationalisten, einer ländlichen Kraft, die hinter die moderne kapitalistische Entwicklung zurück möchte, verursacht wurde. Auch die schottischen Nationalisten sind, obwohl sie maßvolle Ziele verfolgen, gespalten in solche, die die totale Unabhängigkeit anstreben und solche, die die jetzige Autonomieregelung befürworten. Die Existenz der letzteren hat die Anziehungskraft der Partei reduziert. In den „6 Counties“ von Nordirland, die Teil des Vereinigten Königreiches sind, sind die Wähler gespalten, auf der einen Seite in Sinn Fein, den politischen Flügel der IRA, und die Demokratischen Unionisten von Ian Paisley auf der anderen Seite. Die traditionelle Unionist Party, die die 6 Counties wie einen undemokratischen Polizeistaat regierte, wurde nahezu ausgelöscht. Die Republikaner werden so angesehen, als ob sie alle Wohltaten des „Friedensprozesses“ bekämen, während die protestantische Arbeiterklasse ihre jahrzehntealten Privilegien dahin schmelzen sieht, ohne Ersatz dafür zu bekommen. Deswegen kam es zu den gewalttätigen Krawallen und den Angriffen auf die Polizei während des Sommers.

Der Wahlkampf war langweilig und die Wähler alles andere als begeistert. Die Tories versuchten, eine Feindseligkeit gegenüber Immigran-

ten und Asylsuchenden zu entfachen. Dies führte die Menschen, die Blair wegen des Irakkrieges eigentlich nicht mehr unterstützen wollten, trotzdem zurück zu Labour, weil sie nicht mit einer Tory-Regierung auf-



Blair überlebt bald alle!

wachen wollten. (Die Tories haben unter Frau Thatcher eine so rechte Position eingenommen, dass sie den Weg zu einer Mitte-Rechts Position nicht mehr finden können ohne die Gefahr von Konflikten und Abspaltungen. Sie sind seit 1997, als New Labour die Wahlen gewann, in einer Krise und einige Tory-Kommentatoren sagen ihr Verschwinden voraus – ähnlich dem der Italienischen Christdemokraten.)

Nach einer Woche wurde der Wahlkampf belebt durch Angriffe der Liberaldemokraten wegen Blairs Unredlichkeit mit der er seine Rolle im Irakkrieg gespielt hatte. Die Tories waren deutlicher und nannten ihn öffentlich einen Lügner, aber der Parteiführer Michael Howard verkündete, vollkommen entgegen der Ansicht seiner meisten Wähler, dass er – mehr noch als Blair – für den Krieg war. Aber dabei beließ er es nicht, sondern er unterstellte Blair den Fehler, nicht offen gesagt zu haben, was er tat. Die Labourpartei, die fortfuhr zu behaupten, dass niemand den sie trafen, dem

Irakkrieg widersprechen würde, wurde wegen des Kriegs laufend angegriffen, wo immer Blair und andere Vertreter sich in die Öffentlichkeit begaben, besonders in Fernsehstudios mit Live-Publikum. (üblicherweise vermeidet New Labour Auftritte in der Öffentlichkeit und tritt lieber in arrangierten Treffen mit ihren eigenen Unterstützern auf).

Es gab eine Anzahl von Protestkandidaten, die gegen Blair auftraten. Einer von ihnen war Reg Keys, der Vater eines Soldaten, der im Irak getötet worden war. Er erreichte 10% der Wählerstimmen trotz der Schwierigkeiten, die ihm vom örtlichen Council in den Weg gelegt worden waren. Craig Murray, der ehemalige britische Botschafter in Usbekistan, trat gegen den Außenminister Jack Straw in Blackburn an. Murray hatte immer wieder gegen die Folterungen der usbekischen Regierung gegen Dissidenten protestiert, welche die Regierung als „Islamische Terroristen“ bezeichnet hatte, obwohl sie in Wirklichkeit liberale Demokraten waren. Er wies darauf hin, dass Nachrichten über diese Methoden, die er nach London, Washington usw. schickte, vergeblich waren.

Murray wurde schließlich geäußert, nachdem Versuche ihn zum Schweigen zu bringen, fehlgeschlagen waren. Usbekistan war ein wichtiger Verbündeter im „Krieg gegen den Terror“ und hielt eine Airbase bereit. In einem Artikel im Guardian vom 3.8.2005 erwähnte er, dass auch Deutschland einen Luftwaffenstützpunkt in Usbekistan habe und dass unter den westlichen Ministern „Joschka Fischer der häufigste Besuch und auch derjenige war, der das Regime am unkritischsten lobte“. Warum kein „Krieg für Menschenrechte“?

Milosevic wird es wohl bedauern, dass er nicht auf die Anwesenheit von Al Quaida in Bosnien und im Kosovo hingewiesen hat, dass man Nachrichten für die USA, Großbritannien, Deutschland usw. durch Folter erhalten könne, und dass er

keinen Luftwaffenstützpunkt vermietet hat.

Trotz ähnlicher Schwierigkeiten wie Reg Keys gewann Murray 5% der Wählerstimmen in einer Stadt, in der die herrschenden muslimischen Kreise eng mit Labour verbandelt sind.

Die spektakulärste Protest-Abstimmung gegen den Krieg war die Niederlage von Oona King gegen den ausgeschlossenen Labour MP George Galloway in Bethnal Green, einer Gegend im Osten von London, wo es eine große muslimische Gemeinschaft gibt, die hauptsächlich aus Bangladesh stammt. Galloway war der Spitzenkandidat der Respect Partei, die einen Mischmasch von Trends, die die Antikriegsbewegung hervorgebracht hatte, verkörperte. Sie hat ein sozialistisches Programm, und paßt sich dem an, was für die Imame, die die Antikriegsbewegung unterstützen, akzeptabel war. Galloway war der Eifrigste bei der Unterstützung der Sache der Palästinenser, gegen die Sanktionen gegen den Irak und für Kuba und die üblichen guten Sachen. Kurz nach den Wahlen erschien er vor einem Untersuchungsausschuß des US-Senats, der die Korruption beim UN-Programm „Food for Oil“ untersuchen sollte. Dort lieferte er eine hervorragende rhetorische Attacke auf den Irakkrieg und seine Apologeten. Es wurden Versuche unternommen Galloway mit Hilfe fingierter Anschuldigungen in Verbindung mit der Korruption zu bringen.

Obwohl die Respect-Partei in einigen Gegenden bedeutende Unterstützung erhielt, was sich auch 2006 in der Sitzbeteiligung in örtlichen Regierungen ausdrücken wird, erreichten sie nicht mehr Sitze im Parlament. Das Wahlsystem bedeutet, dass üblicherweise nur zwischen zwei Parteien gewählt wird. So nützte zum Beispiel der große Protest gegen den Krieg, der sich in der Wahl der Liberaldemokraten ausdrückte und diesen 62 Sitze bescherte, hauptsächlich den Tories, Sitze von Labour zurückzugewinnen. So waren die Gewinne der Tories häufig ein Ergebnis der Proteststimmen von Labour-Anhängern und keineswegs eine Zustimmung zu einem rechten Programm. In Schottland haben die Tories nun nur noch einen Sitz. Die schottische sozialistische Partei, die

einige Jahre im Aufwind war, konnte keine weiteren Erfolge erzielen. Bei den Wahlen zum EU-Parlament 2004 gelang es ihnen nicht, auch nur einen Sitz zu gewinnen. Innerparteiliche Auseinandersetzungen und ein Wechsel in der Parteiführung (der populäre Tommy Sheridan war über Besuche in Sado-Maso-Clubs gestolpert) hatten die Unterstützung schwinden lassen.

Während der Wahlen zum Europa-Parlament testete Blair in Nordengland, wo die Unterstützung für Labour am stärksten ist, die obligatorische Briefwahl, um einen weiteren Wählerrückgang zu verhindern. Das führte zwar zu einer größeren Wahlbeteiligung, aber ebenso zu einigen Wahlbetrügereien. So wurden z.B. die Regeln gelockert und in manchen Fällen wurde muslimischen Frauen ihr Wahlrecht beschnitten, indem ihre Männer für sie wählten. In diesem Jahr machte Blair, der einen Rückgang der Wahlbeteiligung auf unter 50% befürchtete, die Briefwahlen einfacher. Das führte zu deutlichen Wahlbetrügereien in einigen Gegenden und half, die Wahlbeteiligung nicht unter 50% fallen zu lassen. Die reduzierte Labour-Mehrheit führte dazu, dass viele Labour-MPs Blair aufforderten, den Hut zu nehmen, da er für den Verlust verantwortlich gemacht wurde. Die linkssozialistische Gruppe von MPs innerhalb von Labour wurde gestärkt.

In Heathrow, Londons größtem Flughafen, ging ein paar Tage im August überhaupt nichts mehr, als 1000 Gepäckarbeiter sich solidarisch mit den 670 gefeuerten Angestellten der Catering Firma Gate Gourmet erklärten und die Arbeit niederlegten. Gate Gourmet gehörte früher zu British Airways und war 1997 verkauft worden, um die Kosten zu senken. Um die Kosten weiter zu reduzieren, nachdem die Streikenden ihre Bedingungen zurückgewiesen hatten, beauftragte Gate Gourmet eine andere Firma, die Gelegenheitsarbeiter aus Osteuropa beschäftigen sollte. Der Sitz dieser Firma ist Texas, sie ist als gewerkschaftsfeindlich bekannt. Zentrale Punkte des Streiks wurden von der TGWU (Transport- und allgemeine Arbeiter-Gewerkschaft) beim jährlichen Gewerkschaftstag der TUC im September übernommen. So wurden z.B. Solidaritätsaktionen von Arbeiter-

tern bei der selben Firma durch die Thatcher-Regierung für illegal erklärt, und Blair hält immer noch daran fest. Blair weigerte sich die EU-Arbeitsvermittlungsdirektive zu verwirklichen, die Firmen davon abhalten würde, geringer bezahlte Leiharbeiter einzusetzen, um die Löhne ihrer Angestellten damit zu unterbieten, so wie es im Fall von Gate Gourmet gewesen war. Wie in den letzten Jahren war der TUC in kämpferischer Stimmung und verliert die Geduld mit Blair. Er forderte den Abzug der britischen Truppen aus dem Irak, verabschiedete einstimmig eine Solidaritätsadresse an die Venezolanische Revolution und die revolutionäre Gewerkschaftszentrale.

Die Jahreskonferenz der Labour-Partei Ende September verlief dagegen ganz anders. Getreu ihrem Wesen als Werbeveranstaltung und als Plattform für Blair, war sie ein reines Theater. Nur noch wenige Abgeordnete quälten sich durch die Debatten und ein Drittel der Labour-Ortsverbände schickte keine Delegierten (viele der anwesenden Delegierten waren nicht gewählt worden, sondern sie wurden von ihren örtlichen Funktionären hingeschickt um leere Plätze zu füllen und bei Bedarf für Blair zu stimmen). Auf dieser Konferenz musste Blair vier Niederlagen hinnehmen: bei den Rechten für Arbeiter (Solidaritätsaktionen); bei den Pensionen (eine Ablehnung der Verschlechterung der Renten im Bereich des öffentlichen Diensts); eine Ablehnung weiterer Privatisierungen im staatlichen Gesundheitswesen; die Forderung nach mehr Mitteln für den städtischen Wohnungsbau (Blair hatte die Gemeinden zum Ausverkauf der Wohnungen genötigt).

Blair kündigte an, dass diese Niederlagen zu ignorieren seien und behauptete, dass nur die Gewerkschaften gegen ihn gestimmt hätten, während die örtlichen und regionalen Parteiorganisationen ihn unterstützt hätten. Tatsächlich hatten die Gewerkschaften fast einstimmig für diese Anträge und damit gegen Blair gestimmt aber auch fast 40% der Ortsverbände, was eine ehrliche Widerspiegelung der Gefühle der Mitglieder bedeutet, noch dazu wenn man bedenkt, wie wenig sie eigentlich vertreten waren. Blair sprach davon, den Einfluß der Gewerkschaften in der

Partei zurückzudrängen. Er sagte, die Gewerkschaften pflegten ein Stabilitätsfaktor zu sein, wenn es darum ging, extremistische Parteimitglieder im Zaum zu halten, aber heute sei es umgekehrt.

Obwohl der Irak in den Nachrichten meistens an erster Stelle steht, wurde eine Debatte über dieses Thema nicht zugelassen. Und das, obwohl sehr viele interne Regierungspapiere an die Presse durchgesickert waren, die zeigten, wie Blair Anfang 2002 in der Irakkriegsfrage mit den USA übereinstimmte und wie diese Dinge der Labourparty, dem Parlament und dem britischen Volk verkauft werden sollte: sogar die Tatsache, dass die Royal Air Force bereits im Mai 2002 zusammen mit den USA als Vorbereitung die irakische Luftabwehr bombardierte. Als Außenminister Jack Straw vorlas, was die Re-

gierung alles unternommen hatte und wie die Demokratie nach Afghanistan, in den Kosovo und in den Irak etc. gebracht worden sei, rief ein 82-jähriges Parteimitglied, das 1937 auf der Flucht vor den Nazis nach England gekommen war und seit 1948 in der Partei und seitdem ein prominenter Vertreter des linken Flügels ist: „Das ist eine Lüge“. Er wurde mit körperlicher Gewalt von zwei Männern - denen, wie die Presse behauptete, nur noch das braune Hemd gefehlt hätte - aus der Konferenz hinausgedrängt. Der Vorsitzende seines Ortsvereins forderte die beiden Rowdys auf, den alten Mann in Ruhe zu lassen, und wurde gleichfalls hinausgeworfen. Als der 82-jährige versuchte, wieder in den Konferenzraum hineinzukommen, wurde er von der Polizei verhaftet und zwar in Anwendung der Terroristengesetze, die Blair

durchgepeitscht hatte. In einem anderen Zeitungskommentar war zu lesen, dass er froh sein sollte, nicht gleich erschossen worden zu sein, so wie der junge Brasilianer, dem irrtümlicherweise von der Polizei sieben Kugeln in den Kopf geschossen worden waren, als er mit der Londoner U-Bahn zur Arbeit fuhr. Das war ein großes Desaster auf dem PR-Sektor und am nächsten Tag, als sich diese schlechten Nachrichten verbreiteten, hagelte es Entschuldigungen. Der 82-jährige nutzte die Möglichkeit um Blair und New Labour in den Medien anzuklagen. Diese schockierenden Bilder, die um die Welt gingen, veranschaulichten, zu was sich New Labour entwickelt hat: Eine autoritäre gegen die Arbeiterklasse gerichtete Kraft, die mit den Wurzeln aus der Arbeiterbewegung ausgerissen werden muß.

Der Traum vom Sozialstaat

Programmwurf von WASG/PDS

Im Juni 1971 veröffentlichte die Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfes“ (heute verschämt: Prokla) ein Sonderheft mit dem Aufsatz von Christel Neusüß und Wolfgang Müller „Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital“. Er war damals enorm einflussreich und wurde weithin rezipiert und debattiert. Ihre Grundthese ist die sowohl erkämpfte und notwendige Reproduktionsfunktion des Sozialstaats wie deren den Klassen Gegensatz verschleiernde Wirkung. Seither ist eine Generation ins Land und dem Sozialstaat unter dem Druck des Kapitals und neoliberale Politik die Luft ausgegangen. Die Lebenslage breiter Bevölkerungsschichten der Lohnabhängigen, Arbeitslosen und Rentner hat sich beständig verschlechtert. Die SPD als politische Trägerin der Sozialstaatsidee (die vom Weimarer „Volksstaat“ herrührte) hat selbst aktiv und federführend seine Demontage betrieben. In dieser Lage werden die Karten neu gemischt. Auf den populären Unmut über jene Entwicklung antworten PDS und WASG mit

der Initiative einer „Linkspartei“, welche die Unzufriedenheit politisch zu artikulieren verspricht. Umso dringlicher ist es, sich die programmatischen Leitideen dieses Bündnis-



ses anzusehen, das ja mittelfristig eine Vereinigung anstrebt. In der Tat bedeutet es eine Chance, die Verhältnisse nicht gerade zum Tanzen, aber doch zu einem begrenzt möglichen Wandel zu bringen. Gerade deshalb bedarf es der kritischen Verständigung darüber.

Niemand flickt einen Lappen von neuem Tuch auf ein altes Kleid; denn der neu Lappen reißt doch vom

alten, und der Riß wird ärger.“ (Markus 2,21)

Der vorliegende Programmwurf ist offensichtlich mit heißer Nadel gestrickt. Trotz aller Unschärfen im einzelnen (z.B. zur Asylfrage, Bildungspolitik, zum Geschlechterverhältnis und zur Verringerung der Massenarbeitslosigkeit) gelingt ihm eine Versammlung von Leitideen der sozial-ökologischen Umformung der Gesellschaft, der Zivilität und des Friedens. Das ist im einzelnen durchaus treffend und gut formuliert, wenn auch der Hang zu Metabegriffen, d.h. einer bloß zugangsbeschreibenden Darstellung zuungunsten konkreter Inhalte auffällt. Dem neoliberalen Projekt, die Gesellschaft in einem neuen Schub der Kapitalisierung dem Diktat des Werts und seiner globalen Bewegung zu unterwerfen, will die gemeinsame Gruppierung als „sozialistische Bürgerrechtspartei“ entgegentreten. Dabei weiß sie sich den Idealen der französischen Revolution: liberté, égalité, fraternité verpflichtet, die sie ökologisch und sozialstaatlich ergänzt. Sui generis kommt der Sozia-

lismus nur als Fernbestimmung vor, während man sich in der Nähe darum bemühen will, die Dominanz des Profits über die Gesellschaft zurückzudrängen, um sie irgendwann und irgendwie zu überwinden. Es erscheinen die Umrisse einer Rechts- und Sozialstaatspartei, die sich auf den Staat als Akteur einer „richtigen“ Politik bezieht. Über weite Strecken tauchen die Handlungs- und Finanzierungsprinzipien des Sozialstaats, die zunehmend abgehalftert worden sind, schlankweg als Forderungen auf, als hätte sich nichts im historisch-politischen Kontext geändert. Es handelt sich im wesentlichen um den Versuch einer Restitution des Sozialstaats mit seinen volksfürsorglichen Zügen in Zeiten der Krise. Da wird denn auch kaum thematisiert, warum der Staat gerade in seiner sozialen Komponente nurmehr einen Rumpf darstellt und gegen welche Widerstände das sich ändern könnte. Mindestens wäre dann zweierlei zu leisten: die präzise Benennung des Gegners und die Zählung der eigenen Bataillone.

Anzeige



Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@nadir.org
web: www.nadir.org/aib

Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Tatsächlich ist der „Turbokapitalismus“, der sich etwaiger sozialer und politischer Zügel entledigen will, das Problem der Stunde. Aber sein neoliberaler Charakter ist nicht mehr und nicht weniger als ein hybrider Auswuchs des 'gewöhnlichen' Kapitalismus der Ausbeutung, der Umweltzerstörung und des Krieges. Insofern wäre dies der Hauptgegner, dessen aggressive Speerspitze die neoliberalen Aktionen und Agenten, die „Heuschrecken“, darstellen. Manchmal drängt sich im Programm der Eindruck auf, alles wäre gut, gäbe es nur sozial und ökologisch gezähmte, regional vernetzte Unternehmen. Der Kapitalismus auch in seiner heutigen Erscheinungsform reduziert sich nicht auf eine Handvoll Konzerne-, IWF- und Weltbankchefs, schon gleich gar nicht auf seine politische Riege in den Regierungen, sondern stellt ein System tiefgreifender ökonomischer, sozialer, politischer und kultureller Umwälzungen dar, das man in Augenschein nehmen muß, um es begreifen und angehen zu können. Unser Programm aber will erklärtermaßen keinen Systemwechsel, allenfalls am fernen Horizont, sondern einen „Richtungswechsel“, den man sich auch in einem „Mitte-Links-Bündnis“ vorstellen kann.

Ebenso blaß wie der Feind bleiben auch die eigenen Kräfte. Da werden wohl obligatorisch Gewerkschaften, Umwelt- und Bürgerrechtsverbände, Sozialinstitutionen aufgezählt, aber nicht auf ihre Potenzen und Ziele abgeklopft. Wenn es richtig ist, daß ein Stück wirklicher Bewegung wichtiger ist als hundert Programme, dann sind auch Charakter und Schwächen wie Stärken dieser Bewegung zu untersuchen. Immerhin haben wir es mit einer Wahlpopulation zu tun, die jahrzehntelangen Wohlstand und sozialstaatlichen Komfort gewohnt war und sich nur zögernd zum Widerstand aufrafft. Vielfach sehnen sie sich durchaus ähnlich wie die WASG/PDS-Protagonisten nach den vergangenen Zuständen, die sie zum Programm erhebt. Die Prozesse der multiethnischen und individualisierten, dem Kommerz und der Deutungshoheit der bürgerlichen Medien ausgelieferten Bevölkerung tauchen in ihren Folgen für eine linke Politik nicht auf. Nicht die genießenden, leidenden und

kämpfenden Menschen stehen im Mittelpunkt. Vielmehr erscheinen sie als Objekte fürsorglicher Politik, die lediglich in die Lage versetzt werden sollen, sich zu artikulieren. Aber nach einer näheren Bestimmung des Verhältnisses von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf sucht man vergebens. Eine Stellvertreterpolitik zeichnet sich bereits in Umrissen ab, zumal die Eigendynamik des von der Gesellschaft abgehobenen politischen Systems, die schon manche oppositionellen Kräfte verschlungen hat, nicht problematisiert wird. Geradezu inflationär hubert das Programm mit dem Begriff „demokratisch“, der das Allheilmittel gegen die Übel der bürgerlichen Welt zu sein scheint. Aber Demokratie kann vieles sein, wie schon ein kurzer Rund- und Rückblick zeigt. Allemaal hängt sie in ihrer konkreten Form vom zugrundeliegenden sozialen und politischen Kräfteverhältnis ab. Da nutzt es wenig, sich auf eine allgemeine Vernunft oder den imaginären Willen einer „Allgemeinheit“ zu berufen.

Eine wirkliche Sozialreform mag das Gebot der Stunde sein und wäre auch so schlecht nicht. Immerhin ist schon eine solche nur gegen massiven Widerstand der herrschenden ökonomischen und politischen Mächte durchzusetzen. Von ihr und erst recht vom Sozialismus zu träumen, ist naheliegend und kann durchaus produktiv sein. Nach Bloch eignet gerade den Tagträumen eine nach vorne gerichtete, utopische Tendenz. Im Gegensatz dazu seien die Träume der Nacht eher der Vergangenheit verpflichtet. Vielleicht sollte die soziale Opposition - und in diesem Fall die WASG und die PDS - sich vergewissern, wohin sie träumen will, um das vor unseren Füßen liegende Neue sehen und gestalten zu können. Der Abdruck des Sozialstaats in der Geschichte kann und muß nicht zum Alp einer vorwärts gewandten Linken werden. Er ist eine historische Form und ein Schulbeispiel sozialer Konflikte und Kompromisse, aber keine verpflichtende Blaupause. Es gilt, seine Reste zu verteidigen, aber nicht notwendiger- und möglicherweise den alten Bauplan wieder ausführen zu wollen.

Gerhard Armanski

Die erste Gysi-Biographie

Nach drei autobiographischen Schriften Gysis liegt nun die erste Biographie über ihn vor. Sie wurde von Jens König verfasst, der 1989-1994 erster Chefredakteur der „Jungen Welt“ nach der Wende war, danach das Inland-Ressort der Westberliner „tageszeitung“ leitete und seit 1998 deren Parlamentsbüro vorsteht. Entgegen mehr als 65 anderen Zeitgenossen lehnte Gregor Gysi es ab, an der Biographie durch Auskünfte mitzuwirken, da er „Herr über seine Geschichte“ bleiben wolle. (S. 9) Sein langjähriger Vertrauter André Brie rezensierte das Buch am 10. 8. 2005 wohlwollend im „Neuen Deutschland“.

Den Lesern bietet König einerseits mehr, andererseits weniger, als der Titel verspricht. Das Mehr besteht besonders aus Schilderungen über den mütterlichen und väterlichen Zweig der Gysi-Vorfahren, zu deren älteren Semestern Großindustrielle im zaristischen Russland ebenso wie die berühmte englische Schriftstellerin Doris Lessing, jüdische Mediziner und aus Polen stammende Inhaber exklusiver Berliner Läden gehören. Der Autor befasst sich mit Gregors Onkel Gottfried Lessing, der es vom Rechtsanwalt in Salisbury und Vorsitzenden der südrhodesischen KP zum maßgeblichen Mitarbeiter des DDR-Außenhandelsministeriums, Chef der Kammer für Außenhandel, Handelsvertreter in Indonesien, Generalkonsul in Tansania und Botschafter in Uganda brachte. Bei Unruhen in dessen Hauptstadt Kampala wurde er 1979 ermordet.

Königs Ausführungen über Gregors Vater Klaus Gysi sind eine Biographie in der Biographie. Frühzeitig im KJVD und bei Berlins kommunistischen Studenten organisiert, emigrierte dieser während der NS-Zeit mit seiner späteren Ehefrau Irene Lessing nach Frankreich, kehrte aber gemeinsam mit ihr auf Parteibefehl nach Deutschland zurück. Ihren Lebensunterhalt erarbeiteten sich beide im „Spezialarchiv der Deutschen Wirtschaft“ beim katholischen Hoppenstedt-Verlag. Insgeheim wirkten sie am Widerstand gegen Hitler mit und sammelten militärpolitisch wichtige Informationen für Deutschlands Gegner. Der Wehrmacht entzog sich Klaus Gysi genauso trickreich, wie später sein Sohn der Nationalen Volksarmee. Nach 1945 agierte Gysi der Ältere, „einer der ungewöhnlichsten Politiker, den die DDR je hervorgebracht hat“ (S. 83), beim Kulturbund, als Leiter des Aufbau-Verlages, Kulturminister, Botschafter in Italien und Staatssekretär für Kirchenfragen. 1953-1965 war er Geheimer Informant der Staatssicherheit. Zu seinen negativen Leistungen zählten die Säuberung der Kulturbund-Zeitschrift „Sonntag“ und des Aufbau-Verlages nach der Verhaftung Wolfgang Ha-

richs und Walter Jankas und zwei Grundsatzreden von 1957 bzw. 1968, in denen er behauptete, die Verwirklichung der Pläne eben genannter Genossen hätten den Tod Tausender SED-Funktionäre und den Beginn des dritten Weltkriegs bedeutet, während die Kafka-Konferenz in Liblice eine von der Konterrevolution genutzte Krise in der ÆSSR vorbereitet habe. (S. 100 und 137) Zu seinen Verdiensten gehörten eine zeitweise liberale Verlagspolitik, Kontakte zu progressiven Westverlagen und die im Auftrag Honeckers betriebene, Staatssekretär Werner Jarowinsky und dem MfS nicht genehme Anbahnung normaler Beziehungen zu Israel, die mit der Aufwertung der Jüdischen Gemeinden in der DDR einherging.

König beschreibt den Weg, den der 1948 geborene Gregor Gysi von der Schule über Studium und Erwerb des Rinderzüchterdiploms bis zum Anwalt und offiziellen Einstieg in die Politik nahm. Schon als Sechsjähriger verdiente er als Synchronsprecher von Kinderfilmen sein Taschengeld. Später erwies er sich nach väterlichem Vorbild als begnadeter, wendiger und oft witziger Redner, während ihn in der Schauspielkunst seine Schwester Gabriele übertraf. Ein weltoffenes, von interessanten Gästen besuchtes Elternhaus und die Zugehörigkeit zur herrschenden Schicht der DDR außerhalb des Apparats, aber in seiner Nähe erleichterten ihm den Aufstieg. Den vom Autor behaupteten Generationenkonflikt mit einem „übermächtigen“ Vater (S. 106 ff.) hat es allenfalls ansatzweise gegeben. In allen wichtigen Fragen setzte Gregor seinen Willen durch, so beim Verweigern von „Selbstkritik“ im SED-Parteiverfahren 1968. Er erreichte nach dem Studium die begehrte Zulassung als Rechtsanwalt und trat so einem Stande aus lediglich 600 Personen bei, den höhere Partei- und Staatsvertreter wenig schätzten, der aber große Qualifikations- und Verdienstmöglichkeiten bot.

In zwei umfangreichen Kapiteln stellt der Verfasser Gysis Wirken als jüngster Anwalt der DDR dar. Dieser folgte der Maxime, jeder Angeklagte habe das Recht auf bestmögliche Verteidigung – ein Recht, das in der erweiterten Bundesrepublik oft weniger gewährleistet ist als in nichtpolitischen Fällen zur DDR-Zeit. Gysi wurde in zivilen und Strafverfahren aktiv. Gemeinsam mit seinem CDU-Kollegen Lothar de Maizière paukte er einen Mann heraus, den die Staatsanwaltschaft gern als Mörder verurteilt gesehen hätte, und wies akribisch die Schlampigkeit der staatsanwaltschaftlichen und polizeilichen Ermittlungen nach. Beruflich kam Gysi eine rasche Auffassungsgabe für Schwachstellen in gegnerischen

Standpunkten zugute. Er war, wie Studienkollegin Rosemarie Will unliebenswürdig feststellte, ein unglaublich eloquenter Advokat, dessen Gerede vielen auf die Nerven ging. „Besonders auffällig an ihm war dieses Rabulistische, das hintergründige Spiel mit den Regeln, diese Fähigkeit, Recht behalten zu können, unabhängig von der Richtigkeit der eigenen Position.“ (S. 117 f.) Bekannt wurde er vor allem durch die Vertretung von Regimegegnern, deren Fälle er entgegen anderen Anwälten übernahm. Mandanten waren u. a. Rudolf Bahro und Robert Havemann, Rainer Eppelmann, Bärbel Bohley, Gerd und Ulrike Poppe. Besonders Bohley schätzte seine Dienste hoch ein. Gleich der Havemann-Witwe Annedore („Katja“) H. gehörte sie später zu den erbittertsten Widersachern Gysis.

Beginnend 1992 war die gerade von ihr mehrmals vorgebrachte Verleumdung Mode, der Anwalt sei Informant der Staatssicherheit gewesen und habe Mandanten verraten. Dergleichen ist nie bewiesen worden. Vielmehr bekam Gysi vor diversen BRD-Gerichten mit seiner Gegenthese Recht. Der Problematik ist ein Buchkapitel gewidmet, in dem König die einzelnen Etappen der Schlammschlacht nachzeichnet. Angesichts ominöser Stasi-Berichte eines IM „Gregor“ resp. „Notar“, deren Identität mit Gysi von diesem erfolgreich bestritten wurde, sei folgende Anmerkung erlaubt: Es könnten auch die damaligen tatsächlichen Ansprechpartner des Advokaten in der Abteilung Staat und Recht beim Zentralkomitee der SED unter Klaus Sorgenicht solche Rapporte veranlasst oder zu ihnen beigetragen haben.

Zusammen mit diesem Kapitel machen die über Gysis Anwaltschaftigkeit, zu der schließlich auch die Leitung des Berliner Rechtsanwaltskollegiums und aller ihm entsprechenden Kammern in der DDR gehörte, ein gutes Drittel des Buches aus. Das knappe Drittel über sein Wirken als Politiker ab Spätherbst 1989 ist hingegen mager und stellt das „Weniger als im Titel versprochen“ dar. Dieser Teil müsste erweitert und gründlich überarbeitet werden.

Am detailliertesten ist in ihm das Kapitel nach der Einleitung ausgefallen, in dem geschildert wird, wie sich Gregor Gysi vom kurzzeitigen Anhänger Egon Krenz' zum Anwalt der Bürgerrechtsbewegung, vor allem aber der erstmals offen auftretenden innerparteilichen Opposition entwickelte. Er trug maßgeblich dazu bei, die bankrotte SED-Führung zu stürzen und die PDS als sozialistisch-demokratische, nicht-stalinistische Partei auf den Weg zu bringen. Die vom Autor mehrfach erhobene Behauptung, Gysi sei in dieser Situation politisch ahnungslos gewesen (S. 32 und 266), erledigt sich angesichts der Tatsachen von selbst.

Ausführungen in späteren Kapiteln über Gysi und die PDS sind teilweise sehr summarisch, mitunter fragmentarisch und

anekdotenhaft. Zwar wurde eine Reihe wichtiger Vorgänge erfasst. Doch findet sich hier weder der Widerstand einschließlich Hungerstreik gegen den obrigkeitstaatlichen Versuch, die Partei durch Kontensperrung zu liquidieren, noch deren Kampf gegen die Diskriminierung der DDR-Vergangenheit, die Zerstörung von Wirtschaft und Kultur, die Strafrenten usw. Genau so wenig geht der Autor auf Einzelheiten der von ihm begrüßten Anpassung der PDS-Spitze seit 1994 an die zunehmend neoliberal regierte Bundesrepublik ein. Beim Münsteraner Parteitag im April 2000 trat eine Mehrheit dem von Gysi und dem rechten Flügel gestellten Antrag entgegen, den Bundesvorstand zum Ja oder Nein bei Militäraktionen unter UNO-Mandat zu ermächtigen. König wertet dies als „undankbar“ gegenüber dem unermüdlichen Parteianwalt, fälschlich gar als Abkehr vom Gründungskonsens der PDS. Allgemein sieht er Gysis Verdienst darin, „große Teile der DDR-Elite gewaltfrei in die bundesdeutsche Gesellschaft geführt“ zu haben. (S. 287 f.) Tatsächlich hätte aber die Aufgabe eines demokratisch-sozialistischen Führers darin bestanden, energische Vorstöße zu Abwehr und Überwindung antisozialer und friedensfeindlicher Herrschaftsgelüste anzuregen und zu organisieren. Ausgerechnet mit der von großen Teilen der Parteiführung in Münster erlittenen Schlappe, nicht mit deren leider erfolgreichem Gegenstoß und dem dadurch bedingten Rechtsschwenk der PDS „erklärt“ der Verfasser die Bundestagswahl-niederlage von 2002. Den Verzicht der PDS auf sozialistische programmatische Zielsetzungen lässt er genauso außer acht wie die Verletzung innerparteilicher Prinzipien. All das – und die negativen „Verdienste“ Gregor Gysis darum – fallen bei ihm unter den Tisch. Die entstehende neue Linkspartei aus PDS und WASG erscheint König nur als Chance, „endlich eine linke Partei salonfähig zu machen“. (S. 329) Sollte sich der Held der Biographie tatsächlich um dieses Zieles willen trotz angeschlagener Gesundheit, mehrerer Herzinfarkte und einer Gehirnoperation wieder „in die Politik zurückgeben“ haben?

Dem Autor ist eine Reihe sachlicher Fehler unterlaufen, von denen einige hier erwähnt seien. So behauptet er, die Sozialfaschismustheorie der KPD habe die Arbeiterbewegung gespalten. (S. 52) Tatsächlich wurde diese Spaltung aber durch den Übergang der SPD ins imperialistische Kriegslager 1914 und den sich anschließenden Massenausschluss von Genossen herbeigeführt, die den bisherigen Grundsätzen und Beschlüssen treu blieben. KPD-Hetze ohne Sinn und Verstand gegen die „Sozialfaschisten“ trug im folgenden Jahrzehnt dazu bei, die Spaltung zu vertiefen. Nicht das Zentralkomitee der SED war – wie vom Verfasser behauptet – der „innerste Zirkel der Macht“ (S. 139). Dieser bestand vielmehr

aus Teilen des Politbüros um den General- bzw. Ersten Sekretär des ZK. Entgegen Königs Version haben sich weder Gysi noch die PDS an die Milliarden der SED geklamert und die Abgabe solchen Eigentums verweigert. (S. 265 und 276) Noch zu DDR-Zeiten übergaben sie im Frühjahr 1990 drei Mrd. Mark Parteivermögen und über 100 Immobilien freiwillig dem Staat. Dessen bundesdeutschem Amtsnachfolger boten sie später 80 Prozent vom restlichen SED-Vermögen an. Treuhandanstalt und „Unabhängige Kommission zur Überprüfung der Vermögenswerte aller Parteien und Massenorganisationen der DDR“ – faktisch aber nur derer der PDS – hatten indes Größeres vor. Sie wollten die PDS durch riesige, vollkommen ungerechtfertigte und unerfüllbare Geldforderungen bei gleichzeitiger Sperrung ihr zustehender Einkünfte und ihrer Konten vernichten. Nach Abwehr dieses Anschlags auf ihr Leben durch die Partei wurde im Juli 1995 mit dem Segen des Bundesfinanzministers ein Vergleich geschlossen, bei dem die Staatsinstanzen gegen weitere 1,8 Mrd. DM früheren SED-Vermögens und Anspruch auf alle noch auftauchenden Werte dieser Partei ihre Forderungen von 1994 fallen ließen und der PDS Kunstgegenstände und vier Immobilien aus dem einstigen KPD-Bestand, darunter das Karl-Liebknecht-Haus, als nunmehr rechtmäßiges Eigentum übertrugen. Ein arg gerupfter Vogel, gewann die Partei ihre finanzielle Souveränität zurück. Die SED-Enteignung aber diente ebenso wie die der ganzen DDR und ihrer Bürger dem hehren Zweck, altbundesdeutsche Sieger zu bereichern.

Positiv erwähnenswert sind in diesem Band Darlegungen über Gysis ersten Israelbesuch 1991 und die Stellung seiner Familie zum Judentum (S. 304 ff. bzw. 289 ff.), über die Haltung der PDS zum Kosovokrieg der NATO und das Treffen Gysis mit Slobodan Milošević 1999 (S. 311 ff.), der hier wahrheitswidrig als genocid- und kriegslüsternes Ungeheuer verteufelt wird. Interessant ist das wenig bekannte Detail, dass auf PDS-Seite wesentlich Gysi den Deal von 2001 mit Kanzler Schröder durchsetzte, der zur Akzeptanz der neoliberalen Rentenreform durch den Bundesrat führte. (S. 341 f.)

Königs Buch erweitert unsere Kenntnis über Gegenstand und Held der Biographie sowie über dessen Familie. In politischer Hinsicht fällt es teilweise stark ab und sollte insoweit revidiert werden. Zugleich wären Quellenangaben und ein Personenregister nachzutragen.

Manfred Behrend

Jens König: *Gregor Gysi. Eine Biographie*
Rowohlt Berlin Verlag 2005,
352 Seiten, 19,90 Euro

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 149 Herbst 2005, 40 S.

- Keine „Schicksalswahl“
- Vorzüge und doppeltes Gesicht der neuen Linkspartei
- Wahlprogramm CDU/CSU
- Die Tschechische Linke heute
- Unruhe an den Finanzmärkten

Nr. 148 Sommer 2005, 44 S.

- Die Artisten unter der Reichstagskuppel
- Drohen „Weimarer Verhältnisse“?
- Bildungspolitische Konzepte von Arbeitgeberverbänden

- NPD-Aufmarsch in Nürnberg zum 1. Mai

Nr. 147 Frühjahr 2005, 40 S.

- Vorherrschaft heißt nicht Allmacht
- Neoliberaler Kurs und neofaschistische Gefahr
- Dorfen: NPD-Wegschauen oder widerstehen
- Öffentlicher Dienst: Anstatt einer Tarifrunde
- Diskussion zur WASG
- Venezuela, ein Land im Aufbruch

Nr. 146 Winter 2004, 44 S.

- Der große Raubzug
- Wetzels Innovation der Tarifpolitik
- Unsere Jahreskonferenz 2004
- Generalangriff des Kapitals
- Die PDS im Jahre 2004 und ihr Potsdamer Parteitag

- Der Ruf nach dem archaischen Kämpfer

Nr. 145 Herbst 2004, 40 S.

- Angriff auf die Tarifverträge
- Kuba in Gefahr
- Kuba und die Linke
- Zur Diskussion über die neue Partei
- Die angestrebte Abwahl des Berliner Senats

- Rote Hilfe (Rezension)

Nr. 144 Sommer 2004, 40 S.

- Sozialabbau, Widerstand und eine Alternative?
- Zur Perspektiven sozialistischer Revolutionen
- Sozialistische Revolution/subjektiver Faktor

- Bildung (noch) für alle?

- Die Thalheimers (Rezension)

- 1923 Die abgesagte Revolution (Rezension)

Nr. 143 Frühjahr 2004, 40 S.

- Panik bei der SPD Nomenklatura zeigt Wirkung
- Tarifabschluß Metall
- Eine Zwischenbilanz des Sozialabbaus
- Streiks im Wintersemester
- PDS im politischen Wechselbad
- Einkommensverteilung in der BRD

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Literaturliste

- Sonderheft China:** Langer Marsch in den Kapitalismus? u. a. Die politische Kehrtwende, Das „Rennen auf Leben und Tod“, Deng Xiao-pings zu großer Sprung nach rechts, Revisionismus - oder schöpferische Anwendung des Marxismus? 1985, 50 Seiten A4, 3,00 €
- Vorwort von Paul Frölich zum Werk **von Rosa Luxemburg:** Gegen den Reformismus (z. Zt. vergriffen) 42 Seiten, 1,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“** 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 20,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie 510 Seiten, 20,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 6,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 5,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 2,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 3,50 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 2,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 2,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 2,00 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 8,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 1,50 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,50 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 5,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 15,00 €
- Der Faschismus in Deutschland**, Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928- 1933, 295 Seiten, 10,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



240 Seiten, Paperback,
 € 12,-
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben
 von der Gruppe Arbeiterstimme

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der **Arbeiterstimme** in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

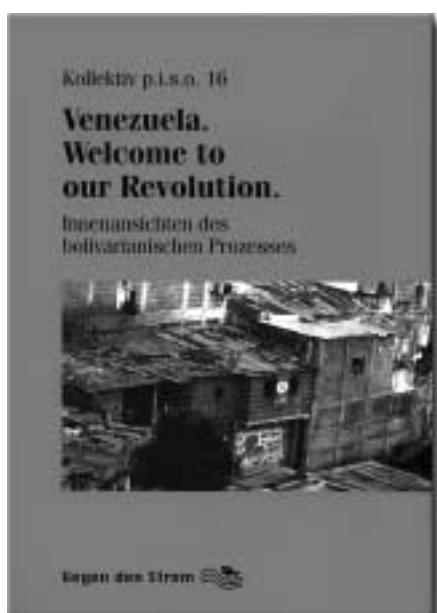
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten,
 Paperback,
 € 20,-
 ISBN 3-87975-767-4

Venezuela - Welcome to our Revolution

Innenansichten des
 bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,
 € 10,-
 ISBN 3-9809970-1-4
 Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bistlang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

Bestelladresse:
Gegen den Strom
 Schwanthalerstraße 139
 80339 München
 gds-verlag@gmx.de

oder:
 T. Gradl
 Postfach 910307
 90261 Nürnberg



624 Seiten,
 Paperback,
 € 20,-
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
 T. Gradl
 Postfach 910307
 90261 Nürnberg